



Ingo Friedrich:

Auszeichnung mit „mérite européen“

Bei einem CSU-Bezirksparteitag wurde der Vizepräsident des Europäischen Parlaments mit dem höchsten luxemburgischen Orden geehrt.

Seite 16



Dr. Anton Dietrich:

Ehrevoller Abschied in Dillingen

Zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens würdigten den im Alter von 61 Jahren verstorbenen langjährigen Landrat.

Seite 17



Wolfgang Zöller:

Rechtslage gefährdet Kinder- und Jugendhilfe

Nach Darstellung des CSU-MdB sind Reformen im Sozialbereich unaufschiebbar. Rot-Grün stellt ideologische Interessen voran.

Seite 3

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 6. Mai 2004

54. Jahrgang / Nummer 9

Wahres Ausmaß der Staatsverschuldung:

Stoiber fordert klare Auskunft

Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung gescheitert / Konsolidierung der öffentlichen Haushalte verbunden mit Strukturreformen

Bayerns Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber forderte die Bundesregierung am vergangenen Dienstag ultimativ auf, dem Deutschen Bundestag und der Öffentlichkeit klare Auskunft über das wahre Ausmaß der Staatsverschuldung beim Bund in diesem Jahr zu geben. Stoiber: „Ich erwarte, dass Finanzminister Hans Eichel dem Parlament Rede und Antwort steht über das Ausmaß der Neuverschuldung in diesem Jahr - und zwar vor Entscheidungen der Regierung über noch mehr neue Schulden. Es ist zu befürchten, dass die wahre Lage des Bundeshaushalts so katastrophal ist, dass die Bundesregierung dies durch ein schuldenfinanziertes Konjunkturprogramm kaschieren wollte. Deshalb hat die Öffentlichkeit jetzt ein Anrecht auf Information über die wahre Finanzlage des Bundes.“

Stoiber: „Die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Regierung Schröder ist auf der ganzen Linie gescheitert. Schröder, Eichel und Clement sind unfähig, einen spürbaren Aufschwung in Deutschland herbeizuführen, so wie es in fast allen unseren Nachbarländern gelingt. Mit dieser Regierung ist offensichtlich kein durchgreifender Aufschwung möglich. Diese Regierung versteht weder etwas von der Wirtschaft, noch kann sie ordentlich mit dem Geld der Bürger umgehen.“ Eine solide Finanz- und Haushaltspolitik ist Grundlage und Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg und für mehr Wachstum, schrieb Stoiber der rot-grünen Koalition ins Stammbuch.

Stoiber warf Schröder vor, persönlich für den fehlenden Aufschwung in Deutschland

Persönliche Verantwortung

Stoiber warf Schröder vor, persönlich für den fehlenden Aufschwung in Deutschland

Landkreistag 2004 in Burghausen

Der Bayerische Landkreistag 2004 findet am 18. und 19. Mai in Burghausen im Landkreis Altötting statt. Am Dienstag wird Staatsminister Erwin Huber, Leiter der Bayerischen Staatskanzlei und Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Verwaltungsreform, zum aktuellen Stand der „Verwaltung 21“ Stellung nehmen. Staatsministerin Christa Stewens, Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, wird am selben Tag über die Probleme der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe referieren.

Am Mittwoch wird der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner, Cham, eine Grundsatzansprache halten und Staatsminister Dr. Otto Wiesheu, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, über die Landesentwicklung in der Verantwortung des Wirtschaftsministeriums sprechen.

Auf der Tagesordnung der ordentlichen Landkreisversammlung stehen unter anderem die Beratungen zur Jahresrechnung 2003 und zur Haushaltssatzung 2004 des Bayerischen Landkreistags. Am Bayerischen Landkreistag 2004 in Burghausen werden voraussichtlich über 350 Vertreter der Landkreise und Gäste teilnehmen.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



„Ritter, Rosen und Ressourcen“ lautet das Motto der Landeshortentour 2004 in Burghausen. Unser Bild entstand bei deren Eröffnung. Zu sehen sind v.l. n. r.: Erster Bürgermeister Hans Steindl, Umweltminister Werner Schnappauf, Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber, Benno Basso, Vorsitzender der Fördergesellschaft der bayerischen Gartenschauen, Karin Stoiber und Evelyn Steindl (vgl. Bericht auf Seite 12).

Pressekonferenz des Bayerischen Städtetags:

Verhandeln statt Crash-Kurs!

Der Bayerische Städtetag ist nach wie vor bereit, mit den Gewerkschaften über Arbeitszeitarifverträge zu verhandeln. Wie Städtetagsvorsitzender Josef Deimer der Presse in München erläuterte, fühlten sich die Städtevertreter durch das Präsidium der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) bestätigt. Dieses hatte beschlossen, die Tarifverträge für die Angestellten und Arbeiter nicht zu kündigen. Allerdings erwartet der Städtetag, dass sich die Gewerkschaften bis spätestens Ende September bewegen.

Die Städte und Gemeinden wollen insbesondere eine leistungsbezogenere Bezahlung, bemerkte Deimer. Sie soll mit Einsparungen z. B. beim Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld sowie bei den familienbezogenen Bestandteilen der Vergütung (Familienzuschläge, Ortszuschlag) finanziert werden. Kostensenkungen versprechen sich die kommunalen Arbeitgeber vor allen Dingen von einer Arbeitszeitflexibilisierung. So sollen „teure“ Überstunden reduziert und Arbeitszeitkonten eingeführt werden.

Mehr Freiraum

Als problematisch bezeichnete es der Vorsitzende, dass sich die Schere zwischen der Arbeitszeit der Beamten und der Tarifbeschäftigten trotz der Kündigung des Arbeitszeitarifvertrags durch den Freistaat weiter öffnet. Den Städten und Gemeinden bringe die Verlängerung der Arbeitszeit für Beamte auf 42 Stunden in der Praxis kaum etwas. Deimer plädierte dafür, den Kommunen mehr Freiraum bei der Bezahlung und der Arbeitszeit ihrer Beamten einzuräumen.

Bedenkliches Verständnis

Für eine schwere Belastung des partnerschaftlichen Verhältnisses zwischen Staat und Kommunen hält der Städtetagsvorsitzende indes die Ankündigung von Ministerpräsident Stoiber und Finanzminister Kurt Fallthäuser, dass es „in künftigen Gesprächen über die kommunale Finanzlage eine Rolle spielen wird“, wenn die Kommunen weiter auf die Kündigung der Arbeitszeitregeln für die Angestellten und Arbeiter verzichten

wollen. Diese „kaum verhüllte Drohung“ offenbart nach Auffassung des Landshuter OB ein bedenkliches Verständnis von der kommunalen Selbstverwaltung. Der Staat dürfe die Kommunen nicht ernsthaft zwingen, Tarifverträge zu kündigen, wenn sie damit die Leistungsfähigkeit ihrer Verwaltungen aufs Spiel setzen. Deimer: „Wenn bei einem Streik Busse und Straßenbahnen nicht mehr fahren und der Müll sich auf den Straßen stapelt, dann kommen die Bürger zu uns ins Rathaus und nicht in die Staatskanzlei des Ministerpräsidenten!“

Was die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe angeht, sind die Kommunen laut Deimer bereit, kooperativ mitzuwirken. Voraussetzung dafür sei allerdings, dass sie durch die Zusammenlegung jährlich mindestens um 2,5 Milliarden Euro (bundesweit) entlastet werden. Um das Vorhaben zum 01.01.2005 umzusetzen, müssen die notwendigen gesetzlichen Änderungen bis zum 30.06.2004 abgeschlossen sein. Gegenwärtig bestehen erhebliche Zweifel, ob die Vorgaben durch den Bundesgesetzgeber erfüllt werden. Durch grobe Fehler im Vermittlungsausschuss wurde ein Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, der die Kommunen statt um 2,5 Milliarden Euro jährlich zu entlasten, ihnen Ausgaben in Höhe von 5 Milliarden Euro jährlich aufbürdet. Allein die bayerischen Städte und Landkreise müssten pro Jahr 576 Millionen Euro drauf zahlen.

Kooperation

Die einzige Lösung, die unter den gegebenen Rahmenbedingungen ein völliges Chaos verhindern könnte, ist nach Deimers Dafürhalten die Kooperation von Kommunen und Agentur für Arbeit auf gleicher Augenhöhe, z. B. in Form von Arbeitsgemeinschaften. Dieses Modell könne aber nur dann bis zum 1. Januar 2005 ins Laufen gebracht werden, wenn eine Reihe organisatorischer Änderungen in die Hartz IV-Gesetze aufgenommen werden. So müsste der Datentransfer zwischen Kommunen und Arbeitsgemeinschaften praktikabel geregelt werden. Die Arbeitsgemeinschaften sollten aufgrund unterschiedlicher Gebietszuschnitte in der Regel nur aus einer Arbeitsagentur und einer Kommune bestehen. Notwendig seien einfache Lösungen, die den Hilfeempfängern vermittelbar sind.

Bayerischer Landkreistag:

Verfassungsrechtliche Notbremse

Das Präsidium des Bayerischen Landkreistags hat am 21.4.2004 beschlossen, dass bayerische Landkreise den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe stellen, um das Inkrafttreten des Sozialgesetzbuches II am 1.1.2005 zu verhindern.

Die Landräte in Bayern sehen für die ca. 350.000 betroffenen Leistungsberechtigten für das Arbeitslosengeld II sowie für die Kosten der Unterkunft und Heizung zum 1. Januar des kommenden Jahres das Chaos voraus. Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner: „Mir tun schon heute die Menschen leid, wenn sie zu Jahresbeginn vor verschlossenen Türen stehen und

niemand bei der Agentur für Arbeit in der Lage sein wird, ihnen die berechtigten Wünsche nach Geldleistungen für sich und ihre Familien zu erfüllen. Wir Landkreise können dann nicht mehr helfen, weil wir für das Arbeitslosengeld II nicht zuständig und für die Kosten von Unterkunft und Heizung nicht mehr leistungsfähig sind.“

Nettodefizit

Die landesweiten Berechnungen haben ein Nettodefizit der bayerischen Kommunen von jährlich 576 Mio. Euro ergeben. Nachdem alle Versuche des Bayerischen Landkreistags, beim Bund, beim Freistaat Bayern und bei den Abgeordneten des Deutschen Bundestags Gehör zu finden, erfolglos waren, sehen die Landräte keinen anderen Ausweg mehr, als nach Karlsruhe zu gehen.

Die Chefs der Landkreise werden im Schulterschluss mit den Bürgermeistern noch weitere öffentlichkeitswirksame Aktionen planen und durchführen, um doch noch ein Einlenken des Bundestags zu erwirken.



„Stell' Dir vor, es ist Wahl, und keiner geht hin.“ Die Verfremdung dieses alten Brecht-Zitats kommt nicht von ungefähr: Der Bürgermeister ist ernsthaft besorgt um die am 13. Juni stattfindende Europawahl. Nur knapp 10 Prozent der Deutschen wissen nämlich von diesem Ereignis. Seite 19

Kommunen gegen Ausbildungsplatzabgabe

Abgelehnt wird vom Städtetag wiederum selbst eine zugestanden der Kommunen entschärfte Ausbildungsplatzabgabe. Dem Vernehmen nach sollen Städte und Gemeinden von der Abgabe befreit werden, wenn sie sich in einer schwierigen finanziellen Situation befinden. Unter diesem schwammigen Begriff sollen angeblich nur Kommunen fallen, die schon praktisch den „Offenbarungseid“ leisten müssen und ihren Haushalt (Fortsetzung auf Seite 4)

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Bundeswehr soll sich auf Heimatschutz konzentrieren	2
Mehr Handlungsspielraum für Bayerns Kommunen	2
Warnung vor kommunalem Kollaps	2
GZ-Kolumne Luitpold Braun: Keine weiteren Verschiebungen!	3
Bayerns Weg in die Gegenwart	3
Europe goes Bamberg	
GZ-Fachthemen: Kommunalfinanzen	6 - 11
Kommunaler Bau	12 - 14
Kommunalfahrzeuge	15
Aus den bayerischen Kommunen	16 - 20

Bundeswehr soll sich auf Heimatschutz konzentrieren

CSU-Sicherheitsforum in München mit Innenminister Beckstein

„Wenn ich immer wieder betone, dass die Innere Sicherheit für mich den Stellenwert eines sozialen Grundrechts hat, so meine ich dies sehr ernst. Die Bayerische Staatsregierung tut alles, um der terroristischen Bedrohung wirkungsvoll zu begegnen“, betonte Innenminister Dr. Günther Beckstein beim CSU-Sicherheitsforum in München.

Unmittelbar nach den Anschlägen des 11. September 2001 sei ein umfassendes Sicherheitspaket geschmürt worden, sagte Beckstein. So seien beispielsweise die zusätzlichen 50 Stellen, die zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus beim Landesamt für Verfassungsschutz geschaffen wurden, zwischenzeitlich vollständig besetzt. Das Landesamt und die Polizei beobachteten insbesondere die gewaltbereite islamistische Szene in Bayern aufs Intensivste: „Und wir wissen, dass dies die Szene erheblich verunsichert.“

Eigenes Sachgebiet

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz hat den verstärkten Analysebedarf beim islamistischen Extremismus bereits bei seiner Umorganisation nach dem 11. September 2001 berücksichtigt, indem es ein eigenes Sachgebiet schuf. Eine

solche Organisationseinheit werde auch auf der Ebene des Bundesamts für Verfassungsschutz benötigt, erklärte der Minister. Die Länder müssten diese Einrichtung regelmäßig mit Informationen sowie Auswertungs- und Analyseergebnissen beliefern. An der Kooperationsbereitschaft Bayerns werde es hier keinesfalls fehlen.

Kein deutsches FBI

Allerdings stellte Beckstein ausdrücklich klar, „dass es ein deutsches FBI oder ein Bundesamt für Verfassungsschutz, das die Länder weitgehend ausschaltet, mit uns nicht geben wird“. Allen Forderungen von Rot-Grün, die Landesbehörden für Verfassungsschutz aufzulösen und durch Stellen zu ersetzen, die dem Bundesamt für Verfassungsschutz nachgeordnet sind, erteilte er eine klare Absage: „Was wir brauchen, sind effiziente Landesbehörden, nicht aber ein zentrales Bundesamt für Verfassungsschutz, das in die einzelnen Länder hinein regiert und die Arbeitsschwerpunkte be-

stimmt. Damit wird man den regionalen Gegebenheiten der extremistischen Szene in den einzelnen Ländern nicht gerecht.“

Was den Einsatz der Bundeswehr im Innern anbelangt, müsse man sich vor Augen führen, dass die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit mehr und mehr fließend werden, fuhr Beckstein fort. Benötigt werde ein System integrierter Sicherheit, in dem sich Kräfte für die innere und äußere Sicherheit wirksam ergänzen. Ziel müsse es sein, die Bundeswehr in besonderen Gefährdungslagen im Innern im Rahmen ihrer spezifischen Fähigkeiten ergänzend zu Polizei und Bundesgrenzschutz einzusetzen.

Polizei stößt an Grenzen

Die Bundeswehr müsse in den Kampf gegen den Terrorismus eingebunden werden, betonte der Minister. Gerade nach dem 11. September habe sich gezeigt, dass die Polizei personell und materiell an ihre Grenzen stößt. Die Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr im Innern müssten deshalb über eine Grundgesetzänderung, wie sie Bayern zusammen mit Hessen, Sachsen und Thüringen in einer aktuellen Bundesratsinitiative sowie die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

konkret vorschlagen, genau festgelegt und erweitert werden. Die Länder sollten die Möglichkeit haben, im Falle terroristischer Bedrohungen - auch unterhalb der Schwelle des Verteidigungs- oder Spannungsfalls - auf die Bundeswehr zurückzugreifen, etwa beim Schutz ziviler Einrichtungen oder bei drohenden Anschlägen durch biologische oder chemische Giftstoffe. Darüber hinaus werde eine klare Regelung für die Abwehr von Bedrohungen durch Luftfahrzeuge und von See her benötigt. Dies habe der Irrflug eines Kleinflugzeugs über dem Zentrum von Frankfurt Anfang 2003 deutlich gemacht.

Späte Aktivitäten

Wie Beckstein bemerkte, begrüße er es zwar grundsätzlich, dass die Bundesregierung inzwischen den Entwurf eines Luftsicherheitsgesetzes auf den Weg gebracht hat. Diese späten Aktivitäten dürften aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine dringend gebotene verfassungsrechtliche Absicherung und ein Gesamtkonzept fehlen.

Die Bestrebungen der Bundesregierung, die gewachsenen Organisationsstrukturen der zivilmilitärischen Zusammenarbeit mit den bewährten Verteidigungsbezirkskommandos buchstäblich wegzurationalisieren, sieht Beckstein mit großer Sorge. Bei einer Aufgabeneubewertung der Bundeswehr müsse vor allem auch die territoriale Komponente - Heimatschutz und Territorialschutz - stärker betont werden. Beispielhaft

Titel „Kulturhauptstadt Europas“ heftig umworben

Gleich 16 deutsche Städte bewerben sich um den Titel „Europäische Kulturhauptstadt 2010“. Nie zuvor haben so viele Gemeinden an dem Wettbewerb teilgenommen. Wer am Ende mit der Auszeichnung geehrt wird, das entscheidet sich in den kommenden zwei Jahren. Fest steht schon jetzt, dass nicht allein Schönheit und Reichtum einer Kommune ausschlaggebend sind. „Wichtige Kriterien sind die Europäische Dimension und der Symbolgehalt einer Stadt“, erläuterte Dr. Gerhard Sabathil, Leiter der deutschen Vertretung der EU-Kommission die Position der EU. Auf einer Pressekonferenz im Europäischen Haus führte er weiter aus, dass auch „das Thema Nachhaltigkeit von großer Bedeutung“ sei. „Für die Jury ist entscheidend, welche Anstöße über das Kulturjahr hinaus wirken.“

2010 wird es neben einer deutschen auch eine ungarische Kulturhauptstadt geben. Mit der doppelten Vergabe soll die Vernetzung alter und neuer EU-Staaten und Städte vorangetrieben werden. Bis Ende März mussten die Städte ihre Bewerbungen eingereicht haben; Mitte Mai beginnen die Auswahlverfahren. **rs**

nannte der Minister die Neuaufstellung von Heimatschutzkräften aus Wehrpflichtigen und Reservisten, die sich ausschließlich mit der Landesverteidigung befassen und im Bedarfsfall für den Einsatz im Zivil- und Katastrophenschutz kurzfristig zur Verfügung stehen.

Absoluter Schutz unmöglich

Beckstein abschließend: „Einen absoluten, einen hundertprozentigen Schutz gegen fanatische und zu allem bereite Terroristen kann es nicht geben. Trotzdem dürfen wir im Kampf gegen den Terrorismus nicht nachlassen. Alle demokratischen Kräfte

müssen an einem Strang ziehen, um die Gefahr eines terroristischen Anschlags in Deutschland so gering wie möglich zu halten. Wir dürfen nicht zulassen, dass in diesem Land die Angst vor dem Terror das Leben der Bevölkerung bestimmt.“

Nach dem Referat des Innenministers diskutierten Elmar Theveßen, ZDF-Terrorismusexperte, sowie der Präsident des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz, Günter Gold, zusammen mit Innenminister Beckstein über eine neue Sicherheitskonzeption für Deutschland. Moderiert wurde die Veranstaltung von CSU-Generalsekretär Markus Söder. **DK**

Warnung vor kommunalem Kollaps

Landtag einig: Das Hartz-IV muss nachgebessert werden

Alle drei Fraktionen des Landtags sind sich einig, dass das „Vier- te Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz IV)“ mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe nachgebessert und damit für die Kommunen erträglich gemacht werden muss. Die aus dem Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat herausgekommene Fassung würde Städten und Landkreisen statt der versprochenen Entlastung von 2,5 Milliarden Euro Belastungen von über einer halben Milliarde bringen. Trotz dieser Übereinstimmung konnten sich CSU, SPD und Grüne nicht auf einen gemeinsamen Beschlusstext einigen.

Differenzpunkt war wieder einmal die Frage, wer die Verantwortung für das inakzeptable Gesetz trage. Die CSU forderte in ihrem Dringlichkeitsantrag „unverzüglich gesetzgeberische Korrekturen auf Bundesebene“. Darauf müsse die Staatsregierung „mit Nachdruck“ drängen. Im SPD-Antrag hieß es, „alle an dem Vermittlungsverfahren Beteiligten“, seien aufgefordert, die Hartz IV zugrunde gelegten Annahmen nochmals zu überprüfen, damit die zugesagte Entlastung um 2,5 Milliarden Euro tatsächlich eintrete. Im Grünen-Text hieß es noch konkreter, „hierbei steht auch die Staatsregierung in der Verantwortung, das unglückliche Ergebnis nachzubessern, an dem sie mitgewirkt hat“.

gleiche Horn. Sie nannte das Verhalten der CSU „pharisäerhaft“. In der Sache forderte sie u.a. eine Korrektur beim Wohngeld, das nicht allein auf Kosten der Kommunen gehen dürfe. Sozialministerin Christa Stewens lehnte jede Mitverantwortung für die Berliner Rechenfehler ab. Zumal sich der Bund laufend verrechne, wie auch schon bei der Steuerreform. Die Ministerin verwies auf den Zusammenhang zwischen der Finanzierung und der im Optionsgesetz des Bundes vorgesehenen Trägerschaft der Arbeitsagenturen und Kommunen für das Arbeitslosengeld II. Letztere sollten allein zuständig sein. In diesem Sinne habe der Vermittlungsausschuss entschieden. Bei der Bundesregierung sei von Alleinverantwortung keine Rede. Die Staatsregierung habe sich, anders als die Bundesregierung, mit den kommunalen Spitzenverbänden zusammen gesetzt und eine Revisionsklausel für Hartz IV vorbereitet.

Auf Berlin vertraut

„Wenn nichts geschieht, werden wir den kommunalen Kollaps erleben“, prophezeite Thomas Kreuzer (CSU). Die SPD habe die Warnung auch aus von ihr regierten Städten nicht ernst genommen, sondern „auf Berlin vertraut“. Das sei symptomatisch für die ganze Partei. Da die Bundesregierung von ihren eigenen Rechenfehlern profitieren würde, liege es an ihr, die richtigen Zahlen zugrunde zu legen.

SPD-Fraktionsvorsitzender Franz Maget sah „Krokodilstränen“ bei der CSU. Das Ergebnis im Vermittlungsausschuss entspreche nicht dem Ziel der Bundesregierung. Statt gegenseitiger Schuldzuweisungen müssten die Finanzminister des Bundes und der Länder jetzt gemeinsam nachrechnen. Für die Grünen blies Christine Kamm in das

Bagatellsteuern wieder im Gespräch:

Mehr Handlungsspielraum für Bayerns Kommunen

Kontroverse Meinungen in der CSU - Herrmann setzt auf Anhörung der Spitzenverbände

Die vom Vorstand der CSU-Landtagsfraktion intern mit knapper Mehrheit bekundete Absicht, im Sinne kommunaler Handlungsfreiheit neu über Bagatellsteuern nachzudenken, hat dieses latente Thema der Landespolitik wieder belebt. Unter den Kommunalpolitikern der Regierungsfraktion gibt es Stimmen für eine neuerliche Änderung des Kommunalabgabengesetzes, wirtschaftsorientierte Abgeordnete warnen davor. Fraktionsvorsitzender Joachim Herrmann erklärte, eine Festlegung habe der Fraktionsvorstand weder pro noch contra getroffen. Man werde „das Ergebnis der Anhörung der kommunalen Spitzenverbände abwarten“.

Vor rund 20 Jahren hatte der Landtag die Erhebung von Bagatellsteuern - z. B. Getränke-, Speiseis-, Automatensteuer - dadurch unterbunden, dass zwar das kommunale Steuerfindungsrecht blieb, aber jede Abgabe im Gesetz einzeln vermerkt werden muss. Geblieben ist nur die Hundesteuer. Im März dieses Jahres hat das Kabinett Stoiber indessen seine ablehnende Haltung zur Zweitwohnungssteuer für Fremdenverkehrsgemeinden revidiert; nicht einstimmig, wie zu hören war. Im Fraktionsvorstand

war das Ergebnis 10 : 9 Stimmen.

Einig mit Spitzenverbänden

Die Befürworter von Bagatellsteuern in der CSU, darunter bedingt auch Innenminister Dr. Günther Beckstein, sehen sich in Übereinstimmung mit Städte- und Gemeindegremien, die sich aktuell in Vorstandsbeschlüssen bzw. -stellungennahmen für das grundsätzliche Steuerfindungsrecht ohne gesetzliche Einzelgenehmigung ausgesprochen haben. Der Vorsitzende des Wirtschafts-

ausschusses im Landtag, Franz Josef Pschierer, sowie der Vorsitzende des CSU Parlamentskreises Mittelstand, Klaus Dieter Breitschwert, auch Wirtschaftsminister Dr. Otto Wiesheu, bezogen sich auf die ablehnenden Stellungnahmen der Wirtschaftsverbände und des Bundes der Steuerzahler. Sie haben die Staatsregierung in einer Resolution aufgefordert, die Bagatellesteuerdiskussion „ein für alle Mal zu beenden“.

Herrmann legte sich nur insoweit fest, als er feststellte, eine Aufhebung des Bagatellesteuerverbotes „wäre keine Lösung der kommunalen Finanzprobleme“. Die Verantwortung für die Misere liege bei der Bundesregierung und bleibe auch dort. „Der CSU-Fraktion geht es darum, die kommunale Selbstverwaltung zu stärken und die Kommunen selbst entscheiden zu lassen, was sie für richtig oder falsch halten.“

Mehr Last als Lust

SPD-Fraktionsvorsitzender Franz Maget erklärte, die Wiedereinführung der Bagatellsteuern sei „das glatte Gegenteil von Bürokratieabbau, Steuervereinfachung und Reduzierung der Belastung mit Steuern und Abgaben“, letztlich „mehr Last als Lust“. Der Oppositionssprecher hielt dem Vorwurf Herrmanns an die Adresse der Bundesregierung entgegen, in Bayern habe die CSU-Mehrheitsfraktion mit dem Nachtragsetat 2004 den „kommunalfeindlichsten Haushalt aller Zeiten“ verabschiedet. Zur „nachhaltigen Verbesserung der Kommunalfinanzien“ erneuerte Maget die Forderung nach Streichung der Solidarumlage (für die neuen Länder), Erhöhung der Schlüsselzuweisungen und der Investitionsfördermaßnahmen. **rm**



Zu einem Meinungsaustausch trafen sich Vertreter der CSU-Landtagsfraktion mit dem Vorstand des Bayerischen Städtetags. Diskussionspunkte waren die Gemeindefinanzreform, die Neufassung der Grundsteuer, die Zusammenführung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe sowie die Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst. Unser Bild zeigt v.l.n.r. OB Christian Ude, stellvertretender Verbandsvorsitzender, Joachim Herrmann, Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion und OB Josef Deimer Städtetagsvorsitzender. **rs**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Wittl
93188 Pielenhofen
am 18.5.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Horst Rauh
95473 Haag
am 11.5.

Bürgermeister Johann Schorer
87742 Dirlwang
am 13.5.

Bürgermeister
Korbinian Hillmeier
82290 Landberied
am 13.5.

Bürgermeister Dietmar Hollmann
86983 Lechbruck
am 15.5.

Bürgermeister
Wolfgang Fünfstick
95466 Weidenberg
am 16.5.

Oberbürgermeister
Dr. Dieter Mronz
95444 Bayreuth
am 17.5.

Bürgermeister Alfred Zenger
63925 Laudenbach
am 20.5.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Valentin Reichenberger
83451 Piding
am 10.5.

Bürgermeister Ludwig Herzog
83410 Laufen
am 16.5.

Bürgermeister Josef Kreitmeier
85229 Markt Indersdorf
am 19.5.

Bürgermeister Anton Gareis
92690 Pressath
am 21.5.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Harald Schlegel
95482 Gefrees
am 14.5.

Bürgermeister Anton Drexler
94344 Wiesenfelden
am 19.5.

Bürgermeister Kurt Back
97724 Burglauer
am 20.5.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Friedrich Gleitsmann
96193 Wachenroth
am 13.5.

Bürgermeister Thomas Ullmann
97769 Bad Brückenau
am 19.5.

Nachhaltigkeit in der Kinder- und Jugendhilfe sichern

Von Wolfgang Zöller, MdB

In den vergangenen Jahren sind die kommunalen Aufwendungen im Kinder- und Jugendhilfebereich explosionsartig angewachsen. In Deutschland verzeichnen wir einen Anstieg von 14,3 Mrd. € im Jahre 1992 auf 20,2 Mrd. € im Jahre 2002. Das entspricht 41,3 % in 10 Jahren. Aus diesem Grunde verwundert es nicht, dass die Leistungsfähigkeit der bayerischen Kommunen dramatisch überstrapaziert ist: Allein in Bayern sind die Kosten von 1991 bis 2002 um 112,5 % angestiegen.

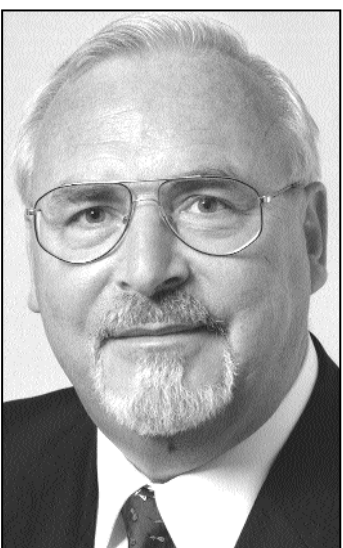
Gründe für diese exorbitante Kostenausweitung sind nicht nur Mitnahmeeffekte, sondern auch Missbrauchstatbestände. Deshalb werden auch gehäuft die Beispielsfälle zitiert, in denen selbst Eltern mit Spitzeneinkommen bei kostenintensiven Unterbringungs- und Betreuungskosten finanziell kaum beteiligt werden. Hierzu zählen auch die Fälle, bei denen das Jugendamt die Kosten der Unterbringung von Kindern, die von einer seelischen Behinderung bedroht sind (z. B. Legasthenie und Dyskalkulie), in speziellen ausländischen Internaten übernehmen muss.

Reformen unaufschiebbar

Meines Erachtens gefährdet die derzeitige Rechtslage die langfristige Funktionsfähigkeit der Kinder- und Jugendhilfe: Leistungen, die heute ohne sachliche Rechtfertigung gezahlt werden und zudem die äußerst prekäre Haushaltslage der Kommunen weiter belasten, beschneiden die Kinder- und Jugendhilfe von morgen.

Deshalb sind Reformen auch im Sozialbereich unaufschiebbar. Der Gesetzgeber muss dafür Sorge tragen, dass die Kinder- und Jugendhilfe auch zukünftig ein leistungsfähiges Netzwerk bleibt, das für Bedürftige eine wirksame Hilfestellung darstellt. Um die Nachhaltigkeit in der Kinder- und Jugendhilfe zu si-

chern, muss die Erziehungsverantwortung der Eltern parallel zu ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit stärker betont werden. So sollten Eltern und andere Unterhaltspflichtige zukünftig an



Wolfgang Zöller, MdB.

den Kosten für ambulante Beratungsangebote und ambulante-therapeutische Maßnahmen sozialgerecht beteiligt werden.

Bayerischer Gesetzesantrag

Aus den genannten Gründen hat Bayern bereits im vergangenen Jahr einen Gesetzesantrag in den Bundesrat eingebracht, der zahlreiche Problemfelder aufgreift und zielführende Re-

formvorschläge unterbreitet (Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sozialgesetzbuches - Achten Buches SGB VIII, BT-Drs. 15/1406). Auch die Sozialpolitiker der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag haben im Schulterschluss mit den Bundestagsabgeordneten der CDU eine gleichgerichtete Initiative im Bundestag auf den Weg gebracht (Drittes Gesetz zur Änderung des Achten Buches Sozialgesetzbuch - Drittes SGB VIII Änderungsgesetz BT-Drs. 15/1114).

Unterstützung aus NRW

Obwohl selbst das SPD-regierte Bundesland Nordrhein-Westfalen die Dringlichkeit der Reform erkennt und sich konsequent hinter den neuen Bundesratsentschließungsantrag mit Bayern gestellt hat (Entscheidung des Bundesrates zur Änderung des SGB VIII - Kinder-

Neues Standardwerk bayerischer Geschichte:

„Bayerns Weg in die Gegenwart“

In der Staatskanzlei haben Autor Prof. Dr. Peter Claus Hartmann und Verleger Friedrich Pustet Staatskanzleichef Erwin Huber das neue Standardwerk „Bayerns Weg in die Gegenwart“ präsentiert und überreicht. Das 720 Seiten starke Kompendium spannt einen weißblauen Bogen von dem von 543 bis 548 regierenden Merowingerkönig Theudebert bis zum jüngsten Kabinett von Ministerpräsident Edmund Stoiber nach der Landtagswahl im September 2003.

„Bayerns Weg in die Gegenwart“ erfasst alle historischen Räume, die vom Jahre 500 an zu Bayern gehörten bzw. noch gehören und behandelt nicht nur die politische Geschichte, sondern auch die Gesellschafts-, Wirtschafts-, Kunst-, Kultur- und Kirchengeschichte. Zur schnellen Orientierung bietet das Buch ein außergewöhnlich detailliertes Inhaltsverzeichnis sowie ein überaus fein differenziertes Gliederungsschema.

Sehr plastisch wird der Text durch über 300 Abbildungen veranschaulicht. Er eignet sich bestens als umfassendes Nachschlagewerk und Lesebuch zur bayerischen Geschichte. Für die zweite Auflage wurde die Geschichte Bayerns von 1988 bis 2003 fortgeschrieben. Zudem wurde die Auswahlbibliographie ergänzt; neueste Forschungsergebnisse sind in die Darstellung eingeflossen.

Nachschlagewerk für Behörden

Das Standardwerk sei als praktisches Nachschlagewerk für Beamte, Politiker, Schüler, Studenten und Journalisten gedacht, erläuterte Autor Peter Claus Hartmann. Der 1940 ge-

würfe seien „reine Kameralistik“ und die dadurch angestrebte Einsparung fiktiv, denn nur Leistungsstreichungen bedeuteten wirkliche Kostenreduzierung. Ähnlich argumentierten die Grünen. Die Unionsvorschläge führten lediglich zur Verlagerung der Kosten. Die Regierungsfaktionen kritisierten auch die Vorschläge zur Kürzung bei jungen Volljährigen und die Neugestaltung der Eingliederungshilfe bei behinderten Kindern und Jugendlichen. Dies bemängelten auch die Liberalen, doch stimmten sie mit der Union „uneingeschränkt“ überein, dass Kosten im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe eingedämmt werden sollten. **DK**

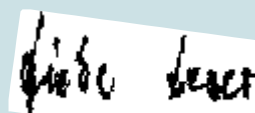
und Jugendhilfegesetz - Entlastung der Kommunen und Länder im Bereich der Jugendhilfe, BR-Drs. 222/04), werden derartige gemeinschaftliche Anstrengungen im Bundestag seitens Rot-Grün verhindert: So haben die Sozialpolitiker der rot-grünen Regierungskoalition Anfang April bei den abschließenden Beratungen der zuständigen Ausschüsse im Deutschen Bundestag empfohlen, gegen die beiden o. g. Gesetzentwürfe Bayerns und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu stimmen.

Ideologische Interessen

Dieses widersprüchliche Verhalten von Rot-Grün beweist, dass die Regierungskoalition ideologische Interessen über die Nachhaltigkeit in der Kinder- und Jugendhilfe stellt. Ihre Reformbereitschaft und Reformfähigkeit steht damit vor dem Aus.

Dessen ungeachtet dürfen wir in unseren Bemühungen um eine sinnvolle und sozialgerechte Reform des SGB VIII nicht nachlassen: Nur solide Kommunalfinanzen sind eine Gewähr für die Zukunft der Kinder- und Jugendhilfe in unserem Land (s.u.). **DK**

GZ Kolumne Luitpold Braun



man mag es ja kaum glauben, aber die Debatte über die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für erwerbsfähige Hilfsbedürftige wird allmählich immer grotesker. Ursprünglich ging man ja davon aus, dass die Kommunen (kreisfreie Städte und Landkreise) deutschlandweit mit 2,5 Milliarden Euro entlastet werden. Jetzt rechnen die Spitzenverbände mit einer Belastung von 2,4 Milliarden Euro. Dies bedeutet, dass knapp fünf Milliarden Euro zu Lasten der Kommunen verschoben werden! Eigentlich würde diese katastrophale Feststellung zur Kritik an einer Neuregelung reichen.

Es geht aber noch weiter. Bei der Durchführung des Gesetzes sieht der Gesetzgeber wahlweise zwei Trägermodelle vor: Einmal ist es eine zweiseitige Trägerschaft von Bundesagentur und Kommunen, zusammengeführt durch eine sogenannte Arbeitsgemeinschaft, zum anderen wäre auf dem Wege der Option eine alleinige Trägerschaft der Landkreise und kreisfreien Städte möglich.

Für den zweiten Fall wäre die Grundlage das noch ausstehende Optionsgesetz, dies wird aber wohl nach den Bekundungen der Länder im



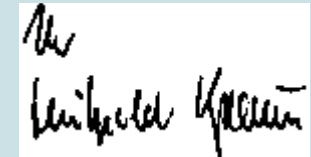
Bundesrat scheitern. Damit bleibt nur die Lösung mit der Arbeitsgemeinschaft. Deren Rechtsform ist aber nirgendwo geregelt. Somit entsteht bereits bei diesem Punkt wieder neue Unsicherheit.

Keine weiteren Verschiebungen!

Dieses elende, auf die Bundesregie-

runng und diese tragenden Parteien zurückgehende Desaster, kann nur einen Schluss nahelegen: Die Kommunen müssen sich bei der Übernahme von Aufgaben soweit wie irgend möglich zurückhalten und die Zukunft den örtlichen Repräsentanten der Bundesagentur für Arbeit überlassen.

Andernfalls laufen sie Gefahr, noch mehr zur Kasse gebeten zu werden. Die Grundversicherung lässt grüßen!



Erste Europäische Konferenz des bvv:

Europe goes Bamberg

150 Bildungsexperten aus über 20 europäischen Ländern trafen sich in Bamberg zur ersten Europäischen Konferenz des Bayerischen Volkshochschulverbandes (bvv), um die Perspektiven der anstehenden EU-Erweiterung für die Erwachsenenbildung zu erörtern. Im Mittelpunkt der viertägigen Veranstaltung standen Fachthemen innerhalb der Bereiche „Lebenslanges Lernen“ sowie „Bildung für Alle“.

„Zur gemeinsamen Bewältigung der vor uns stehenden Aufgaben müssen wir die Chance ergreifen, voneinander lernen zu können“, betonte eingangs Siegfried Kett, 1. Vorsitzender des bvv. Er stellte fest, dass es auf der Grundlage gemeinsamer Werte im Sinne einer erfolgreichen ökonomischen und menschlichen Zukunft gelingen müsse, entsprechend der Beschlusslage der Europäischen Kommission Europa zu einem Raum des lebenslangen, lebensbegleitenden Lernens für möglichst viele Menschen aus allen Schichten zu machen.

Auch Thomas Silberhorn, Bamberger MdB, sprach der Erwachsenenbildung der Zukunft neue Aufgaben und eine noch größere Bedeutung zu: „Unser Wissen oder Nichtwissen über unsere Nachbarn im Osten wird unsere Einstellung gegenüber der Osterweiterung und unsere Bewertung ihrer Chancen und Risiken ... wesentlich prägen.“

Die Perspektiven, Chancen und Risiken der EU-Erweiterung wurden auch in einem Round Table-Gespräch beleuchtet, an dem Europaminister Eberhard Sinner, Lissy Gröner, Abgeordnete im Europäischen Parlament, die ehemalige Generalkonsulin aus Polen, Jolanta Roza Kozłowska, Dr. Helmuth Jungbauer, Geschäftsführer des Fränkischen Tags, und János Sz. Toth, Präsident des Europäischen Erwachsenenbildungsverbandes, teilnahmen. Tenor der Diskussion: Auch wenn es Gewinner und Verlierer geben wird, darf das Unternehmen „EU-Erweiterung“ nicht scheitern, nicht in Gefahr geraten und auch nicht

verzögert werden, zumal es in letzter Konsequenz die Grundlage für ein dauerhaftes friedliches Zusammenleben der Menschen aller Staaten in Europa darstellt.

Das Bereitstellen von Mitteln aus dem Budget der EU-Kommission bildet das Kernstück einer vom bvv verabschiedeten Resolution. In Zahlen ausgedrückt fordert der Verband die EU-Kommission auf, für einen Zeitraum von sieben Jahren vom Budget der EU-Erweiterung jährlich ein Prozent für Maßnahmen und Projekte in den Bereichen „Bildung und Begegnung“ vorzusehen. Mit diesem Schritt würde die EU in den Jahren 2004 bis 2006 (Budget ca. 50 Mrd. Euro) eine Finanzierung dieses Bereiches in Höhe von gut einem Euro pro erwachsenem EU-Bürger erreichen. An die ausländischen Gäste der Europäischen Konferenz wurde appelliert, auch in ihren Ländern entsprechende Forderungen zu formulieren, um die notwendigen Begleitmaßnahmen für „Bildung und Begegnung“ in ganz Europa zu sichern.

An die Europäische Konferenz schloss sich nahtlos die 58. Landestagung des Bayerischen Volkshochschulverbandes mit Neuwahlen an. Erster Vorsitzender und damit Nachfolger von Siegfried Kett wurde Karl-Heinz Eißfeld, Leiter der vhs Neuburg-Ottobrunn. In ihrem Amt als 2. Vorsitzende bestätigt wurde Edith Rasch, Leiterin der vhs Dachau. 3. Vorsitzender wurde der bisherige Schriftführer des Verbandes, Winfried Ellwanger, Leiter der vhs Cham. Er trat die Nachfolge von Susanne Deß an. **DK**

SGK-Landesversammlung in Landshut:

Kommunale Selbstverwaltung und Daseinsvorsorge

Die Wasserversorgung ist ein zentrales Element der kommunalen Daseinsvorsorge. Immer wieder gibt es auch hier Forderungen nach Privatisierung. Wie es mit der kommunalen Selbstverwaltung und Daseinsvorsorge im künftigen Europa weitergehen soll, darüber diskutierte die Landesversammlung der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) in Landshut.

Wolfgang Kreissl-Dörfler, MdEP, Spitzenkandidat der Bayern-SPD zur Europawahl, vertrat die Auffassung, dass der Verfassungsvertrag der Europäischen Union auch im Interesse der Kommunen noch heuer in Kraft treten müsse. Der vorliegende Verfassungsentwurf hebe die große Bedeutung der Kommunen für den Aufbau und das gute Funktionieren Europas hervor, betonte Kreissl-Dörfler, denn zum ersten Mal in der EU-Geschichte werde die lokale und regionale Selbstverwaltung ausdrücklich anerkannt, geachtet und geschützt. Die Prinzipien der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit seien eindeutiger gefasst worden. Die Europäische Kommission müsse bei jedem europäischen Gesetzentwurf prüfen, ob er die Regionen und Kommunen verwaltungsmäßig und/oder finanziell übermäßig belaste, erklärte der Abgeordnete.

Subsidiarität

Für die konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips sei die Daseinsvorsorge der klassischen Fall, so Kreissl-Dörfler weiter. Seiner Ansicht nach sind vor allem die Wasserversorgung, der ÖPNV sowie Müllvermeidung und umweltverträgliche Müllentsorgung originäre kommunale Aufgaben. Vor diesem Hintergrund begrüßte es der Europaabgeordnete, dass mit den Stimmen aller SPD-Abgeordneten das Europäische Parlament eine Liberalisierung des Wassermarktes abgelehnt hat.

Kreissl-Dörfler gab die Parole „Hände weg vom Trinkwasser!“ aus und erntete damit auch Beifall von seinem Parteikollegen, Oberbürgermeister Reinhold Perlak. Der Straubinger Rathauschef, der am Podium über aktuelle Anliegen der Kommunen mit diskutierte, warnte davor, dass hohe Qualitätsstandards verloren gehen könnten, wie Beispiele in bereits liberalisierten Wassermärkten zeigten.

Pro Sparkassen

Dr. Ivo Holzinger, SGK-Vorsitzender und Memminger Oberbürgermeister, stellte sich angesichts der Diskussion um die Pri-

vatisierung der Sparkassen ausdrücklich hinter die öffentlichen Kreditinstitute und forderte die Tagungsteilnehmer auf, sich für deren Erhalt einzusetzen. Moderator Landrat Heinrich Trapp, Dingolfing, wies seinerseits unter Hinweis auf die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen auf die besondere Problematik des Erhalts kommunaler Krankenhäuser hin. Landshuts Oberbürgermeister Josef Deimer wiederum verwies auf das vom Städtetag vorgelegte Modell zur Reform der Gemein-

Bayerns Wirtschaftsminister zum Frühjahrsgutachten der Forschungsinstitute:

„Von selbst tragendem Aufschwung meilenweit entfernt“

„Die jetzige Senkung der Wachstumsprognose im Frühjahrsgutachten der Forschungsinstitute auf 1,4 bis 1,5 Prozent lässt fatale Erinnerungen an die vergangenen drei Jahre wach werden, in die die deutsche Wirtschaft jeweils mit Aufschwunghoffnungen gestartet ist, um dann in einer anhaltenden Stagnationskrise stecken zu bleiben“, erklärte Bayerns Wirtschaftsminister Otto Wiesheu zum vorgelegten Frühjahrsgutachten der Forschungsinstitute.

In der aktuellen Prognose sei ein ausgeprägter, fünf Tage umfassender Arbeitzeiteffekt enthalten, der einen halben Prozentpunkt Wachstum bewirke. Nur dadurch könne es der deutschen Wirtschaft heuer gelingen, erstmals seit 2000 die Ein-Prozent-Hürde beim Wachstum wieder zu überspringen. „Von einem Abbau der Massenarbeitslosigkeit oder gar einem selbst tragenden Aufschwung

definanzen. Favorisiert werde nach wie vor eine kommunale Betriebssteuer, bei der die vor Ort erwirtschafteten Werte der Besteuerung zu Grunde gelegt werden.

Kommunale Betriebssteuer

Für eine solche Steuer habe sich im übrigen auch die Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen im Sommer 2003 ausgesprochen. Eine andere Alternative zur Gewerbesteuer gibt es nach Auffassung Deimers nicht. Die Kommunen benötigten das Geld, das ihnen vom Gesetz her zustehe.

Der Aktualität und vor allem dem Tagungsort gemäß wurde auch die Bewerbung der beiden CSU-Mitglieder Ludwig Zellner

und Hans Rampf um die Nachfolge von Josef Deimer als Landshuter Rathauschef thematisiert.

Wenn sich zwei streiten ...

Der stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Florian Pronold gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass der SPD-Oberbürgermeisterkandidat der niederbayerischen Metropole, Gerd Steinberger, von den Rivalitäten innerhalb der CSU profitieren könne. In Augsburg sei dies mit der Wahl des Sozialdemokraten Dr. Paul Wengert zum Stadtoberhaupt bereits eindrucksvoll gelungen. Steinberger meinte, ihn freue es, wenn es zweier CSU-Kandidaten bedürfe, um einen SPD-Bewerber in die Knie zu zwingen. Wie der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion bemerkte, habe Landshut gerade durch den Ausbau des Flughafens München II gute Perspektiven. Eine von der Preisgestaltung her vertretbare Grundstücks politik könne hier die richtigen Weichen stellen. **DK**

Gemeindetag fordert:

Erleichterung bei Stellenbesetzungen

Der Bayerische Gemeindetag fordert Erleichterungen bei der Besetzung von Personalstellen in den Rathäusern. „Angesichts der kommunalen Finanznot sollte der bayerische Gesetzgeber den Gemeinden und Städten größere Freiräume bei der Stellenbesetzung einräumen“ sagte Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags. „Die gesetzliche Vorgabe, dass jede kreisangehörige Gemeinde mindestens einen gehobenen Beamten beschäftigen muss, trägt den heutigen Gegebenheiten nicht Rechnung. Die Vorschrift sollte ersatzlos gestrichen werden.“

Art. 42 der Gemeindeordnung schreibt den Gemeinden vor, das fachlich geeignete Verwaltungspersonal anzustellen, das erforderlich ist, um den ordnungsgemäßen Gang der Geschäfte zu gewährleisten. Die Vorschrift legt darüber hinaus fest, dass kreisangehörige Gemeinden mindestens einen Beamten mit der Befähigung für den gehobenen Dienst zu beschäftigen haben, wenn nicht der berufsmäßige Erste Bürgermeister diese Befähigung besitzt, bzw. die Gemeinde einer Verwaltungsgemeinschaft angehört. Eine ähnliche Regelung gilt für Verwaltungsgemeinschaften. Als Folge der kommunalen Finanznot haben die Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften große Schwierigkeiten, geeignete Beamte des gehobenen Diensts aus dem Bereich der Allgemeinen Inneren Verwaltung zu gewinnen. Daher schlägt der Bayerische Gemeindetag vor, diese gesetzliche Anforderung ersatzlos zu streichen. Es reicht vielmehr die allgemeine Vorgabe aus, dass das fachlich geeignete Verwaltungspersonal zur Erledigung der laufenden Geschäfte im Rathaus anzustellen ist. Sollte sich der Gesetzgeber hierzu nicht durchringen können, sollte zumindest die zwingende Vorschrift zur Beschäftigung eines gehobenen Beamten in eine bloße Sollvorschrift umgewandelt werden. Dann könnten die Gemeinden auch entsprechend qualifizierte Angestellte einstellen, wenn sie den Nachweis geführt haben, alles unternommen zu haben, einen geeigneten gehobenen Beamten zu gewinnen. **LS**

Bayerns schönste Dörfer gesucht

Der Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden - Unser Dorf hat Zukunft“ geht auf Landesebene in die entscheidende Phase. Wie Landwirtschaftsminister Josef Miller mitteilte, begutachtet eine Kommission aus Vertretern verschiedener Ministerien, Verbänden und Institutionen nunmehr die 22 Siegerdörfer der Vorentscheide auf Bezirks- und Landkreisebene.

Bewertet werden die Zukunftskonzepte und wirtschaftlichen Initiativen, die aktive Beteiligung der Bürger, die Erhaltung und Entwicklung örtlicher Bausubstanz, die dörfliche Gartenkultur und Grüngestaltung sowie die Erhaltung einer vielfältigen Kulturlandschaft. Die Entscheidung, wer den Freistaat beim Bundesentscheid vertritt, fällt laut Miller am 18. Mai. Die Ehrung der Landesieger ist am 13. November im mittelfränkischen Schwanstetten geplant. An dem 21. Wettbewerb, der alle drei Jahre statt findet, haben sich 973 Dörfer beteiligt.

Teilnehmer am Landesentscheid

Oberfranken
Großziegenfeld, Stadt Weismain, LK Lichtenfels,
Isaar, Gemeinde Töpen LK Hof,
Langenstadt, Gemeinde Neudrossenfeld, LK Kulmbach,
Steinbach an der Haide, Stadt Ludwigsstadt, LK Kronach,
Trunstadt, Gemeinde Viereth-Trunstadt, LK Bamberg,

Mittelfranken

Gundelsheim, Gemeinde Theilenhofen, LK Weißenburg-Gunzenhausen,

EU-Agrarreform:

Bayern für bauernfreundliche Lösung
Mit Bedauern hat Landwirtschaftsminister Josef Miller festgestellt, dass der bayerische Kompromissvorschlag zur EU-Agrarreform im Agrarausschuss des Bundesrates keine Mehrheit gefunden hat. Bayern hatte zusammen mit Sachsen einen Antrag zur grundlegenden Überarbeitung des Gesetzes gestellt, das die Durchführung der Entkoppelung in Deutschland regeln soll.

Grundlage dieses Antrags der beiden Länder war der Vorschlag des Deutschen Bauernverbandes. „Leider gab es bei den anderen Ländern wenig Bewegung in unsere Richtung“, so Miller in München. Bayern werde sich dennoch weiterhin für eine bauernfreundliche Lösung stark machen. Miller zeigte sich darüber

Oberfranken
Solnhofen, LK Weißenburg-Gunzenhausen,

Unterfranken
Büchold, Stadt Arnstein, LK Main-Spessart,
Fabriktschleichach, Gemeinde Rauhenbrach, LK Haßberge,

Schwaben
Langerringen, LK Augsburg,
Reimlingen, LK Donau-Ries,

Oberbayern
Kirchanschöring, LK Traunstein,
Böhmfeld, LK Eichstätt,

Niederbayern
Loiching, LK Dingolfing-Landau,
Schützing, Gemeinde Schaufling, LK Deggendorf,
Wotzmannsreut, Stadt Waldkirchen, LK Freyung-Grafenau

Oberpfalz
Großenried, Markt Stamsried, LK Cham
Lupburg, Markt Lupburg LK Neumarkt i. d. Opf.,
Pfatter, LK Regensburg,
Ramspau, Markt Regenstauf LK Regensburg
Wondreb, Stadt Tirschenreuth LK Tirschenreuth.

erleichtert, dass der Agrarausschuss mit breiter Mehrheit die Anrufung eines Vermittlungsausschusses empfohlen hat. Zentraler Verhandlungsgegenstand wird dabei der von Bayern mit eingebrachte Antrag sein, den Abschmelzungsprozess der Zahlungsansprüche mindestens auf 2010 zu verschieben. **LS**

lung liegen auf der Hand: Die binnenwirtschaftlichen Kräfte sind ausgepowert und im Außenhandel stammen mittlerweile etwa 30 Prozent des deutschen Exportwerts von Vorprodukten, die im Ausland hergestellt werden und damit in Deutschland weder wachstums- noch beschäftigungswirksam werden. Wenn in einer solchen Situation der Bundesregierung nach einem Jahr quälender, weitgehend nutzloser Reformdiskussion nicht mehr einfällt als eine Ausbildungsplatzabgabe, ist das ein Menetekel für Deutschland. Der große reformpolitische Befreiungsschlag zur Vermeidung des wirtschaftlichen Abstiegs Deutschlands wird immer dringlicher. Gleichzeitig wird immer klarer, dass Rot-Grün ihn nicht leisten kann“, so Bayerns Wirtschaftsminister.

Ausgepowert

„Die Gründe für diese anhaltend unbefriedigende Entwick-

lung sind und bleiben wir meilenweit entfernt. Stabilitätspolitisch katastrophal wäre es, wenn Deutschland wie prognostiziert auch 2005 mit 3,5 Prozent die Neuverschuldungshürde des Maastricht-Vertrags reißen würde“, erklärte Wiesheu.

Eine scharfe Absage erteilte Stoiber schuldenfinanzierten Konjunkturprogrammen. Stoiber: „Dies sind Uralt-Rezepte aus den siebziger Jahren, deren Wirkungslosigkeit und Schädlichkeit erwiesen ist. Diese falschen Rezepte funktionieren nach dem Motto: Das Strohfeuer ist schnell verbrannt und was bleibt, sind noch mehr Schulden.“ Maßstab für eine seriöse Finanz- und Haushaltspolitik sei die Einhaltung der Vorgaben des Grundgesetzes mit höheren Investitionen als neuen Schulden und die Wahrung des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts durch Deutschland mit einer Begrenzung neuer Schulden auf drei Prozent des Bruttosozialprodukts.

Prinzip der Nachhaltigkeit verraten

Scharf verurteilte Stoiber die Mitwirkung der Grünen an der unverantwortlichen Schuldenpolitik des Bundes: „Die Grünen verraten das Prinzip der Nachhaltigkeit, das nicht nur in der Umweltpolitik, sondern auch in der Finanzpolitik gilt. Nachhaltige Politik heißt, der jüngeren Generation nicht einen immer größer werdenden Berg von Schulden zu hinterlassen, mit dem die jungen Leute dann später nicht mehr fertig werden. Dass ausgerechnet der grüne Außenminister das Ende der Konsolidierungsbemühungen für den Staatshaushalt verkündet, macht die Grünen als Vertreter des Nachhaltigkeitsprinzips völlig unglaubwürdig.“ **LS**

Stoiber fordert klare ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Stoiber: „Deutschland braucht wieder eine Regierung, die Seriosität, Verlässlichkeit und Berechenbarkeit verkörpert. Der einzig richtige Weg, um Deutschland aus seiner strukturellen Krise herauszuführen ist eine konsequente Rückführung der Neuverschuldung mit durchgreifenden Strukturreformen bei Arbeitsmarkt und Steuern. Dies ist das Kontrastprogramm Bayerns und einer Reihe weiterer verantwortungsbewusster Länder zu dem rot-grünen Schlingerkurs in Berlin.“

gangen wird. Deimer: „Was bringt es, wenn wir einerseits Ausbildungsplatzabgabe zahlen und zugleich diese Mittel bei der Jugendarbeit einsparen müssen?“

Widersinnige Vorschriften

Bei der Berechnung der Ausbildungsplatzabgabe würden Berufsgruppen wie Lehrer oder Erzieher einbezogen, obwohl diese Gruppen von den Städten gar nicht ausgebildet werden dürfen. Für die Kommunen ist es widersinnig, in speziell für den öffentlichen Dienst geschaffenen Ausbildungsberufen über den Bedarf hinaus auszubilden. Diese Berufe, wie beispielsweise Verwaltungsfachangestellte, seien in der Privatwirtschaft kaum gefragt. Deimer: „Was soll eine Ausbildung, mit der die jungen Menschen anschließend nichts anfangen können?“ **DK**

Verhandeln statt Crash ...

(Fortsetzung von Seite 1)
nicht mehr ausgleichen können. Diese Regelung hilft den Kommunen nicht weiter, erklärte der Vorsitzende: „Selbst wenn die entschärfte Fassung der Ausbildungsplatzabgabe die Mehrausgaben etwas reduziert, bleiben die Städte und Gemeinden mit erheblichen Ausgaben hängen. Unberücksichtigt bleibt, dass vor allem die Städte bei der Ausbildung junger Menschen erhebliche Leistungen erbringen, die im Gesetzentwurf nicht anerkannt werden.“ Allein im Bereich des Berufsschulwesens gäben die Kommunen bundesweit jährlich mehr als 1 Milliarde Euro für den Bauunterhalt dieser Schulen aus.

Dazu kämen kommunale Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramme, mit denen insbesondere in Großstädten aktiv gegen die Jugendarbeitslosigkeit vorge-

19. Gewerkschaftstag 2004 der KOMBA-Gewerkschaft:

Meyer fordert Bereitschaft und Mut zu Reformen

„Die finanzielle Lage der Kommunen gibt Anlass zu großer Sorge. Deshalb hat die Staatsregierung mehrere Initiativen beschlossen, um die Kommunen zu unterstützen und zu entlasten. Dazu gehören beispielsweise die Möglichkeit zur Erhebung einer Zweitwohnungsteuer sowie Erleichterungen für den Haushaltsvollzug“, stellte Finanzstaatssekretär Franz Meyer auf dem 19. Gewerkschaftstag 2004 der KOMBA-Gewerkschaft Bayern in Schweinfurt fest.

Die Staatsregierung werde auch in Zukunft ein fairer Partner der Kommunen sein, sicherte Meyer zu. Deshalb wolle das Kabinett in Kürze ein Gesamtpaket zur Entlastung der Kommunen und zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung beschließen. Die ständig steigende Ausgabenlast im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe müsse eingedämmt werden.

Die Ausgaben der Jugendhilfe seien in Deutschland von 14,3 Milliarden Euro im Jahr 1992 auf 20 Milliarden Euro im Jahr 2002 gestiegen. Dies sei ein Anstieg von 41,3 Prozent in zehn Jahren. Allein in Bayern hätten sich die Kosten sogar um 112,5 Prozent erhöht. „Das sprengt die Leistungsfähigkeit der Kommunen“, stellte Meyer fest. Deshalb soll mit erreicht werden, dass ein Anstieg der Kosten gestoppt, Mitnahmeeffekte und Missbräuche beseitigt und die Gelder effizienter verwendet würden.

Neben finanziellen Entlastungen bräuchten die Kommunen vor allem einen Schutz vor Aufgabenüberlastung. In Bayern sei bereits das strikte Konnexitätsprinzip in die Verfassung eingeführt worden. „Wir fordern, dass

die Kommunen auch auf Bundesebene in gleicher Weise vor Überlastungen geschützt werden. Es kann nicht sein, dass der Bund Lasten auf die Länder und Kommunen verschiebt, ohne für einen finanziellen Ausgleich zu sorgen“, betonte Meyer.

Abschied von Rundumversorgung

Der Staat und die Kommunen müssten sich, so Meyer, auf das Wesentliche konzentrieren. Von einer „Rundumversorgung“ in allen Bereichen müsse Abschied genommen werden. „Wir sparen und reformieren, um zu investieren“, stellte Meyer fest. Deshalb müsse die öffentliche Verwaltung umfassend reformiert werden. Sowohl beim Staat als auch bei den Kommunen seien Modernisierung, Rationalisierung, Effizienzsteigerung und Entbürokratisierung erforderlich. Die Staatsregierung wolle deshalb in einem Pakt für die Kommunen Entscheidungen von oben nach unten verlagern und Handlungsspielräume vor Ort stärken. Staatliche Vorgaben an die Kommunen sollen soweit als möglich abgebaut werden.

Unter diesen auch für die Kommunen schwierigen ökonomischen Rahmenbedingungen werden von den öffentlichen Bediensteten hohe fachliche Kompetenz, Leistungsbereitschaft und vor allem Verantwortungsbewusstsein verlangt. „Ich bin überzeugt, dass die Situation für die Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen weitaus schlechter wäre, wenn nicht die Verwaltung so engagiert und effektiv die erforderlichen Aufgaben wahrnehmen würde. Die Qualität des öffentlichen Dienstes in Bayern und gerade auch in den Kommunen ist weithin anerkannt“. Mit diesen Worten dankte Meyer für den zuverlässigen und tatkräftigen Einsatz der Bediensteten.

Weiterer Sparbeitrag

Die bayerische Verwaltung habe einen hervorragenden Ruf und leiste gute Arbeit. Aber angesichts etwa des hohen Personalkostenanteils von über 40 Prozent im Haushalt des Freistaates seien Sparmaßnahmen unumgänglich. „Ich bin mir bewusst, dass dem öffentlichen Dienst bereits in den letzten Jahren ein nicht unerheblicher Verzicht abverlangt wurde“, stellte Meyer fest. Dennoch sei es unerlässlich, dass ein weiterer Sparbeitrag durch eine Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit für alle Beschäftigten eingebracht werde. Die Staatsregie-

rung wolle die Verlängerung der Arbeitszeit gleichzeitig für eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit nutzen.

Zu einem Reform- und Sparkurs gebe es keine Alternative.

Die öffentliche Hand in Bayern müsse energische Reform- und Sparmaßnahmen ergreifen, um nicht - wie andere Länder - den Weg in eine unverantwortliche Verschuldung zu gehen. „Mit

noch mehr Bereitschaft und Mut zu Reformen werden wir es schaffen, aus der gegenwärtigen Umbruchsituation gestärkt hervorzugehen“, betonte Meyer.

1000 Teilnehmer bei VDV Jahrestagung 2004 vom 25.-26. Mai in Hamburg:

Sparen oder Investieren?

Die Verkehrspolitik am Scheideweg / Bundespräsident Rau kommt

Bundespräsident Johannes Rau wird mit einem Gastvortrag bei der Jahrestagung des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) erwartet. Gastgeber der Spitzenveranstaltung vom 25.-26. Mai ist die Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft (HHA). Sie steht im Zeichen der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs und der Verkehrsinfrastruktur.

Einen weiteren Gastvortrag hält der Präsident des Internationalen Verbandes für öffentliches Verkehrswesen (UITP), Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Meyer. Zugespitzt haben auch die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium, MdB Angelika Mertens, Hamburgs Bürgermeisterin Birgit Schnieber-Jastram sowie der Verkehrssenator der Hansestadt, Dr. jur. Michael Freytag.

Fachtagung Personenverkehr

In der Fachtagung Personenverkehr am 26. Mai referieren Prof. Dr.-Ing. Hartmut H. Topp (TU Kaiserslautern) über „Szenarien 2030 für den Personenverkehr in Stadtregionen“, Dr. Adi Isfort (TNS Emnid GmbH & Co. KG, Bielefeld) über die Frage „Was erwartet der Kunde vom ÖPNV? - Qualität und Kundenorientierung im Nahverkehr“ und Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Meyer (UITP) über „Lebensqualität, Prosperität und Innovation - nachhaltige Wir-

kungen eines leistungsfähigen öffentlichen Nahverkehrs auf Städte und Regionen“.

Fachtagung Güterverkehr

In der parallel stattfindenden Fachtagung Güterverkehr referieren Dr. Stefan Rommerskirchen (ProgTrans AG, Basel) über „Zukunftstrends im Güterverkehr in Deutschland und Europa - Was hat die Schiene zu erwarten?“, Dr. rer. pol. Hanspeter Stabenau (Bundesvereinigung Logistik, Bremen) über „Kooperative Güterverkehrskonzepte - Vorgaben für die Entwicklung des Schienengüterverkehrs aus der Sicht der Logistik“ und Dr. rer. pol. Rolf Bender (Häfen und Güterverkehr Köln AG, Vizepräsident des VDV) über die „Voraussetzungen für eine positive Entwicklung des Schienengüterverkehrs aus Sicht der Unternehmen“.

In der gemeinsamen Abschlussveranstaltung am 26. Mai diskutieren Prof. Dr. Her-

bert Baum (Universität Köln), Dipl.-Kfm. Günter Elste (HHA, Präsident des VDV), Angelika Mertens, MdB (BMVBW), Albert Schmidt, MdB (Bündnis 90/Die Grünen), Dipl.-Ing. Friedrich Smaxwil (Präsident des Verbandes der Bahnindustrie in Deutschland) und Dieter Wellner (Vorsitzender des Arbeitskreises Bahnpolitik der Verkehrsabteilungsleiterkonferenz) unter Leitung von Eberhard Krummheuer (Handelsblatt) die Frage „Verkehrsfinanzierung am Scheideweg?“

Wettbewerb Soziale Stadt 2004

Bonn. Zum dritten Mal lobt die Arbeiterwohlfahrt (AWO) gemeinsam mit dem Deutschen Städtetag (DST), dem Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen e.V. (GdW), der Schader-Stiftung, der SAGA Siedlungs-AG, Hamburg sowie dem Bundesverband für Wohneigentum und Stadtentwicklung e.V. (vhw) den Preis „Soziale Stadt“ aus. Beteiligen können sich alle, die einen Beitrag zur Entwicklung „ihres Stadtteillebens“ leisten. Einsendeschluss ist der 16. Juli 2004. preis.soziale.stadt@vhw-online.de. **KK**

Acht Metropolen im wirtschaftlichen Standort-Vergleich:

Region München führend in Deutschland

Besonders stark bei Dienstleistungen

Die Region München kann als Kraftzentrum Deutschlands bezeichnet werden, das sich vor allem als Dienstleistungszentrum profiliert hat. Dies geht aus dem jüngst veröffentlichten Standortvergleich von acht deutschen Metropolen hervor, dessen Details die IHK für München und Oberbayern jetzt in einer Broschüre zusammengefasst hat. Zur Wirtschaftsregion München zählen neben der Landeshauptstadt auch die Landkreise Dachau, Ebersberg, Erding, Freising, Fürstfeldbruck, Landsberg a. Lech, München und Starnberg. Anhand von 44 Kriterien wurden neben München die Standorte Berlin, Hamburg, Köln/Bonn, Rhein/Main, Stuttgart, Dresden und Leipzig/Halle untersucht.

Mit einer Bruttowertschöpfung von 33.109 Euro je Einwohner wird im Dienstleistungssektor der Region München mehr als das Doppelte des Bundesdurchschnitts von 16.302 Euro erwirtschaftet. Es folgen die Regionen Hamburg (23.235 Euro), Rhein/Main (23.194 Euro), Köln/Bonn (20.702 Euro), Stuttgart (18.792 Euro), Berlin (15.025 Euro), Leipzig/Halle (12.591 Euro) und Dresden (11.902 Euro).

Größtes Wachstum

Auch weist München das größte Wachstum in diesem Bereich auf. Die Region verfügt zudem mit Abstand über die größte Beschäftigungsdichte sowohl im Dienstleistungssektor als auch im Medienbereich.

Betrachtet man die Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes für den Zeitraum 1992 bis 2001, sieht das Bild etwas anders aus, weil die Ausgangs-

basis unterschiedlich ist. Hier führt bei einem Durchschnittswert von 2,8 Prozent für Deutschland Dresden mit 6,8 Prozent vor Leipzig mit 5,5 Prozent, München mit 4,1 Prozent, Rhein/Main mit 2,9 Prozent, Hamburg mit 2,7 Prozent, Berlin mit 2,6 Prozent, Stuttgart mit 2,4 Prozent und Köln/Bonn mit 2,0 5 Prozent.

Pro Einwohner erreicht die Region München mit 45.280 Euro das höchste Bruttoinlandsprodukt vor den Regionen Stuttgart (33.751 Euro), Rhein/Main (32.515 Euro), Hamburg (32.146 Euro), Köln/Bonn (28.946 Euro), Berlin (20.619 Euro), Dresden (18.153 Euro) und Leipzig/Halle (18.348 Euro). Der Durchschnittswert für Deutschland lautet 25.154 Euro.

Vergleicht man die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigem im Jahr 2001, führt wiederum die Region München mit 68.006 Euro vor Hamburg mit 59.624 Euro, Rhein/Main mit

59.611 Euro, Stuttgart mit 57.944 Euro, Köln/Bonn mit 54.417 Euro, Berlin mit 43.822 Euro, Leipzig/Halle mit 37.859 Euro und Dresden mit 36.319 Euro bei einem Durchschnittswert von 49.570 Euro für Deutschland.

Mit 20.989 Euro verfügen die Einwohner der Region München über die höchste Kaufkraft. Bei einer durchschnittlichen Kaufkraft pro Einwohner von 16.606 Euro in Deutschland folgen Stuttgart (19.425 Euro), Köln/Bonn (18.681 Euro) Hamburg (18.306 Euro), Berlin (15.969 Euro), Dresden (13.561 Euro) und Leipzig/Halle (13.450 Euro).

Höchste Kaufkraft

Voraussetzung für überdurchschnittliche Kaufkraft sind überdurchschnittliche Löhne und Gehälter. 2001 betrug bei Bruttolöhnen und -gehältern der Durchschnitt je Arbeitnehmer in Stuttgart 30.470 Euro, in München 30.311 Euro, in Rhein/Main 28.467 Euro, Köln/Bonn 28.059 Euro, in Hamburg 27.467 Euro, in Berlin 24.663 Euro, in Dresden 21.389 Euro und in Leipzig 21.298 Euro. Der Durchschnitt in Deutschland liegt bei 25.980 Euro.

„Dies alles ist“, so IHK-Präsident Claus Hipp, „vor allem auf die moderne regionale Wirt-

schaftsstruktur mit einem überdurchschnittlichen Anteil hoch qualifizierter Arbeitskräfte, einem hohen Lohnniveau und niedriger Arbeitslosigkeit zurückzuführen.“ Auch bringt es München mit 89,4 Prozent auf die mit Abstand höchste Erwerbsquote aller untersuchten Regionen.

Niedrigste Arbeitslosenquote

Gleichzeitig hatte die Region im Jahr 2002 die niedrigste durchschnittliche Arbeitslosenquote. Mit einer Produktivitätssteigerung von 12,6 Prozent von 1996 bis 2001 konnte München zudem seinen Vorsprung weiter ausbauen und kommt deshalb trotz hoher Pro-Kopf-Gehälter auf die niedrigsten Lohnstückkosten. Auch herrscht ein positives Gründungsklima. Mit zehn Existenzgründungen je 1.000 Einwohner liegt München ebenfalls an der Spitze und weit über dem Bundesdurchschnitt von 7,1 Neuerrichtungen. Die süddeutschen Regionen München und Stuttgart sind deutlich exportorientierter als die übrigen Regionen.

Im Vergleich zu anderen Metropolen haben die Unternehmen in München allerdings durch hohe Gewerbesteuerhebesätze und Grundstückspreise mit hohen Kostenbelastungen zu kämpfen. Bei den Gewerbesteuer-Hebesätzen lag 2000 Stuttgart mit 37,9 Prozent am günstigsten vor Berlin mit 38,1 Prozent, Leipzig/Halle mit 40,0 Prozent, Dresden mit 42,1 Prozent, Rhein/Main und Hamburg mit je 42,9 Prozent, München mit 43,0 Prozent und Köln/Bonn mit 43,8 Prozent.

Sozialministerin Stewens zu Hartz IV:

Bund muss seiner 'festen Zusage' nachkommen

Finanzielle Entlastung der Kommunen sicherstellen

„Taten statt Worte“ hat Bayerns Sozialministerin Christa Stewens von der Bundesregierung im Zusammenhang mit der geplanten Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe gefordert. „Ich freue mich, dass die SPD-Bundestagsfraktion dem Münchner Oberbürgermeister Presseberichten zufolge offenbar eine 'feste Zusage' gegeben hat, den 'katastrophalen' Rechenfehler zu korrigieren. Die Bundesregierung muss ihre Zusage einhalten und das drohende finanzielle Desaster der Kommunen abwenden!“, forderte die Ministerin in München.

Andernfalls drohe eine „ungeheure Pleite“ der Kommunen. So erwarte der Deutsche Städtetag nach Modellrechnungen statt der vom Bund versprochenen Entlastung von 2,5 Mrd. Euro zusätzliche Belastungen der Kommunen von insgesamt fünf Mrd. Euro.

„Die Kommunen dürfen nicht zu den Verlierern gehören - sie müssen die Gewinner der Reform werden. Solange es keine verbindliche Finanzierung durch den Bund gibt, kann keine Kommune gemeinsam mit der Arbeitsverwaltung Hartz IV umsetzen. Die Kommunen verweigern sich zu Recht den in Hartz IV vorgesehenen Arbeitsgemeinschaften“, so die Ministerin.

Optionsgesetz

Einen wirklichen, fairen Wettbewerb zwischen Kommunen und Arbeitsagenturen bei der Vermittlung der Arbeitslosen ermögliche im übrigen nur das ausstehende Optionsgesetz. „Mit dem vom Bund vorgelegten Konstrukt der Organleihe

werden die Vereinbarungen im Vermittlungsausschuss gebrochen“, kritisierte Stewens. Den Kommunen müsse auf einer soliden, verlässlichen Finanzierungsgrundlage eine selbstständige Vermittlung ermöglicht werden.

Saubere Finanzierung

Auch die Kritik des Deutschen Städtetages an den Plänen der Bundesregierung zum Ausbau der Kinderbetreuung für unter 3-Jährige teilte die Ministerin. Stewens: „Woher das erforderliche Geld hierfür kommen soll, steht in den Sternen. Aus Einsparungen im Zusammenhang mit der Umsetzung von Hartz IV jedenfalls nicht - dies dürfte auch dem Bund mittlerweile klar geworden sein.“

Auch für diese Aufgabe brauchen die Kommunen eine saubere Finanzierung. Sonst wird auch der Gesetzentwurf des Bundes zum Ausbau der Betreuungsplätze für unter 3-jährige Kinder zu Lasten der jungen Familien in sich zusammenbrechen wie ein Kartenhaus!“

Münchener Hyp vergibt mehr Kommunaldarlehen

Genossenschafts-Institut steigert den Gewinn und beginnt mit dem USA-Geschäft

Obwohl 2003 das konjunkturelle Umfeld nicht gerade günstig für das Geschäft einer Hypothekenbank war, hat die genossenschaftliche Münchener Hypothekenbank eG ihre Ziele erreicht. Sie hat ihr Neugeschäft ausgeweitet, ihre Prozesse marktorientierter gestaltet und den Jahresüberschuss auf 34,8 (2002: 21,1) Mio. Euro gesteigert. Dadurch wurde eine Stärkung des Kernkapitals möglich, indem den Rücklagen 30 (15) Mio. Euro zugeführt wurden, so dass diese nun 258,4 Mio. Euro ausmachen.

Unter Hinzurechnung der Stillen Beteiligungen, des Genussrechtskapitals, der nachrangigen Verbindlichkeiten und des Haftsummenzuschlags verfügte die Münchener Hyp zum Jahresende über eine Eigenkapitalausstattung von mehr als 800 Mio. Euro. Die Geschäftsguthaben wurden von nahezu unverändert 94.737 Teilhabern gehalten. Mit dem vierten Quartal 2003 wurde für Partnerbanken, also für Volks- und Raiffeisenbanken, die Möglichkeit zum Erwerb von Geschäftsanteilen erweitert.

Angebot gut angenommen

Wie Vorstandssprecher Erich Rödel in der Bilanzpressekonferenz mitteilte, wurde das Angebot gut aufgenommen. Nach den vorliegenden Zeichnungswünschen wird sich das Eigenkapital unter Hinzurechnung des Haftungsummenzuschlags nochmals um rund 54 Mio. Euro erhöhen. Vor dem Hintergrund dieser Finanzausstattung wurden von Moody's die guten Ratings der Bank bestätigt.

In diesem Zusammenhang

wies Rödel darauf hin, dass die drei großen Finanz-Ratingagenturen in einer gemeinsamen Einschätzung der deutschen und europäischen Kreditgenossenschaften den Genossenschaftsbanken bescheinigt haben, dass sie eine starke Kraft im europäischen Finanzsektor sind und bleiben werden.

Ratings

Die Ratings der Agenturen liegen für alle größeren genossenschaftlichen Organisationen in Europa im AA-Bereich. Dem deutschen genossenschaftlichen Finanzverbund wurde ein starker Zusammenhalt innerhalb der Gruppe und ein bewährtes Sicherungssystem attestiert.

Immobilienmärkte

Im Berichtsjahr blieb die Erholung an den Immobilienmärkten aus, sieht man vom Eigenheimbau ab. In diesem Umfeld konnte die Münchener Hyp, die sich auf ihre Kerngeschäftsfelder und ihre Zielmärkte konzentriert hat, dennoch ih-

re Zusagen im Hypotheken- und Staatskreditgeschäft um 26,7 Prozent auf 7,4 Mrd. Euro steigern. Dabei legten die Hypothekenzusagen um 19,4 Prozent auf 1,6 Mrd. Euro zu. Im Segment Wohnbaufinanzierung stiegen die Neuzusagen mit einem Plus von 38,7 Prozent überdurchschnittlich auf 1,1 Mrd. Euro, wogegen die Gewerbebaufinanzierung mit 490 Mio. Euro einen Rückgang um 8,5 Prozent aufwies. Dieser Rückgang war allein auf die schwächeren Inlandsmärkte zurückzuführen, denn das gewerbliche Auslandsgeschäft nahm um 25,6 Prozent auf 311,7 Mio. Euro zu.

Selektive Kreditpolitik

Bei inländischen Gewerbeobjekten, so Rödel, war wegen der schwachen Immobilienmärkte eine selektive Kreditpolitik bei strikten Risikostandards erforderlich. Dieses Vorgehen wird durch das sogenannte Basel II-Abkommen, das Kreditgewährung und Konditionen stärker als bisher individuell von der gerateten Bonität des Kunden abhängig macht, noch zwingender.

Hohe Investitionstätigkeit

Dagegen führte die Konjunktur in den meisten EU-Ländern zu einer dort vergleichsweise hohen Investitionstätigkeit auch auf den Immobilienmärkten,

was der Bank gute Geschäftsmöglichkeiten bot, insbesondere bei Büroimmobilien.

Die Zusagen im Staatskreditbereich nahmen 2003 um 28,8 Prozent auf 5,8 Mrd. Euro zu. Das Inlandsgeschäft, bei dem Wertpapiere und handelbare Schuldscheine von Bundesländern, Gebietskörperschaften und öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten erworben wurden, erreichte ein Volumen von 5,1 Mrd. Euro. Im Auslandsgeschäft mit bonitätsstarken Schuldner wurden 0,7 Mrd. Euro kontrahiert. Zur Diversifizierung des Kreditportfolios und zur Erschließung neuer Geschäftsfelder hat die Münchener Hyp mit dem USA-Geschäft begonnen. Zielregionen sind hauptsächlich New York und Washington.

Enge Kooperation

Beim klassischen Kommunal-kredit an Städte, Gemeinden und sonstige Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts kooperiert die Bank eng mit den Volks- und Raiffeisenbanken. Ihr Ziel ist dabei, die Partner im Wettbewerb vor Ort mit ihrem Produktangebot zu unterstützen.

Finanzierungsanteil

Von den gesamten Hypothekenzusagen entfielen 80,1 (81,1) Prozent aufs Inland. Dabei lag der Schwerpunkt mit 42,6 (45,9) Prozent unverändert in Süddeutschland. Erhöht hat sich der Anteil der Finanzierungen in Norddeutschland, und zwar auf 32,5 (30,3) Prozent, wogegen der Anteil in Ostdeutschland mit 5,0 Prozent unverändert blieb. Bei den Finanzierungen im europäischen Ausland lag der Schwerpunkt erneut in Großbritannien mit einem Anteil von 43,6 Prozent. Die langfristige Zinssicherheit stand hoch in der Gunst der Kunden. Zinsfestschreibungen von zehn und mehr Jahren erreichten einen Anteil von 85 (81) Prozent.

Kundenforderungen

Der Bestand an Kundenforderungen in Höhe von 29,0 Mrd. Euro setzte sich zum Jahresende 2003 zusammen aus 11,3 Mrd. Euro Hypothekendarlehen (+ 3,1 Prozent), 11,0 Mrd. Euro Kommunaldarlehen (+ 15,2 Prozent) und 6,7 Mrd. Euro an Wertpapieren in- und ausländischer staatlicher Kreditnehmer (- 7,3 Prozent). An den Kapitalmärkten wurden Refinanzierungsmittel im Volumen von 9,1

Frühjahrgutachten:

Deutschland verletzt auch 2005 den Stabilitätspakt

„Quintessenz des Frühjahrgutachtens ist, dass Bundesfinanzminister Eichel wieder einmal mehr zugesagt hat, als er halten kann: Deutschland wird 2005 zum vierten Mal in Folge die Defizitgrenze reißen. Ein beschämendes Zeugnis für die Finanzpolitik der Bundesregierung“, erklärte Finanzminister Kurt Falthäuser in München anlässlich der Vorstellung des Frühjahrgutachtens der sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute.

Freistaat Bayern bleibt auf Kurs

„Bayern dagegen ist und bleibt auf Kurs: Wir haben nicht - wie der Bund und viele Länder - die Flucht in die Verschuldung angetreten. Wir halten am Ziel des ausgeglichenen Haushalts 2006 fest. Unser Nachtragshaushalt 2004 zeigt, wie verantwortungsvolle Finanzpolitik aussehen kann“, bekräftigte Falthäuser.

(8,4) Mrd. Euro aufgenommen. Nach Pfandbriefen und sonstigen Emissionen habe, so Rödel, das ganze Jahr über eine konstant hohe Nachfrage bestanden.

Geringerer Absatz

Der Absatz von strukturierten Emissionen - überwiegend ein- und mehrfach kündbare Titel - ging auf 1,7 (2,1) Mrd. Euro zurück. Der Absatz klassischer Pfandbriefe stieg auf 1,9 (1,7) Mrd. Euro. Das Emissionsvolumen von Jumbo-Pfandbriefen blieb mit 1,85 Mrd. Euro unverändert. Grundsätzlich waren kürzere Laufzeiten stärker gefragt.

Konstanter Überschuss

Der Zins- und Provisionsüberschuss blieb mit 114,9 (114,8) Mio. Euro konstant. Trotz geringerer Verwaltungsaufwendungen lag das Betriebsergebnis nach Risikovor-sorge mit 48,4 Mio. Euro auf Vorjahresniveau, denn wegen der schwachen Wirtschaftslage wurden die Zuführungen zu den Einzelwertberichtigungen im Kreditbereich erhöht.

Geschäftsentwicklung

Im laufenden Jahr erwartet die Bank eine weiterhin zufriedenstellende Geschäftsentwicklung, auch wenn die Konjunktorentwicklung noch immer als ungewiss eingeschätzt wird. Bei den Hypotheken hat im ersten Quartal 2004 das gewerbliche

Segment zugelegt. In der Wohnbaufinanzierung blieben die Zusagen nahezu unverändert.

Marktanteil steigern

Ziel der Münchener Hyp ist es, ihren Marktanteil im direkten Wettbewerb mit den anderen Bankengruppen zu steigern, besonders im gewerblichen Direkt- und Konsortialgeschäft. Auch im Ausland wird ein Anstieg der Neuzusagen erwartet, besonders durch die Ausweitung der Aktivitäten in den Zielländern Großbritannien, Frankreich, USA, Spanien, Niederlande, Österreich und der Schweiz. Hierbei will sich die Bank auf die Begleitung institutioneller Investoren konzentrieren. Im Staatskreditgeschäft hingegen bestehen keine Volumenziele.

Erfolgreiche Entwicklung

Recht erfolgreich hat sich die Tochter M-Wert GmbH entwickelt, die erste Bewertungsgesellschaft im Finanzverbund. Ihr Kerngeschäft ist die Erstellung von Beleihungswertgutachten und die Ermittlung von Markt-/Verkehrswerten. Zu den weiteren Aufgaben zählen die Beurteilung von Bauvorhaben und Projektentwicklungen, Objektbesichtigungen, die Dokumentation von Bautenständen, die Prüfung von externen Gutachten und die fachgemäße Beratung bei Zwangsmaßnahmen. Als Kunden dominieren die Volks- und Raiffeisenbanken. **doh.**

Mehr Neugründungen bei den Genossenschaften

Gewerbliche Genossenschaften spürten Konjunkturschwäche

München. Im vergangenen Jahr wurden in Bayern acht neue Genossenschaften gegründet. Weitere vier Neugründungen stehen bevor. „Die Unternehmen spüren zunehmend, dass sie miteinander kooperieren müssen, um mit der schlechten Wirtschaftslage zurecht zu kommen, erklärte der Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern, Wilhelm Frankenberger, bei der Bilanzpressekonferenz in München. Dabei biete die genossenschaftliche Rechtsform zahlreiche Vorteile.

Derzeit gibt es in Bayern 1100 Unternehmen in der Rechtsform einer eingetragenen Genossenschaft mit knapp 70 000 Mitarbeitern und über 2,7 Millionen Mitgliedern. Die 754 landwirtschaftlichen und gewerblichen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften erzielten einen Umsatz von rund 14,3 Milliarden Euro.

Geringerer Umsatz

Die 133 gewerblichen Handels-, Handwerks- und Dienstleistungsgenossenschaften in Bayern bekamen im vergangenen Jahr die schlechten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu spüren. Ihr Umsatz ging von 5,6 Milliarden Euro um 4,6 Prozent auf 5,3 Milliarden Euro zurück. Die Zahl der Mitglieder, die sich einer gewerblichen Genossenschaft anschließen, ist um 1,2 Prozent auf über 77.000 gestiegen.

Die 43 Handwerksgenossenschaften sind mit über 15.100 Mitgliedern die personenstärkste Gruppe. Ihr Umsatz ist um 3,7 Prozent auf 449 Millionen Euro gesunken. Trotz der anhaltenden Baukrise zeigen sich die Handwerksgenossenschaften laut Frankenberger noch recht stabil. Bei den ländlichen Genossenschaften ging im Jahr 2003 die Zahl der Mitgliedsunternehmen um 27 auf 757 Unternehmen zurück. Sie erzielten einen Umsatz von 3,2 Milliarden Euro, was einem Rückgang von 5,7 Prozent entspricht. Den größten Umsatzanteil haben die 25 Molkereigenossenschaften mit 1,39 Milliarden Euro.

Raiffeisen-Warengeschäft

Das klassische Raiffeisen-Warengeschäft betreiben insgesamt 174 Mitgliedsunternehmen. Die traditionelle Verbindung „Geld und Ware“ ist noch in 137 Kreditgenossenschaften anzutreffen. 2003 haben 12 Raiffeisenbanken im Zuge von Fusionen ihr Warengeschäft auf andere Genossenschaften oder die BayWa AG übertragen.

Durch den günstigen Witterungsverlauf konnten die acht fränkischen Winzergenossenschaften einen qualitativ äußerst hochwertigen Jahrgang einbringen mit durchschnittlich 96 Grad Öchsle. Im vergangenen Weinwirtschaftsjahr haben die Winzergenossenschaften 94 Prozent Prädikatsweine eingelagert. Ihr Umsatz stieg um 3,6 Prozent auf 48 Millionen Euro. Mit 2341 Hektar Ertragsreife Fläche erfassten sie 38 Prozent der gesamten fränkischen Rebfläche.

E. Scholl

BayernLB für die Zukunft gut aufgestellt

**Betriebsergebnis nach Risikovorsorge und Bewertung mehr als verdoppelt
Strategische Neuausrichtung wird konsequent fortgesetzt**

Die Bayerische Landesbank (BayernLB) weist für 2003 im Konzern ein Betriebsergebnis (operatives Ergebnis nach Risiko und Bewertung) von 547 Mio. Euro aus. Das Betriebsergebnis lag insbesondere aufgrund erfolgter Kosteneinsparungen und des gesunkenen Risikovorsorgebedarfs deutlich über dem Vorjahreswert von 203 Mio. Euro. „Dieses Ergebnis zeigt, dass die Umsetzung der strategischen Neuausrichtung der BayernLB, mit tiefgreifenden Einzelmaßnahmen im Transformationsprozess, erste Früchte trägt. Mit der Senkung der Netto-Risikovorsorge und der Reduzierung der Kosten sind wir schon jetzt gut vorangekommen. Der Stabilisierung der Erlöse gilt jetzt unser besonderes Augenmerk“, so Werner Schmidt, Vorstandsvorsitzender der BayernLB bei der Vorstellung des Jahresabschlusses.

Mittelstands- und Retailaktivitäten der Bank und der Töchter tragen wesentlich zum Ergebnis bei. Wesentlichen Anteil am Betriebsergebnis nach Risiko hatten das Kartengeschäft, die risikoarmen Mittelstands- und Retailaktivitäten der Bank und die Konzernunternehmen. So betrug das Betriebsergebnis der unselbstständigen Anstalten der BayernLB, Landesbausparkasse Bayern (LBS) und der Landesbodenkreditanstalt (Labo) 173 Mio. Euro. Zukünftig werden von dem Institut mit Sitz in Dornach bei München 210 Mandanten aus der Sparkassen-Finanzgruppe und anderer Banken mit 2,3 Mio. Depots und jährlich 4,1 Mio. Transaktionen betreut. Mit 37,5 Prozent (bisher: 50,1 Prozent) bleibt die BayernLB größter Gesellschafter.

Im Berichtsjahr konnte die Netto-Risikovorsorge im Vergleich zum Vorjahr (2.257 Mio. Euro) deutlich auf 953 Mio. Euro verringert werden. Die eingeleiteten Maßnahmen zur Neuausrichtung der BayernLB führ-

ten zu einem planmäßigen, risikoorientierten Abbau des Geschäftsvolumens um 28,4 Mrd. Euro auf 331,9 Mrd. Euro. Auch die Auswirkungen von Wechselkursänderungen haben zu diesem Ergebnis beigetragen.

Kernkapitalquote gesteigert

Die Kernkapitalquote konnte auf erfreuliche 7,8 Prozent (Vj.: 6,4 Prozent) gesteigert werden. Im Hinblick auf die absehbaren und die bereits zu verzeichnenden grundlegenden Veränderungen der Rahmenbedingungen für die Geschäftstätigkeit der BayernLB wurden auch im Verlauf des Geschäftsjahres 2003 tiefgreifende Anpassungen der Geschäftsstrategie, der Struktur und der Steuerungssystematik der Bank mit dem Ziel durchgeführt, ein Emittenten-Rating von A+ nach dem Wegfall der Haftungsgrundlagen zu erreichen. Die aus dieser Zielsetzung abgeleiteten Steuerungsziele für den BayernLBKonzern sind die Steigerung

der Kernkapitalquote auf mehr als 7,5 Prozent, die Erhöhung der Eigenkapitalrentabilität auf 15 Prozent vor Steuern und Gewinnverwendung und die Reduzierung der Aufwandsrentabilität auf weniger als 45 Prozent. Dazu wurde bereits im Jahr 2003 eine Vielzahl notwendiger Transformationsmaßnahmen eingeleitet und zum Teil schon umgesetzt. Die Ziele Kernkapitalquote und Aufwandsrentabilität wurden schon 2003 erreicht. Zur Erhöhung der Eigenkapitalrentabilität vor Steuern (2003: 4,9 Prozent) auf 15 Prozent wird der Umbau der BayernLB-Gruppe und die Portfolio-Bereinigung weiter fortgeführt: „Der Vorstand der BayernLB hat beschlossen, ursprünglich bis 2006/2007 geplante, weitere Maßnahmen schon bis Ende 2004 umzusetzen“, betont Werner Schmidt.

Konzentration auf Kernaktivitäten

Die BayernLB wird ihre Marktposition als Bank für mittlere und große Unternehmenskunden, Institutionelle und Immobilienkunden, für Sparkassen, Konsortialpartner, den Freistaat Bayern, bayerische sowie außerbayerische Kommunen, Staaten und Länder sowie selektiv für Privatkunden im engen Verbund mit den bayerischen Sparkassen und den weiteren Partnern der Sparkassen-Finanzgruppe in den kommenden Jahren gezielt ausbauen. Regional konzentriert sich die Bank künftig noch stär-

ker auf ihren Kernmarkt Bayern und die daran angrenzenden Regionen.

Ergänzend zu den vorgenannten Geschäftsfeldern ist die Sparkassen-Zentralbankfunktion zur Optimierung der Marktbearbeitung und Dienstleistungsqualität als Querschnittsfunktion installiert; im Verlauf des Jahres 2003 wurden auch das mittelständische Firmenkundengeschäft und die private Vermögensverwaltung für den Kernmarkt Bayern in dieses Geschäftsfeld integriert.

Intensivere Zusammenarbeit

Die Intensivierung der Zusammenarbeit innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe Bayern wird weiter vorangetrieben. Im Dezember 2003 unterzeichneten der Sparkassenverband Bayern und die BayernLB einen Rahmenvertrag über ihre künftige Zusammenarbeit. Dieser bildet die Basis für die kooperative Marktbearbeitung mit den Sparkassen sowie für die Einrichtung und Nutzung gemeinsamer Kompetenzcenter. Darauf aufbauend sind Einzelverträge bereits mit der Mehrheit der 82 bayerischen Sparkassen und der BayernLB geschlossen worden.

Zur Erreichung der Kostenziele und zur Anpassung der Geschäftstätigkeit der Bank im In- und Ausland wurde bereits im Jahr 2003, wie Ende 2002 angekündigt, ein Personalabbau in der BayernLB um insgesamt 1000 Stellen eingeleitet. Dieser erfolgt auf Basis einer mit dem Personalrat abgeschlossenen Dienstvereinbarung und wird voraussichtlich bereits bis Ende 2004 weitgehend umgesetzt sein. Die Personalabbaumaßnahmen konzentrieren sich dabei auf die Kernbank.

Bayerischer Sparkassentag 2004 in Passau

Am 27. Mai 2004 findet in Passau der Bayerische Sparkassentag 2004 statt. Unter dem Motto „Sparkassen-Finanzgruppe. Gut für Bayern“ werden die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Positionen der öffentlich-rechtlichen Kreditwirtschaft in Bayern durch Dr. Siegfried Naser, Geschäftsführender Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, dargestellt.

Anschließend begrüßt Albert Zankl, Oberbürgermeister der Stadt Passau die rund 800 Vertreter aus den 82 bayerischen Sparkassen-Geschäftsgebieten in der neuen Passauer Dreiländerhalle. Im Vortragsteil folgt eine Ansprache von Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Otmar Issing, Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank, sowie die Festrede von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber.

Spürbare Erholung

Im Jahr 2003 konnten die bayerischen Sparkassen nach Jahren mit rückläufigen Betriebsergebnissen wieder spürbar aufholen. Der Zinsüberschuss bei den bayerischen Sparkassen erhöhte sich von 2,33 % der Durchschnittsbilanzsumme (DBS) im Jahr 2002 auf 2,40 % im Jahr 2003. Die zweite Ertragskomponente, der Provisionsüberschuss, zog nach dem leichten Rückgang im Vorjahr wieder an und erreichte 0,56 % der DBS (Vorjahr 0,51). Das Betriebsergebnis vor Bewertung stieg von 0,90 % auf 1,00 % der Durchschnittsbilanzsumme oder rund 1,5 Mrd. Euro. Der vorläufige Jahresüberschuss stieg von 0,18 % auf 0,22 % der DBS bzw. auf knapp 338 Mio. Euro.

Ergebnisse auf Vorjahresniveau erwartet

Zufrieden zeigt sich Dr. Siegfried Naser mit der Entwicklung der Cost-Income-Ratio, die von 68,8 % auf 66,7 % zurück ging. Dies sei für eine flächendeckend tätige Organisation mit ihren zahlreichen stationären Vertriebsstellen eine große Leistung, so der Sparkassenpräsident. Immerhin unterhalten die bayerischen Sparkassen 2799 konventionelle Geschäftsstellen (- 111), 242 SB-Geschäftsstellen (+ 31) und 287 Beratungszentren (+ 76) in allen Landesteilen Bayerns. Für 2004 erwarten die bayerischen Sparkassen in etwa Ergebnisse auf Vorjahresniveau.

Anstieg der Baugenehmigungen

Sparkassenverband und LBS: politisch bedingte Sonderkonjunktur

München. Bei der jährlichen Präsentation des Marktspiegels der Sparkassen-Immobilien-Vermittlungsgesellschaft kritisierte der neue LBS-Chef Franz Wirnhier die vom Bundeskanzler erneut angekündigte Streichung der Eigenheimzulage. Die Bundesregierung verkenne die gesellschaftspolitische Bedeutung des Wohneigentums. Die eigenen vier Wände seien die beliebteste und effektivste Form der Altersvorsorge. Wichtigstes Motiv für den Erwerb einer Immobilie sei das mietfreie im Alter. Die Bundesregierung solle sich endlich zum Sprachrohr dieser „kollektiven Überzeugung“ der Menschen in Deutschland machen, zumal eine hohe Wohneigentumsquote bei Rentnerhaushalten dem Staat Kosten spare.

Auf dem bayerischen Wohnimmobilienmarkt waren, so der Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, Siegfried Naser, im Jahr 2003 vorwiegend Käufer selbstgenutzter Eigenheime aktiv. Die Nachfrage war wegen des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds grundsätzlich zurückhaltend, erhielt aber auch durch die von der Bundesregierung zunächst geplante Streichung der Wohneigentumsförderung einen außerordentlichen Schub. Der Abwärtstrend bei den Kaufpreisen konnte gestoppt werden.

Kapitalanleger seien, so Naser, vom Markt nahezu verschwunden. Nach mehrfachen Verschlechterungen der steuerlichen Rahmenbedingungen hätten renditeorientierte Investoren derzeit wenig Lust auf Immobilien. Der Chef der Bayerischen Landesbausparkasse ergänzte, dass die monatelange Diskussion über den möglichen Wegfall der Eigenheimzulage in der zweiten Jahreshälfte viele potenzielle Eignutzer dazu bewogen hat, eigentlich längerfristig vorgesehene Investitionen in Wohneigentum vorzuziehen, um sich noch den staatlichen Zuschuss zu sichern.

Abzulesen sind diese Vorzieheffekte laut Wirnhier am Zuwachs der Baugenehmigungen für Wohnungen in neuen Wohngebäuden, die 2003 um 17,5 Pro-

zent auf 62573 anstiegen. Diese Zunahme war ausschließlich auf den Eigenheimbereich zurückzuführen. Die Baufreigaben für Einfamilienhäuser legten um 19,3 Prozent auf 29699 zu, für Zweifamilienhäuser lag ihre Zahl mit 8180 um 37,2 Prozent höher als im Vorjahr. Mehrfamilienhäuser kamen dagegen nur auf ein Plus von 2,2 Prozent.

Mehr Baugenehmigungen

Der Anstieg der Baugenehmigungen sei eine „politisch bedingte Sonderkonjunktur“. Die langfristige Entwicklung des Wohnungsbaus sei abwärts gerichtet. Auch der lange stabile Eigenheimbau verzeichne seit einigen Jahren Rückgänge, weil die Kaufbereitschaft unter Null-Wachstum und hoher Arbeitslosigkeit leide.

Die Immobilienpreise in Bayern stabilisieren sich nach Naser allmählich. Für neu gebaute Eigentumswohnungen wurden im Durchschnitt 187.000 Euro erlöst und damit ein Prozent mehr als im Vorjahr. Neue Eigenheime kosteten durchschnittlich 252.000 Euro. Der von den Immobilienvermittlern der Sparkassen und der LBS erzielte Durchschnittspreis für gebrauchte Einfamilienhäuser lag bei 181.000 Euro und damit lediglich um zwei Prozent niedriger als im Vorjahr.

Gebrauchte Eigentumswohnungen wurden durchschnittlich für 103000 Euro gehandelt. Die realen Preise vor Ort können je nach Lage und Ausstattung erheblich von den Durchschnittswerten differieren. So müssen in Bayerns Top-Lagen - dazu gehören die Landkreise Ebersberg, Starnberg, München Stadt und Land für erschlossene Baugrundstücke 500 Euro und mehr pro Quadratmeter bezahlt werden. Gebrauchte Einfamilienhäuser sind hier in den bevorzugten Lagen in der Regel nicht unter 500000 Euro zu haben. Weitaus günstiger sind Immobilien in den Städten beziehungsweise Landkreisen Regen, Dillingen, Cham und Tirschenreuth. Hier kostet erschlossenes Bauland in den bevorzugten Lagen kaum über 100 Euro je Quadratmeter.

Auffallend ist nach Ansicht des Sparkassenverbandes weiter der zunehmende Flächenbedarf je Einwohner. Er liege in Bayern mittlerweile bei 42,5 Quadratmetern. Die Nachfrage richte sich folglich vor allem auf Einfamilien- und Doppelhäuser sowie auf Vier-Zimmer-Eigentumswohnungen. Ein- und Zweizimmerwohnungen fänden meist nur schwer einen Käufer. Die Erwerber konzentrierten sich immer mehr auf Gebrauchtimmobilien.

In Bayern haben 2003 - gemessen am Grunderwerbsteueraufkommen Immobilien im Wert von 25,35 Milliarden Euro den Besitzer gewechselt. Nach drei Jahren mit Umsatzrückgängen konnte erstmals wieder ein Plus von 2,5 Prozent erzielt werden. Das liegt vor allem an der hohen Zahl von Kaufverträgen, die am Jahresende 2002 abgeschlossen wurden, als die Streichung der Eigenheimzulage erstmals zur Debatte stand.

E. Scholl

Stadtsparkasse München auf der Erfolgsspur

München (sskm). Die Stadtsparkasse München zeigte sich auf ihrer Jahresbilanz-Presskonferenz mit dem Geschäftsjahr 2003 zufrieden: Während sie ein Betriebsergebnis vor Bewertung von 111 Mio. Euro (2002: 117 Mio. Euro) erreichte, stieg ihr Betriebsergebnis nach Bewertung und vor Veränderung der Vorsorgereserven um 1,6 Prozent auf 103 Mio. Euro (2002: 101 Mio. Euro). Das Münchner Kreditinstitut verdankt die gute Ertragslage seinem konsequenten Risikomanagement, das ein noch günstigeres Bewertungsergebnis ermöglichte als im Vorjahr. „Wir sind auch mit 2003 zufrieden, konnten wir damit doch fast an das gute Jahresergebnis vom Vorjahr anknüpfen“, so Harald Strötgen, Vorstandsvorsitzender der Stadtsparkasse München.

Die Cost-income-ratio stieg in 2003 um knapp 2 Prozentpunkte auf 71,6 Prozent. Ursachen dafür sind unter anderem die Kosten der Umstrukturierung, die aus dem 2003 gestarteten Ertragssteigerungs- und Kostensenkungsprogramm SSKM2004 resultieren. Außerdem investierte die Stadtsparkasse München umfangreich in die Verbesserung der EDV-Ausstattung in den Geschäftsstellen.

Nachhaltige Projekterfolge

Nachdem das Kreditinstitut bei der Anpassung seiner Mitarbeiterzahl ohne betriebsbedingte Kündigungen auskommen will, „verzichtete“ es im Personalbereich im vergangenen Jahr auf ein Einsparpotenzial von 3,5 Mio. Euro. Auf der anderen Seite erzielte das Fitnessprogramm der Stadtsparkasse in 2003 nachhaltige Projekterfolge.

Das Münchner Kreditinstitut rechnet mit weiter zunehmenden Projekterfolgen in den Folgejahren, beispielsweise durch die Auslagerung der Wertpapierabwicklung an die TxB Wertpapierabwicklungsbank, Tochter der Bayerischen Landesbank und der Helaba.

Baufinanzierungen

Nach einem Rückgang im ersten Halbjahr stiegen die Ausleihungen insgesamt in 2003 leicht um 0,3 Prozent auf 8,1 Mrd. Euro. Während die Kredite an Unternehmen und Selbstständige um 7 Prozent auf 3,6 Mrd. Euro zurückgingen, nahmen die Ausleihungen an private Kreditnehmer um knapp 5 Prozent auf 3,8 Mrd. Euro zu. Dies basiert auf dem überdurchschnittlichen Wachstum der Baufinanzierungen an Private um rund 6 Prozent. Kredite an die öffentliche Hand legten sogar um knapp 23 Prozent auf 687 Mio. Euro zu.

Der Rückgang der bilanz-

wirksamen Einlagen führte zu einer Reduzierung der Bilanzsumme um 4,4 % bzw. 597 Mio. Euro auf 12,9 Mrd. Euro. Der Abfluss der Kundeneinlagen spiegelt sich in allen Einlagearten wider, ausgenommen bei Tagesgeld-Anlagen auf den „Cashkonten“ der Stadtsparkasse München.

Überdurchschnittlich gefragt waren so genannte (nicht bilanzwirksame) Garantieleihen, von denen Kunden der Stadtsparkasse allein in 2003 knapp 70 Mio. Euro gezeichnet haben. Der Nettoabsatz von Investmentfonds nahm im vergangenen Jahr um 26 Prozent zu.

Spitzenplatz

Die Stadtsparkasse München belegte beim Vertrieb von Lebensversicherungen und Bausparverträgen im Vergleich mit den übrigen bayerischen Sparkassen den Spitzenplatz. Im Bauspargeschäft gelang dies dem Kreditinstitut nun schon zum zweiten Mal in Folge.

Drei-Säulen-Modell

Harald Strötgen äußerte sich bei der Vorstellung der Geschäftszahlen für 2003 erneut sehr kritisch zu den Versuchen der deutschen Privatbanken, das Drei-Säulen-Modell abzuschaffen. Auch wenn die Bemühungen, die Sparkasse Stralund zu veräußern, gescheitert sind, bleibe abzuwarten, ob das Thema damit vom Tisch sei. Den Vorwurf, die Stabilität des deutschen Finanzwesens sei mit der Existenz der öffentlich-rechtlichen Sparkassen gefährdet, sieht Strötgen als nicht stichhaltig.

Keine Wettbewerbsverzerrung

Im Vordergrund stünden die Ängste der deutschen Privatbanken, von ausländischen Investoren übernommen zu werden. Von einer Wettbewerbs-

verzerrung durch die Sparkassen könne ebenfalls nicht mehr gesprochen werden. Strötgen: „Spätestens seit der Anpassung durch Brüssel in Bezug auf die Anstaltslast und Gewährträgerhaftung gelten für alle Kreditinstitute die gleichen Voraussetzungen“.

Kein ruinöser Wettbewerb

Der Vergleich der Eigenka-

Bayerischer Gemeindetag/Bezirksverband Oberbayern:

Resolution zur Finanzlage der Kommunen

Bei einer Bezirksversammlung des Bayerischen Gemeindetags, Bezirksverband Oberbayern, in Rottach-Egern verabschiedeten die Kreisvorsitzenden und stellvertretenden Kreisvorsitzenden folgende Resolution:

„Die Bezirksversammlung des Bayerischen Gemeindetags Oberbayern stellt fest, dass die Finanzsituation der Städte, Märkte und Gemeinden immer besorgniserregender wird. Durch eine Vielzahl von zwischenzeitlich eingetretenen Fakten und ergänzt mit Absichtserklärungen und Vorschlägen verschiedener Parteien zur Einkommensbesteuerung ist zu befürchten, dass in den Gemeinden der totale Investitionsstopp und drastische Einschnitte im breit gefächerten kommunalen Dienstleistungsbereich drohen.“

I. Gemeindefinanzreform

Die im Vermittlungsverfahren im Dezember letzten Jahres lediglich getroffene Vereinbarung, die 2001 beschlossene Erhöhung der Gewerbesteuerumlage wieder auf 20 Prozentpunkte ab dem Jahr 2004 zurückzunehmen, erfüllt in keiner Weise den Anforderungen einer grundlegenden und vor allem nachhaltig wirkenden Gemeindefinanzreform. Die Bezirksversammlung fordert den Bund auf, möglichst umgehend Verhandlungen für eine Gemeindefinanzreform mit dem Ziel aufzunehmen, die Einnahmesituation der Gemeinden nachhaltig zu verbessern.

II. Sozialkostenentlastung

Die Reform der Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz IV) droht, wie sich wegen der zu Grunde gelegten falschen Be-

pitalrendite beweise im übrigen, dass Sparkassen keinen ruinösen Wettbewerb mit Verzicht auf Gewinne führten, da die Verzinsung des Eigenkapitals bei den Sparkassen höher sei als bei den deutschen Großbanken.

So erreichte die Stadtsparkasse München in 2003 eine Eigenkapitalrentabilität nach Bewertung von 11,4 Prozent (2002: 12,1 %).

Strötgen verwies bei dieser Gelegenheit auf Aussagen des Münchner Oberbürgermeisters Christian Ude, für den ein Verkauf der Stadtsparkasse München nicht in Frage komme.

Bayerischer Gründerpreis:

StartUp-Konferenz in Nürnberg

Wie gewinne ich Kunden? Welchen Preis kann ich am Markt verlangen? Auf diese Fragen von Existenzgründern gibt die zweite bayerische StartUp-Konferenz der bayerischen Sparkassen am 11. Mai 2004 im Nürnberger MesseCongress-Centrum Antworten. Neben Vorträgen und Expertenrunden stehen auch Einzelberatungen auf der Tagesordnung. Am Abend findet vor 500 geladenen Gästen die Verleihung des Bayerischen Gründerpreises statt.

Die Veranstaltung wird vom Sparkassenverband Bayern ausgerichtet und steht unter der Schirmherrschaft von Staatsminister Dr. Otto Wiesheu. Ziel und Antrieb der StartUp-Initiative, die bundesweit 1997 von stern, den Sparkassen und McKinsey&Company ins Leben gerufen wurde, ist die Förderung des Unternehmertums in Deutschland. Nach dem Erfolg der ersten Veranstaltung 2003 in München wendet sich auch die diesjährige 2. StartUp-Konferenz der bayerischen Sparkassen in Nürnberg an Jungunternehmer und solche, die kurz vor dem Schritt in die Selbstständigkeit stehen. Informationsvorsprung und wertvolle Praxis-Tipps stellen das notwendige Rüstzeug dar, das den Existenzgründern an die Hand gegeben werden soll.

Kombination aus Wissen und Kontakt

Neben hochkarätigen Vorträgen zu den Themen „Deutsche Entrepreneurship Kultur“ und „Future Marketing“ beleuchten Fachleute so wichtige Felder wie Neukundengewinnung und -bindung, Preisfindung und Wettbewerbsanalyse, Bankengespräche, Rechnungswesen oder Unternehmensnachfolge. Im „Expertencafé“ stehen den Teilnehmern Top-Berater in Einzelgesprächen Rede und Antwort zu allen Fragen rund um das Unternehmer-Dasein. Die Konferenz bietet mit dieser Kombination aus Wissen und Kontakt ein hoch motivierendes Forum für Gleichgesinnte zum Erfahrungsaustausch und zum Aufbau von Netzwerken.

Rund 500 geladene Gäste

Die Verleihung des Bayerischen Gründerpreises am Abend wird für das Fernsehen aufgezeichnet und in den bayerischen privaten Regionalsendern zu sehen sein. Rund 500 geladene Gäste erleben die Auszeichnungen in verschiedenen Kategorien.

Weitere Informationen unter www.sparkassenverband-bayern.de/startup

VI. Bezirks- und Kreisumlagen

Die Bezirksversammlung stellt fest, dass die Belastungen durch die Bezirks- und Kreisumlagen nicht mehr tragbar sind. Der Freistaat Bayern wird aufgefordert, zur Begrenzung bzw. Senkung der Umlagenbelastung beizutragen. Ein möglicher Ansatz dafür ist die Schaffung eines eigenen, staatlich finanzierten Leistungssatzes.

Eine Bezirksumlage von 23,55 Prozentpunkten, wie vom Bezirkstag Oberbayern für 2004 beschlossen, führt in vielen Landkreisen Oberbayerns zu Kreisumlagen von über 50 Prozentpunkten.

Die Bezirksversammlung lehnt weitergehende Erhöhungen nicht nur kategorisch ab, sondern stellt das System der über die Landkreise auf die Kommunen durchreichenden Umlagen sowie die Vereinbarkeit mit der Verfassung in Frage. Es ist nicht auszuschließen, dass Gemeinden künftig nur noch angemessene Anteile der Bezirksumlage über die Kreisumlage tolerieren.“

Für die Kreisvorsitzenden und stellvertretenden Kreisvorsitzenden im Bayerischen Gemeindetag - Bezirksverband Oberbayern: gez. Rudolf Heiler Erster Bürgermeister Bezirksverbandsvorsitzender Marktplatz 28 85567 Grafing b.M. Tel. 08092/703-31.

Regiogeld-Kongress in Prien am Chiemsee:

„Regio ergänzt Euro“

Komplementärwährung „Chiemgauer“ wird sehr gut angenommen
Förderung der lokalen Wirtschaft als Ziel

Gut ein Jahr nach seiner Einführung haben die Erfinder des Regiogeldes „Chiemgauer“ eine erste positive Bilanz gezogen. Bei einem Regiogeld-Kongress in Prien unter dem Motto „Regio ergänzt Euro“ mit rund 240 Teilnehmern aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Ungarn wurde darauf hingewiesen, dass seit dem Start Anfang 2003 an die 100.000 Euro in „Chiemgauer“ umgesetzt wurden. Mehr als 100 Geschäfte in der Region beteiligten sich an dem von Jugendlichen entwickelten Projekt zur Förderung der regionalen Wirtschaftskreisläufe und zur Unterstützung gemeinnütziger Vorhaben.

Pro Euro gibt es einen „Chiemgauer“, mit dem die mittlerweile 230 Mitglieder eines Vereins „Chiemgauer regional“ einkaufen können. Die teilnehmenden Läden haben Plakate mit der Aufschrift „Chiemgauer erwünscht“ oder „Wir nehmen Chiemgauer“ an ihren Türen. Von jedem „Chiemgauer“ gehen fünf Prozent in gemeinnützige Projekte der Region. Hauptsächlich werden damit Bildungseinrichtungen unterstützt, wie die Initiatoren betonten.

Reges Interesse

Für das von sechs Angehörigen der Priener Waldorfschule entwickelte Konzept mit dem „Chiemgauer“ interessierten sich inzwischen 30 regionale Initiativen, hieß es. Weltweit gibt es nach Angaben der Kongress-Veranstalter 2000 funktionierende sog. Komplementärwährungen.

Cross-Border-Leasing:

Keine Kostenminderung in der Gebührenkalkulation

In den letzten Jahren ist es vielfach zu Cross-Border-Leasing-Geschäften zwischen Gemeinden und irgendwelchen Finanziers gekommen, die zu Einnahmen bei den Gemeinden führen. Daraus ergibt sich die Frage, ob diese Einnahmen kostenmindernd in einer Gebührenkalkulation angesetzt werden müssen.

Dazu gibt es verschiedene Äußerungen im einschlägigen Schrifttum, die einheitlich der Meinung sind, Einnahmen aus einem Cross-Border-Leasing-Geschäft wäre nicht gebührenmindernd zu berücksichtigen. In der Gebührenkalkulation ist nämlich nach dem sogenannten wertmäßigen Kostenbegriff als Summe der nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten der leistungsbedingte Werteverzehr zu berücksichtigen.

Abwasserbeseitigung

In dem durch das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen im Urteil vom 27.11.2003 - 13 K 1626/03 - entschiedenen Fall ging es um die Abwasserbeseitigung. Die Leistung der Gemeinde, für die von den Grundstückseigentümern Entwässerungsgebühren zu zahlen sind, ist dann die schädliche Beseitigung des Abwassers aus dem Bereich der Grundstücke. Die Gemeinde bedient sich dazu des Kanalnetzes, für dessen Abnutzung der Bürger ein Entgelt in Form von Gebühren zu zahlen hat.

Einnahmen (Erträge und Erlöse) müssen aber nur dann kostenmindernd berücksichtigt werden, wenn sie einen Teil des Prozesses von Leistung und Gegenleistung der Abwasserbeseitigung darstellen. Dies gilt z.B. bei der Abfallgebühr für Einnahmen aus einem Wärmeverkauf, die bei der Müllverbrennung anfallen, oder für Einnahmen aus einem Verkauf von Komposterde, die bei der Verwertung von Biomüll erzielt werden.

Die Einnahmen aus dem

Priens Bürgermeister Christian Fichtl malte bei der Kongress-Eröffnung nicht nur ein schönes Bild des Chiemgau, sondern ging auch lobend auf das Chiemgauer-Projekt ein, das sich in einem Jahr ganz hervorragend entwickelt habe. Anschaulich zeigte das Chiemgauer-Team rund um Christian Gelleri in einer Präsentation, wie aus einem Gutscheine-Netzwerk Schritt für Schritt ein echtes regionales Zahlungsmittel entsteht. Ziel sei die Förderung der regionalen Wirtschaftskraft durch die Anregung und die Stärkung regionaler Wertschöpfungsringe.

Wirtschaftskreisläufe

Noch werden die von dem Schülerunternehmen Chiemgauer Service heraus gegebenen Chiemgauer Gutscheine meist wieder in Euro zurück getauscht, doch haben sich bereits zwei richtige Wirtschaftskreis-

läufe im landwirtschaftlichen Bereich gebildet. Bereits sieben Einzelhändler können ihre Lieferanten mit Chiemgauern bezahlen und auch diese bleiben nicht auf dem Gutscheine sitzen, sondern bezahlen ihrerseits wieder ihre Lieferanten.

So bezahlt eine Käserei die zuliefernden Schäfer und diese kaufen in den regionalen Geschäften wieder ein. Die technischen und rechtlichen Grenzen des Gutscheine-Systems werden in Kürze durch ein elektronisches Verbuchungssystem überwunden. Mehrere Banken und Kartenbetreiber kooperieren bereits mit der Initiative.

„Globalisierung gestalten“

Dr. Christoph Strawe aus Stuttgart betonte in seinem Referat „Globalisierung gestalten“, dass man nicht dabei stehen bleiben dürfe, die sich zuspitzenden Tendenzen eines einseitigen Bush-Globalismus zu kritisieren, jeder habe es in der Region in der Hand, gestalterisch tätig zu werden und die Region demokratisch mitzugestalten.

Kein Nischenprodukt

Globales Denken müsse mit dem regionalen Handeln einhergehen, daher sei ein Projekt wie der Chiemgauer wichtig für die Zukunft nicht nur des Chiemgaut, sondern für die ganze Welt. Das Interesse aus Ungarn, Polen, Kanada, Südamerika, Russland, China und den USA zeige die Brisanz des Themas Regiogeld, das nicht als Nischenprodukt oder Inzellösung missverstanden werden dürfe, sondern in einer Balance zwischen Globalisierung und Regionalisierung gesehen werden müsse.

Suche nach Gleichgewicht

Die Region müsse wie eine Zelle gesehen werden, die über soziale Gestaltungselemente eine Membran bilde, die zwar durchlässig sei, aber auch so etwas wie eine Schutzhaut für die Region bilde. Löst sich die Membran auf, blutet die Region aus, verhärtet sich die Membran, wird die Region einseitig und zu sehr auf sich bezogen. Die richtige Mischung aus Offenheit für globale Ideen und Kulturen und der Bodenständigkeit und Verwurzelung der Region sei ein wichtiger Erfolgsfaktor für die Wirtschaft des 21. Jahrhunderts. Nicht das „Immer mehr, immer größer, immer weiter“ darf das Bewusstseinsziel der Menschen sein, sondern ein inneres und äußeres Gleich-

Risiken behaftet war. Die Entscheidung, dass der Gebührenzahler keinen Anspruch darauf hat, an den Einnahmen aus dem Geschäft beteiligt zu werden, hat allerdings zur Folge, dass er auch nicht mit möglichen Rückforderungen belastet werden darf.

Keine Änderung

Die von den Grundstückseigentümern beanspruchte Gebührenänderung konnte sich durch das abgeschlossene Geschäft auch nicht dadurch ergeben, dass eine Abschreibung der Anlagen entfiel. Dagegen spricht, dass die Gemeinde sowohl Eigentümer als auch Besitzer des Kanalnetzes bleibt.

Dr. O.

wicht als Grundlage einer stetigen Weiterentwicklung.

Deutschland-Premiere in Prien: Prof. Dr. Margrit Kennedy stellte ihr neues Buch „Regionalwährungen - Auf dem Weg zu einem nachhaltigen Wohlstand“ vor. Die Vision eines Europa der Regionen kam darin ebenso deutlich zum Ausdruck wie umsetzbare Bausteine bei der Verwirklichung der Vision wie zum Beispiel dem Chiemgauer oder Beispiele ethischen Sparen und Investierens in der Region.

Rechtsgutachten

Die rechtliche Seite des Regionalwährungsprojekts beleuchtete Dr. Hugo Godschalk aus Frankfurt. In einem erstmals auf dem Kongress öffentlich vorgestellten Rechtsgutachten legte Godschalk dar, dass es in Deutschland legale Möglichkeiten zum Betrieb von Regionalwährungen im größeren Umfang gibt.

Marketing-Instrument

In einer Sparkasse im Osten Deutschlands wurde jüngst auf Basis dieses Rechtsgutachtens die Entwicklung einer bankbasierten Regionalwährung beschlossen. Auch das Chiemgauer-Projekt wird bereits von einer Bank intensiv begleitet und es entstehen immer mehr Kontakte zu regionalen Banken. „Für unsere Banken in der Region eröffnet sich über den Chiemgauer ein neuartiges Marketing-Instrument, vielleicht sogar in ein paar Jahren ein Bankprodukt, sozusagen das Regiokonto als selbstverständliche Einrichtung neben Spar- und Girokonten“, erklärte dazu Christian Gelleri. Das leidige Thema ewig knapper Finanzen

könnte über kreative neue Ideen durch die Region selbst gelöst werden, so „wie sich München an den eigenen Haaren aus dem Sumpf herausgezogen hat“, fügte Gelleri hinzu.

Erstmals diskutierten Unternehmer, Vereine, Kunden, Chiemgauer-Herausgeber und Experten in einem Podiumsgespräch miteinander. Als dringlichste Aufgabe wurde die Schließung und Erweiterung regionaler Kreisläufe erkannt: Der Chiemgauer bewähre sich dann, wenn es gelingt, umweltfreundliche Produktinnovationen wie zum Beispiel das regionale Pflanzenöl zu etablieren. Wenn die Leute merken, es entstehe Wertschöpfung aus der Region für die Region, setze sich die Idee auch durch, lautete der allgemeine Tenor.

Henne-Ei-Problem

Aber auch das Henne-Ei-Problem wurde thematisiert: Fängt niemand an, passiert nichts und wenn der Erfolg nicht sichtbar ist, macht niemand mit. „Es ist nicht zufällig, dass das Projekt in einer Schule mit viel Idealismus gestartet wurde“, betonte Mirjam Fochler vom Schülerunternehmen und auf die Kritik, dass der Chiemgauer doch eher ein „Waldorf-Gutschein“ sei, antwortete die „Marketing-Chefin“ des Schülerunternehmens, Cathrin Förster: „Wir sind sechs bekennende Waldorf-Schülerinnen und unterstützen dann natürlich auch etwas, was in unserem Umfeld ist, hier an unserer Schule zum Beispiel den Neubau, aber wenn Leute in der Region etwas anderes unterstützen wollen, können Sie das mit dem Chiemgauer ja tun. So schwer ist das wirklich nicht:

Gutschein kaufen und verwenden und schon sind 3 Prozent bei einem gemeinnützigen Projekt, ohne dass der Kunde mehr zahlen musste.“

Aber ein wenig umständlich sei der Gutscheine natürlich schon, bemerkte ein Vereinsvertreter, aber ein bisschen Idealismus könne wohl verlangt werden und außerdem sei eine äußerst einfache elektronische Lösung in Reichweite. Wenn der Gutscheine von den Leuten angenommen werde, lohne es sich natürlich auch, die Idee technisch weiter zu entwickeln und in höhere Umsatzbereiche einzusteigen.

Visionen und Leitbilder

Joachim Sikora, Direktor des Katholisch Sozialen Instituts der Erzdiözese Köln, referierte über Visionen und Leitbilder für das 21. Jahrhundert. Die Krise der Gesellschaft könne nur überwunden werden mit konkreten Visionen wie zum Beispiel dem Regiogeld, so das Fazit von Sikora. Werner Küppers vom Omnibus für direkte Demokratie berichtete schließlich, wie er in seiner Arbeit für die Demokratie in den vergangenen Monaten immer wieder auf das Geldthema angesprochen wurde: „In Ostfriesland, Magdeburg oder Köln fragen mich die Menschen immer öfters nach dem Chiemgauer und wenn ich ihnen die Gutscheine zeige, fangen sie an zu staunen und überlegen, wie das bei ihnen aussehen könnte.“

Ein Teilnehmer fügte im Abschlussplenum hinzu: „Wir brauchen den Euro für das europäische Bewusstsein und den Regio für das regionale Bewusstsein, das ist doch ein starkes Gespann.“

DK

Regionalentwicklung in der Oberpfalz:

Industriedenkmäler bieten große Zukunfts-Chancen

Im Januar 2003 hat das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege große Teile des im Jahre 2002 stillgelegten Hüttenwerks der Maxhütte in Sulzbach-Rosenberg als „Industriedenkmal“ geschützt. Mit der Maxhütte, der letzten wichtigen montanindustriellen Produktionsstätte geht die Industriegeschichte der Oberpfalz nach rund 800 Jahren zu Ende: Bereits zuvor wurden das Braunkohlekraftwerk und die Aluminiumwerke in Schwandorf geschlossen. Wie soll es nun mit den Hinterlassenschaften weitergehen?

Ein Zeitsprung: Mitte der achtziger Jahre wurden im nördlichen Ruhrgebiet Schlag auf Schlag viele Industriestätten in Bergbau und Stahlindustrie stillgelegt. Mit Finanzhilfen des Landes Nordrhein-Westfalen solche Flächen auf und entwickelte neue Nutzungsideen. Die zwischen 1989 und 1999 laufende „Internationale Bauausstellung Emscher Park“ unterstützte dabei. Im Laufe der Jahre entstanden aus und auf den Industriedenkmälern beispielsweise:

- ein Design-Zentrum im ehemaligen Kesselhaus der Zeche Zollverein in Essen,
- ein Landschaftspark mit Outdoorangeboten auf dem Gelände des ehemaligen Hüttenwerks Duisburg-Meiderich,
- ein sozio-kulturelles Zentrum in der Zeche Carl in Essen,
- die Ausstellungshalle Gasometer in Oberhausen,
- die Jahrhunderthalle in Bochum für Kulturveranstaltungen.

Damals hielten viele den Abriss der alten Hallen und Anlagen für die einzig ökonomische

lösungs sinnvolle Lösung. Heute sind sich Bewohner, Besucher, Politik und Wirtschaft einig: Die erhaltenen Monumente des Industriezeitalters stützen sowohl die regionale Identitätsbildung und stärken die Attraktivität des Ruhrgebietes für den sich entwickelnden Industriekultur-Tourismus.

Natürlich ist die Oberpfalz anders als das Ruhrgebiet keine zusammenhängende Industrielandschaft: Die industriellen Monumente liegen verstreut in einer durch Forst- und Landwirtschaft sowie durch Klein- und Mittelstädte geprägten Region.

Museale Erschließung

Doch die Verbundenheit mit der Industrieregion Mittelfranken, mit dem Museum für Industriekultur in Nürnberg, die Nähe zum Bergbau- und Industriemuseum Ostbayern in Theuern und weiteren kleineren Museen bietet die Möglichkeit, die Oberpfälzer Industriedenkmäler gemeinsam museal zu erschließen.

Genauso wichtig ist jedoch, die Standorte wirtschaftlich zu verwerten: Neue wirtschaftliche Aktivitäten gepaart mit für

ein breites Publikum interessanten Einblicken in die Industriegeschichte macht die Industriedenkmäler zu einem Gewinn für die Städte und die Region.

Erfahrungen im Ruhrgebiet bilden die Basis

In vier Schritten sollten die Oberpfälzer sich dem Thema nähern und dabei die Erfahrungen im Ruhrgebiet zu Grunde legen:

• „Erleben des Bestehenden“ (Führungen)

Tagestouristen aus den nahen Ballungsgebieten um Nürnberg, Regensburg/Ingolstadt und München/Augsburg; Fachbesucher verschiedener Berufsbereiche aus ganz Deutschland und auch dem Ausland; Bildungstouristen wie Schulklassen, Volkshochschulkurse, Geschichtsvereine müssen geführt und betreut werden. Das bietet Aufgaben für qualifizierte ehemalige Beschäftigte ebenso wie für die örtliche Bevölkerung.

• Industriegeschichte ist Kultur“ (Veranstaltungen)

Öffentlich bekundetes (und unterstütztes) Interesse motiviert verschiedenste Kulturmacher, zur Entwicklung der Oberpfälzer Industriekultur beizutragen und hier tätig zu werden - auch wenn die Kosten nicht immer gedeckt werden können.

In leerstehenden Industriehallen und ihrem Umfeld sind Konzerte ebenso möglich wie

Aufführungen, Ausstellungen und Feste.

• „Was ist wichtig?“ (Fachöffentlicher Diskurs)

Mit einem Paukenschlag wird der Diskurs über die Zukunft der Industriezeitalter-Relikte eröffnet: Alle zu Beteiligten werden an einem Ort zusammengeführt. Leere Kassen bei Land und Kommunen machen Prioritäten nötig, weshalb gerade auch das öffentliche Interesse am Erhalt der Industriedenkmäler geklärt werden muss. Doch mit einem Treffen ist es nicht getan: An den regionalen Standorten selbst ist die Diskussion fortzusetzen.

• „Auf geht's!“ (Ideenaufwurf für Impulsprojekte privater und öffentlicher Akteure)

Investoren, bürgerschaftliche Initiativen und öffentliche Institutionen gleichermaßen sind aufgerufen, Ideen für die besten temporären oder dauerhaften Nutzungen zu entwickeln. Auch wenn die alten Industrie-Areale für die Zukunft der Oberpfalz vielfältige Chancen bieten: Ohne Organisation geht es nicht. Denn die Ergebnisse des Ideenaufwurfes sollen ja zu umsetzbaren Projekten führen. Dazu braucht es unabdingbar ein Auswahlgremium, das Empfehlungen zur Auswahl der Vorschläge und Projekte gibt.

Wirtschaftlich sich selbst

Eröffnung der Landesgartenschau Burghausen:

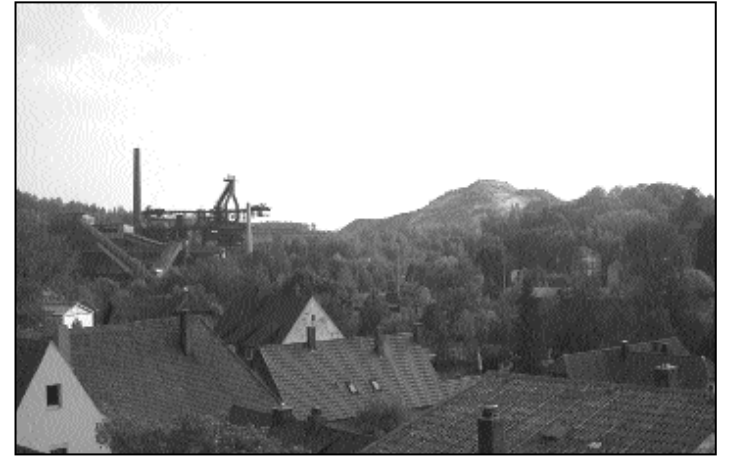
Bessere Lebensqualität durch grüne Lungen

Bei der Eröffnung der Landesgartenschau 2004 in Burghausen, die unter dem Motto „Ritter, Rosen und Ressourcen“ steht, hat Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber Politik und Wirtschaft dazu aufgerufen, Nachhaltigkeit über die Umweltpolitik hinaus zum generellen Handlungsprinzip zu machen. Eine nachhaltige und verantwortungsvolle Politik dürfe gegenwartsinteressen nicht länger höher bewerten als Zukunftsinteressen und müsse Schluss machen mit dem Leben über die Verhältnisse.

So wie Umweltsünden die Zukunft belasteten, gelte dies auch für immer höhere Schuldenberge. Deshalb setze Bayern auf Sparen, Aufgabenabbau des Staates und Konzentration auf Zukunftsinvestitionen in Schulen, Hochschulen und Kinderbetreuung. Auch andere Länder wie Hessen und Niedersachsen hätten sich von der bequemeren Schuldenpolitik verabschiedet und wollten nur noch das ausgeben, was sie auch erwirtschaften. Stoiber: „Ich verlange von der rot-grünen Bundesregierung einen Kurswechsel in der Finanzpolitik, weg vom kurzfristigen Allheilmittel Schulden und hin zu einer langfristigen Orientierung für solide Staatsfinanzen.“

Aushängeschild

Die Landesgartenschau sei ein Aushängeschild für Bayerns hohes Niveau im Umwelt- und Naturschutz, betonte Stoiber. Auch in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten werde Umweltschutz in Bayern groß geschrieben. Der Umweltpakt Bayern sei mit 4.000 Teilnehmern seit 1995 die erfolgreichste Umweltschutzvereinbarung zwischen Staat und Wirtschaft in ganz Deutschland. Anfragen anderer Landesregierungen und aus der Wirtschaft würden zeigen, dass dieser Weg Vorbild für eine moderne Umweltpolitik in Deutschland sei, die auf Eigenverantwortung setze. Stoiber: „Ökologie und Ökonomie dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Gerade im Zeitalter der Globalisierung ist ein pragmatischer und effektiver Umweltschutz kein Standortnachteil, sondern ein Standortvorteil.“



Blick über Sulzbach-Rosenberg zur Maxhütte. Bild: H. Wraneschitz.

tragende, dem Allgemeinwohl förderliche Ideen für einzelne Anlagen und Gebäude sollten auch ohne Vorliegen einer Gesamtplanung bei der Realisierung unterstützt werden: Für die alten Kühltürme oder für den Schlackenberg am Südrand der Maxhütte liegen bereits konkrete Projektvorschläge vor. Ansonsten werden die besten ausgewählten Nutzungsideen öffentlich präsentiert und fließen in ein Gesamtkonzept ein.

Mit gutem Willen und Blicken auf alle erdenklichen Finanzquellen sollte es gelingen, geeignete finanzielle und räumliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die es möglich machen, den Industriedenkmälern der Oberpfalz neues Leben einzuhauchen.

Hohe Kosten für Winterdienst

Die Gesamtkosten für den Winterdienst 2003/2004 auf Bayerns Autobahnen, Bundes- und Staatsstraßen betragen rund 62 Millionen Euro. Laut Innenstaatssekretär Georg Schmid wurden in diesem Winter fast 380.000 Tonnen Salz gestreut und damit der zweithöchste Salzverbrauch der letzten 20 Jahre erreicht. Nur im Rekordwinter 1998/1999 war mit 435.000 Tonnen ein höherer Wert zu verzeichnen. Die bisher höchsten Ausgaben für den Winterdienst waren ebenso im Winter 1998/1999 mit 70,3 Millionen Euro zu verzeichnen. DK

Die Planer der Landesgartenschau haben Brachland in einen 7,5 Hektar großen Stadtpark umgewandelt. Diese neue „Grüne Mitte“ der Stadt präsentiert sich zur Gartenschau mit insgesamt 16 verschiedenen Gartenanlagen. Zweiter großer Schwerpunkt ist die berühmte Burganlage der Stadt, in der zur Landesgartenschau Gärten nach historischen Vorbildern angelegt wurden. Auch der Waldpark als Naherholungsgebiet für alle Bevölkerungsschichten und Zentrum für Sport und Spiel ist Teil der Landesgartenschau.

Lohnende Investition

Die finanzielle Unterstützung durch den Freistaat mit 3,7 Millionen Euro zu den Gesamtkosten von 12 Millionen Euro ist eine lohnende Investition in die Zukunft. Burghausen gewinnt damit wertvolle grüne Oasen, die nach dem Ende der Ausstellung im Oktober den Bürgern für die Naherholung zur Verfügung stehen. Die Landesgartenschau in Burghausen reiht sich in die 24-jährige Erfolgsgeschichte der bayerischen Landesgartenschauen ein. Die zwölf Landesgartenschauen haben 242 Hektar Grünanlagen für die Städte Bayerns gesichert und über 14 Millionen Besucher begeistert.

Mit der 12. Landesgartenschau will Bayern vor allem auf den Wert wieder nutzbar gemachter innerstädtischer Brachflächen aufmerksam machen und dazu aufrufen, das Flächenrecycling zu intensivieren, erklärte Umweltminister Werner Schnappauf. Burghausen habe die einmalige Chance genutzt, Standort- und Lebensqualität zu

verbessern. Nach den Worten des Ministers sind Gartenschauen schon längst keine reinen Blumenparaden mehr, sondern bringen handfeste Vorteile für die Stadt und ihre Bürger.

Das Umweltministerium beteiligt sich mit einer eigenen Boden-Ausstellung an der Gartenschau. Schnappauf zufolge könnte das Motto der Landesgartenschau nicht besser gewählt sein. Eine der kostbarsten Ressourcen sei der Boden, auf dem und von dem der Mensch lebe. Mit der Ausstellung solle das Bewusstsein geschaffen werden, dass die oberste dünne Schicht der Erde verletzlich ist. Bodenschutz sei eine Generationen-Aufgabe.

Nach den Worten Schnappaufs ist der vorsorgende, sparsame und sorgsame Umgang mit der Ressource Boden zentraler Trittstein weiß-blauer Umweltschutzpolitik. Dazu zähle auch die Entsiegelung innerstädtischer Brachflächen und die Schaffung „grüner Lungen“ wie es Burghausen vormache.

Bleibende Aufwertung

Burghausen schaffe mit dem grünen Dreieck Stadtpark, Waldpark und Burg eine bleibende Aufwertung der Innenstadt, die sich weit über die Stadtgrenzen hinaus bemerkbar mache, so der Minister. Schnappauf: „Gartenschauen heben das Image einer ganzen Region und geben wichtige Impulse für private Investitionen.“ Laut Schnappauf erhöht das bayernweite Groß-Ereignis den Bekanntheitsgrad einer Stadt und trägt so zum Imagegewinn bei. Zudem bleibt das Gartenschau-gelände als innerstädtische Garten- und Parklandschaft für alle Bürger auf Dauer erhalten. Außerdem bewirkt eine grüne Lunge auch einen wirtschaftlichen Schub, da Unternehmen und ihren qualifizierten Arbeitskräfte ein familienfreundliches und erholsames Umfeld besonders schätzen. DK

Kommunen und ihr Vermögen:

Das Ende der Kameralistik

Die Kommunen sind als Gestalter des unmittelbaren Lebensumfeldes des Bürgers erster und wichtigster staatlicher Ansprechpartner. Sie sind für Bau und Erhalt kommunaler Straßen, kommunaler Energie- und Wasserversorgungseinrichtungen, für den kommunalen Nahverkehr, für kommunale Verwaltungsgebäude und vieles mehr zuständig (u.a. Umweltschutz, Telekommunikation). Ein gutes Fünftel der öffentlichen Ausgaben und rund zwei Drittel der öffentlichen Investitionen und der öffentlichen Bauaufträge sind in der Verantwortung der Kommunen. Eine gewaltige Aufgabe und Verantwortung - aber sind die Kommunen hierfür auch mit den richtigen Instrumenten ausgestattet?

Um über Einnahmen, Ausgaben, Erfolg oder Misserfolg rechtzeitig informiert zu sein, haben Unternehmen ein hoch entwickeltes Rechnungswesen.

Vermögens noch wissen sie darüber Bescheid, wie sich die ihnen anvertrauten Güter im Wert verändern. Die Kommunen sind mit ihrem überholten Rechnungswesen, der Kamera-

listik, nicht in der Lage, am Jahresende anzugeben, ob sie nun im Jahresverlauf reicher oder ärmer geworden sind. Bund und Ländern geht es genauso.

Am Jahresende können die Kommunen nur angeben, ob sie einen Einnahmen- oder Ausgabenüberschuss erreicht haben. Das ist zwar auch eine wichtige Saldogröße, aber sie hat weit weniger Aussagekraft als sie eine vollständige Vermögensübersicht liefern würde.

Ein Beispiel soll den wesentlichen Unterschied zur Kameralistik verdeutlichen:

Kameralistik kein verlässlicher Kompass

Doch beim Staat, bei Bund, Ländern und den Kommunen ist dies ganz anders. Die vorherrschende Methode ist hier die Kameralistik, ein überholtes Rechnungswesen, das nur auf die Erfassung von Geldströmen abstellt. Die Kommunen stochem hier gewissermaßen im Nebel, ohne verlässlichen Kompass und daher ohne rechte Orientierung: Sie kennen weder den Wert ihres

Wenn eine Kommune im Jahr x Einnahmen in Höhe von 10 Mio. Euro und Ausgaben in Höhe von 9 Mio. Euro hatte, kann sie nach der herkömmlichen Kameralistik einen Überschuss von 1 Mio. Euro ausweisen. Dass dies eine Illusion sein kann, erkennt man, wenn man das Beispiel ausweitet.

Am Jahresanfang betrug das Vermögen der Kommune (Infrastruktur, Gebäude, Guthaben u. a.) 100 Mio. Euro. Wenn man einen durchschnittlichen Abschreibungssatz von 3 % unterstellt (gewichtete Mittel aus Nutzungsdauer Gebäude 20 Jahre, Straßen 50 Jahre), so hat sich das Vermögen der Gemeinde innerhalb eines Jahres um 3 Mio. Euro entwertet.

Jetzt sieht die Rechnung der Kommune folgendermaßen aus:

Finanzüberschuss:	+ 1 Mio. Euro
Vermögensänderung:	- 3 Mio. Euro
Saldo	- 2 Mio. Euro

Durch die Berücksichtigung der Veränderung des Vermögenswertes hat sich der Überschuss aus der Kameralistik in ein Minus von 2 Mio. Euro verwandelt. Die Kommune ist also im Jahre x ärmer geworden, nicht „reicher“ wie dies die Kameralistik ausweisen würde.

BayWa will ertragsstärker werden

Nach Bewältigung von Dürre und WLZ-Übernahme auf vorsichtigem Expansionskurs

Das Geschäftsjahr 2003 war für die BayWa geprägt von der sommerlichen Dürre mit starken Ernteinbußen und erheblichen Einkommensrückgängen der Landwirte, der Integration des genossenschaftlichen Schwesterunternehmens WLZ in Württemberg und einem weiteren Personalabbau um per saldo 273 Personen auf noch 15540 Mitarbeiter. Obwohl der Jahresüberschuss mit 24,4 Mio. Euro auf gut die Hälfte gegenüber 49,9 Mio. Euro im Jahr 2002 zurückgefallen ist, sieht der Konzern im Berichtsjahr seine Ziele erreicht. Das DVFA-Ergebnis von 40,8 (2002: 37,3) Mio. Euro, das als operatives Ergebnis ausgewiesen wird, ist für Konzernchef Wolfgang Deml viel aussagefähiger als der Jahresüberschuss, weil es um jene Einmaleffekte bereinigt ist, die dem Jahresüberschuss 2003 zugesetzt haben. Der Gesamtumsatz nahm um 10 Prozent auf 5,9 Mrd. Euro zu.

Für das laufende Jahr ist Deml gedämpft zuversichtlich. Er geht von einer stabilen Umsatzentwicklung und von einem operativen Ergebnis aus, das weiter auf „40 Mio. plus X“ steigt. Die Weichen bleiben auf moderate Expansion gestellt.

Einmaleffekte

Beim Jahresüberschuss 2002 ist zu berücksichtigen, dass ihn der Erlös von 13,5 Mio. Euro aus dem Verkauf der österreichischen Lebensmittelkette Maximarkt hoch getrieben hat. Als größte Einmal-Effekte, die den Jahresüberschuss im Berichtsjahr gedrückt haben, nannte Deml die Kosten der Verschmelzung mit der WLZ (knapp 11 Mio. Euro), die Einstellung der Internet-Plattform „bausolution“ (5,8 Mio. Euro), bei der die Industrie nicht recht mitgezogen hat, die Risikovorsorge bei Beteiligungen (13 Mio. Euro), Zahlungsrückstände in Osteuropa (5 Mio. Euro) und noch einige andere, kleinere Posten. Mit solchen Einmaleffekten sei dieses Jahr nicht wieder zu rechnen. Wie sehr diese Effekte das Jahresergebnis beeinflusst haben, machte Deml am Ergebnis der

gewöhnlichen Geschäftstätigkeit nochmals deutlich. 2003 fiel diese Kennziffer auf 22,2 Mio. Euro nach 67,6 Mio. Euro im Jahr zuvor. Zum Vergleich eigne sich aber besser „das Normaljahr 2001“ mit 18,4 Mio. Euro, sagte der BayWa-Chef.

Die Ertragsziele zeigen sich bei der Umsatzrendite. Sie soll in fünf Jahren 1,5 % erreichen. 2003 waren es 0,37 Prozent. Fürs Berichtsjahr bleibt es nach drei Jahren der Steigerung bei unverändert 0,24 Euro Dividende je Aktie. Eine erneute Aufstockung wäre möglich, aber, so Deml, wegen des Personalabbaus nicht angebracht gewesen.

Gestiegener Konzernumsatz

Der Konzernumsatz von 5,9 Mrd. Euro nahm vor allem dank des größeren Verbreitungsgebietes und der guten Geschäfte in den Bereichen Baustoffe und Energie zu. Er stammt inzwischen nur noch zu 67,6 Prozent aus Deutschland, aber zu 28 Prozent aus Österreich und zu 4,4 Prozent aus anderen Ländern. In ihm sind 816 Mio. Euro Franchisumsätze (+ 1,3 Prozent) nicht enthalten. In diesem Bereich will die BayWa in Zukunft noch eini-

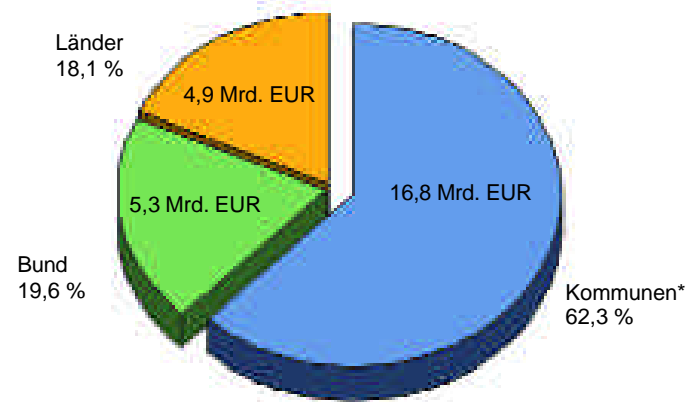
ge Akquisitionen vornehmen. Nach Segmenten betrachtet kommt fast die Hälfte des Umsatzes aus dem Agrarbereich einschließlich Landtechnik, ein gutes Viertel aus dem Bereich Bau und Märkte, ein knappes Viertel aus dem Bereich Energie (Treibstoffe und Heizöl) und ein kleiner Rest aus sonstigen Aktivitäten. In dem schwierigen Umfeld haben sich alle Segmente relativ gut geschlagen.

Besonders stark gewachsen ist der Energiebereich durch die neuen Mineralöltöchter Tessol in Österreich und Genol in Württemberg. Hier schnellte der Umsatz um 28 Prozent auf 1,38 Mrd. Euro hoch. In der Sparte Baustoffe und Märkte nahmen die Erlöse um 6,9 Prozent auf 1,64 Mrd. Euro zu. Trotz der Dürre wuchs der Umsatz mit landwirtschaftlichen Betriebsmitteln und Erzeugnissen um 10 Prozent auf mehr als 2 Mrd. Euro, weil in Österreich und durch vermehrten Futtermittelverkauf mehr als ein Ausgleich gefunden wurde. Dagegen gingen die Erlöse in der Landtechnik leicht auf 612 Mio. Euro zurück.

Weitere Akquisitionen nicht ausgeschlossen

Deml schloss grundsätzlich weitere Akquisitionen, vor allem im Bereich Baustoffe und in wachstumsstarken Nischenmärkten, nicht aus. Aber interessant seien nur profitable Objekte. Derzeit werde außerhalb des Kerngebietes mit vier Kaufkandidaten verhandelt. In Osteuropa will man auf die richtige Zeit für Großakquisitionen warten. Für die Kartellaufgabe, in Württemberg wegen der WLZ-Übernahme Agrarhandelsaktivitäten im Volumen von 65 Mio. Euro zu verkaufen, hat sich mangels Interessenten noch keine Lösung ergeben. Im gesamten Verbreitungsgebiet der BayWa sollen 37 Standorte geschlossen und 15 neue eröffnet werden, was per saldo wiederum Personalreduzierung bedeuten dürfte. **doh**

Die Kommunen sind der größte öffentliche Auftraggeber der deutschen Bauwirtschaft



*) Städte, Gemeinden, Landkreise, Gemeindeverbände, Zweckverbände
Quelle: Statistisches Bundesamt

Baumaßnahmen der öffentlichen Hand 2003 insgesamt 27,0 Mrd. EUR.

Grafik: Bayerische Bauindustrie

Falscher Kompass mit hohen Folgekosten

Die Folgen dieser Unkenntnis des Wertes des eigenen Vermögens sowie von dessen Veränderung sind weitreichend:

≠ Untätigkeit lohnt sich: Wer nicht weiß, wie sein Vermögen durch Nichtstun verfällt, der gibt sich möglicherweise der Illusion hin, durch unterlassene Erhaltungsinvestitionen könne er „sparen“.

≠ In der Unternehmensbilanz wäre im Fall des Verfalls von Vermögensgegenständen auf der Passivseite der Posten „Unterlassene Reparaturen“ zu erhöhen. Das aber ist gleichbedeutend mit mehr Schulden. Die Kameralistik gibt kein

derartiges Warnsignal.

≠ Wer den Wert seines Vermögens nicht kennt, merkt möglicherweise nicht rechtzeitig, dass er über seine Verhältnisse lebt. Eine saubere Bilanzierung würde dies verhindern.

Weg von der Kameralistik hin zu einem modernen Rechnungswesen für den Staat

Kommunen, Länder und der Bund brauchen daher ein modernes Rechnungswesen, das den Wert ihres Vermögens und dessen Wertveränderung zeitnah erfasst und abbildet. Nur so herrscht Transparenz über die Entwicklung des staatlichen Vermögens, nur so werden die

Folgen unterlassenen Handelns sichtbar, nur so können die Kommunen ihre Mittel zielgerichtet einsetzen.

Als erstes Bundesland verabschiedet sich Hessen von der Kameralistik, bewertet sein gesamtes Vermögen und führt ab Ende dieses Jahres landesweit die kaufmännische Buchführung ein.

Diesem Beispiel sollte auch Bayern so schnell wie möglich folgen. Der Bayerische Bauindustrieverband hat daher zusammen mit der Ludwigs-Maximilians-Universität München ein Projekt gestartet mit dem Ziel, ein modernes doppeltes Rechnungswesen auch in den bayerischen Kommunen einzuführen. **≠**

5. Landkreiswettbewerb „Landschaftsbezogenes Bauen“:

„Im Landkreis Regensburg wird immer besser gebaut“

Regensburg. „Die Landschaft muss im Vordergrund stehen. Wir wollen die Landschaft so weitergeben, wie wir sie vorgefunden haben. Der Wettbewerb soll hierfür positive Beispiele herausstellen“, hob der Regensburger Landrat Herbert Mirbeth vor kurzem bei der Preisverleihung des inzwischen 5. Wettbewerbes „Landschaftsbezogenes Bauen“ des Landkreises Regensburg hervor. Aus den Händen von Landrat Mirbeth und Kreisbaumeister Dipl.-Ing. Helmut Ost erhielten die Gewinner der ersten, zweiten und dritten Preise Urkunden und Preisgelder, für mehrere gut gelungene Bauprojekte gab es Belobigungen ohne Honorar.

Wo sonst die Kreisräte über aktuelle Fragen diskutieren, nämlich im Großen Sitzungssaal des Regensburger Landratsamtes, nahmen am Nachmittag des 23. April vor allem die Gewinner des Wettbewerbes „Landschaftsbezogenes Bauen“ Platz: Bauherren, Entwurfsverfasser sowie die Bürgermeister der Orte, in denen die Bauprojekte verwirklicht wurden.

„Vorbildhaftes Wirken in die Zukunft“

Landrat Herbert Mirbeth charakterisierte den nach 1987, 1992, 1994 und 1998 nun zum fünften Mal durchgeführten Wettstreit als „vorbildhaftes Wirken in die Zukunft“ und freute sich über die große Beteiligung von 55 Objekten, wovon nur eines nicht in die Bewertung aufgenommen wurde. Das gute Feedback ist für den Landkreischef Grund, den Wettbewerb auch künftig durchzuführen. „Im Landkreis Regensburg wird viel gebaut, und es wird immer besser gebaut“, zollte Mirbeth den Bauherren und Planern gleichermaßen Respekt, sah aber auch einen Grund dafür in der Sensibilisierung für den Landschaftsbezug.

Bewusstsein stärken

Angesichts des für den Landkreis prognostizierten Wachstums von 30.000 bis 40.000 Einwohnern in den nächsten 20 bis 25 Jahren -

vor allem junge Menschen und junge Familien - werde der Wohnqualität eine besondere Bedeutung zukommen, blickte der Landrat in die Zukunft. Hauptziel des Wettbewerbs war es, das Bewusstsein aller am Bau Beteiligten sowohl für die Wichtigkeit einer guten Gestaltung des einzelnen Gebäudes als auch seiner Einbindung in das Orts- und Landschaftsbild zu stärken.

Bauvorhaben

Gegenstand des Wettbewerbs waren Bauvorhaben, die zwischen 1996 und 2000 neu gebaut bzw. umfassend umgebaut oder revitalisiert wurden und im Sinne der Wettbewerbsziele zu beispielhaften Ergebnissen geführt haben. Die Bewertung erfolgte durch eine vom Kreisausschuss bestellte sachverständige Jury, die sich aus den Kreisräten Erika Weigert, Franz Beutl, Karl Zott und Georg Weitzer sowie dem Leitenden Baudirektor Rudolf Deschermeier, Kreisfachberater Torsten Mierswa und Kreisbaumeister Dipl.-Ing. Helmut Ost (Juryvorsitzender) zusammensetzte.

Auszeichnungen in fünf Kategorien

Der Bewertungsschwerpunkt lag bei der Einbindung in das Orts- und Landschaftsbild, weitere Kriterien waren Baukörper- und Fassadengestaltung, Materialverwendung, Wohn- und

Nutzwert des Gebäudes sowie Wirtschaftlichkeit des Bauwerks. In fünf Kategorien gab es Auszeichnungen: Von den insgesamt 17 Preisen an Bauherren wurden fünf erste Preise

(750 Euro), acht zweite Preise (500 Euro) und vier dritte Preise (250 Euro) vergeben. Zwei Sonderpreise à 500 Euro gab es für Entwurfsverfasser. Darüber hinaus wurden 14 Belobigungen (ohne Geldzuwendung) ausgesprochen.

Erste Preise

Erste Preise bekamen Johann



Die Gewinner der 1. Preise beim Wettbewerb mit Kreisbaumeister Helmut Ost und Landrat Herbert Mirbeth (4. und 5. von rechts). Bild: Markus Bauer

Gleixner (Laaber), die Eheleute Christine und Karl Eibl (Holzheim am Forst), die Eheleute Ursula und Gotthard Unger (Lappersdorf), Martin Pilz (Oberwahrberg bei Kallmünz) und die Eheleute Margit und Franz Althapp (Griesau bei Pfatter).

Zweite Preise

Mit einem zweiten Preis wurden ausgezeichnet: Omnibusbetrieb Martin Wagner (Altenhann), Reinhard Schiegl (Brennberg), Architekt Jürgen Neumaier (Laaber), Karin und Georg Füssl (Nittendorf), das Kath. Pfarramt „Mariä Himmelfahrt“ Kirchberg (Gemeinde Regentstuf), Dipl.-Ing. Adrian Klöpper (Hainsacker), Christian Gehr (Lappersdorf) und Ludwig Meßner (Taimering).

„Bauen ist Ausdruck einer Epoche“

In einem Diavortrag zeigte Kreisbaumeister Ost die honorierten Bauten. Landrat Mirbeth dankte dem Kreisbaumeister für dessen großes Engagement. Ost selbst sieht es als seine Aufgabe, Hilfen und Wege aufzuzeigen. „Bauen ist Ausdruck einer Epoche. Das Wichtigste ist, dass die Bauwerke standsicher und schön sind“, führte der Kreisbaumeister aus und lud die Gäste zur Besichtigung der Ausstellung.

Markus Bauer



Amtsübergabe bei der Staatsarchivleitung: Der scheidende Direktor Dr. Karl-Otto Ambronn, die neue Leiterin Dr. Maria Rita Sagstetter, Staatsminister Dr. Thomas Goppel, Prof. Dr. Hermann Rumschöttel. Bild: Markus Bauer

Geschichte der „Oberen Pfalz“ im Amberger Stadtmuseum

Bis 16. Mai läuft im Stadtmuseum Amberg die Ausstellung „Das Fürstentum der Oberen Pfalz. Ein wittelsbachisches Territorium im Alten Reich“, die am 15. März unter Anwesenheit von Staatsminister Dr. Thomas Goppel und vieler haupt- und ehrenamtlicher Archivare eröffnet wurde.

Für zwei Archivare bedeutete diese Veranstaltung zugleich einen wichtigen Lebenschnitt. Denn der seit 1. September 1976 amtierende und Ende März in den Ruhestand getretene Direktor des Staatsarchivs Amberg, Dr. Karl-Otto Ambronn, wurde verabschiedet und seine Nachfolgerin Dr. Maria Rita Sagstetter ins Amt eingeführt - übrigens die erste Frau an der Spitze eines bayerischen Staatsarchivs.

Prof. Dr. Hermann Rumschöttel, Generaldirektor der staatlichen Archive Bayerns, wies in seiner Begrüßung auf das Geschichtsbewusstsein hin, das die Archive neben der Dokumentation ihrer Bestände besonders fördern sollen. Das Amberger Staatsarchiv möge künftig, so Rumschöttel, verstärkt in die gesamte Region als Kompetenzzentrum hinausstrahlen.

Ambergs Oberbürgermeister Wolfgang Dandorfer erinnerte an Bestrebungen in den 70er Jahren, das Amberger Staatsarchiv nach Regensburg zu verlegen. „Unter Dr. Karl-Otto Ambronn's Leitung erhielt das Staatsarchiv sein heutiges Gesicht“, würdigte das Amberger Stadtoberhaupt die Leistungen des langjährigen Direktors. „Heute habe ich die Gelegen-

heit, bayerische Archivgeschichte mitzuschreiben“, meinte Staatsminister Dr. Thomas Goppel angesichts der Tatsache, dass mit Dr. Maria Rita Sagstetter nun die erste Frau an der Spitze eines staatlichen Archivs steht.

Die Geschichte Bayerns und der Archive charakterisierte Goppel als ein fruchtbares Spannungsverhältnis von Zentralismus (Landeshauptstadt München) und Regionalismus (eigenständige historische Landschaften). „Heute wird die schriftliche Überlieferung wieder in den historischen Landschaften aufgehoben“, betonte der Minister. Goppel würdigte die Arbeit des scheidenden Archivdirektors und führte dessen Nachfolgerin in ihr neues Amt ein.

Ausgangspunkt der Ausstellung ist die Entstehung der Oberen Pfalz nach der Erbteilung der Wittelsbachischen Territorien im Hausvertrag von Opavia 1329. Zwei Blöcke werden dabei unterschieden: Die kurpfälzische Herrschaft von 1329 bis 1621 sowie die kurbairische Herrschaft von 1621 bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Bis zum 16. Mai kann die Ausstellung im Stadtmuseum Amberg (Zeughausstraße 18) besichtigt werden.

Passau-Kohlbruck:

Spatenstich für neues Hallenbad

Ab September 2005 bietet Passau-Kohlbruck ein großzügiges Sport- und Wohlfühl-Angebot. Die Stadtwerke bauen ein neues Hallenbad für 17,38 Mio. Euro. Anfang April war Spatenstich, mit den Arbeiten begonnen wurde am 19. April.

23 Jahre hat das alte Hallenbad bereits auf dem Buckel. Es erfüllt zwar seinen Zweck, mehr aber auch nicht. „Nur mit funktionalem Ambiente allein lockt man heutzutage niemanden mehr ins Wasser“, erklärte Oberbürgermeister Albert Zankl. Gefragt seien Erlebnis, Badespaß und Freizeitpark-Charakter. Doch das hätte man im alten Hallenbad nicht realisieren können. „Es wäre trotz hoher Kosten ein altes Bad geblieben“, betonte Zankl. Und schließlich war es auch Wunsch der Passauer Bürger, dass in Kohlbruck ein neues Hallenbad gebaut wird und damit ein Ganzjahresbad entsteht - Ergebnis des Bürgerentscheids vom 11. Februar 1996.

„Das wird eine Bade- und Wellness-Oase, die mit anderen Bädern in unserem Raum nicht verglichen werden kann“, versprach Stadtwerke-Chef Gottfried Weindler. Im Hallenbad wird es ein 25-Meter-Schwimmerbecken mit sechs Bahnen geben, dazu ein Erlebnisbecken, Strömungskanal, Whirlpool, Dampfgrotte mit Effektbeleuchtung und vieles mehr. In der Saunalandschaft können die Be-

sucher in der Dampfsauna, Finnischen Sauna, Erd-, Stein- und Biosauna schwitzen. In diesen Bereich integriert werden ein Ruhehaus mit Bachlauf, Kneippbecken sowie ein Kräuter- und Steingarten.

Wellness-Bereich

Bei der Gestaltung des Wellness-Bereichs lassen sich die Stadtwerke von einer erfahrenen Therapeutin beraten. Geplant sind dort u.a. Heukraxen, Sandlicht-Therapie, Solarien, Nass- und Trockenmassagen sowie ein Kosmetikangebot. An den Sauna- und Wellnessbereich angrenzen wird das Solebad, das zusätzlich 1,95 Millionen Euro kostet. „Das Hallenbad wird so konzipiert, dass sowohl der Erholungsuchende, als auch der sportliche Badegast seine Erfüllung findet“, verspricht Weindler - je nach Gusto auf Sprudelliegen oder im wettkampfgerechten Schwimmerbecken. Zum Anziehungspunkt soll das neue Hallenbad auch für die Kinder und Jugendliche werden; geplant sind ein Kleinstkinderbereich, ein Strömungskanal sowie Riesenrutschen. **DK**

Erdgastankstelle in Weilheim nunmehr ein Jahr in Betrieb

Genau nach einem Jahr Erdgastankstelle in Weilheim haben die Erdgas Südbayern GmbH (ESB) und der Regionalverkehr Oberbayern (RVO) Bilanz gezogen. Erfreuliches Fazit: Fünf weitere erdgasbetriebene Omnibusse werden ihren Fahrbetrieb aufnehmen - mit dem Segen der örtlichen Kirchenvertreter. Damit setzt die RVO bei Ihrer Niederlassung Weilheim insgesamt 14 erdgasbetriebene Omnibusse ein.

CNG, also komprimiertes Erdgas, ist in naher Zukunft die optimale Lösung, um Mobilität sauber und umweltverträglich zu gestalten. Diese Erkenntnisse ließ bei den Verantwortlichen der ESB und der RVO eine gemeinsame Entscheidung reifen: eine Erdgastankstelle auf dem Gelände des Betriebshofes der RVO zu errichten.

Innovative Wege

In diesen Tagen können erste Ergebnisse zu einem Jahr Erdgastankstelle betrachtet werden. Beide Unternehmen bewegen sich im gleichen südbayerischen Versorgungsgebiet und daher lag es nahe, auch gemeinsam neue und innovative Wege zu beschreiben.

Anlässlich eines Pressegesprächs mit den Firmenvertretern der ESB und der RVO sowie Luitpold Braun, Landrat des Landkreises Weilheim-Schongau, wurde den anwesenden Journalisten zu den Entwicklungen im Bereich der Erdgastankstelle Rede und Antwort gestanden.

Umweltfreundlich und verbrauchsgünstig

Die anschließende Segnung von fünf erdgasbetriebenen Bussen machte klar, der eingeschlagene Weg, umweltfreundliche und zugleich verbrauchsgünstige Busse vermehrt einzusetzen, wird weiter beschritten. „Ein weiterer positiver Aspekt“, so Veit Bodenschatz, Geschäftsführer der RVO, „Erdgas-Busse sind zugleich erheblich leiser als herkömmliche und damit kundenfreundlicher.“

Erhebliche Fördermittel

Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren günstige Rahmenbedingungen für die Markteinführung von Erdgas als Kraftstoff eingesetzt. Für die Anschaffung von Erdgasbussen werden vom Freistaat Bayern weiterhin erhebliche Fördermittel bereitgestellt.

Landrat Luitpold Braun lobte in seinem Grußwort vor den rund 50 Gästen das Engagement der RVO: „Noch wird

bei den PKW-Herstellern über Rußfilter diskutiert, da ist bei den RVO-Leuten bereits eine neue, effiziente Technik im Einsatz. Das nenne ich Vorbildrolle des ÖPNV in Sachen Umweltschutz.“

Anschauliche Darstellung

Mit einem Blick auf die Plexiglas-Box malt Martin Heun, Leiter Marketing und Vertrieb bei der ESB, anschaulich aus: „In der Box stecken 4 Kilogramm Rußpartikel. Das entspricht der Rußmenge, die bei 14 Bussen in einem Monat anfällt!“

Saubere Busflotte in Weilheim

„Als größter regionaler Busbetreiber im süddeutschen Raum mit rund 325 Bussen stellen wir uns unserer Verantwortung für eine lebenswerte Umwelt“, so RVO Geschäftsführer Veit Bodenschatz. Die RVO plant, über einen Zeitraum von 5 Jahren bis zu 30 erdgasbetriebene Busse allein am Standort Weilheim anzuschaffen. Das bedeutet, das die prognostizierte Erdgasmenge von 12 Mio. kWh bei 30 Bussen eine Emissions-Entlastung von 3.650 kg Schwefeldioxid, 432 kg Stickoxide sowie 1296 kg Kohlenmonoxid bringt, nicht zu reden von der deutlichen Einsparung der CO₂-Emissionen.

Keine Emissionen

Erdgas ist der umweltfreundlichste Kraftstoff auf fossiler Basis: 80 Prozent geringeres Ozon- und Smogbildungspotential, 20 Prozent weniger Treibhausgase, keine Partikel, kein Schwefel. Außerdem treten beim Tanken keine Emissionen auf.

Erdgas ist der billigste fossile Kraftstoff. Vor allem gegenüber Benzin aber auch im Vergleich zu Diesel schneidet das Erdgas bei Preisen zwischen 0,54 und 0,61 Euro pro Kilogramm (Erdgas wird in Kilogramm gemessen) immer besser ab. Das wird vor allem dadurch deutlich, dass 1 Kilogramm Erdgas etwa 1,5 Liter Benzin entspricht. Das Spar-

potential bei den Kraftstoffkosten (Pkw) beträgt durchschnittlich 50 Prozent.

Tankstellen und Reichweite

Noch ist das Tankstellennetz außerhalb der Ballungszentren recht grobmaschig. Es kommen aber ständig neue Tank-



Landrat Luitpold Braun bei der Segnung der erdgasbetriebenen Omnibusse.

Händlertagung bei Leiber OHG:

Neue Vertriebsleitung

Am 18. und 19. März hatte Leiber OHG, Bereich Fahrzeugbau, Emmingen ihre Gebietshändler zu einer Tagung nach Emmingen eingeladen. Im Rahmen dieser Händlertagung wurde der langjährige Verkaufsleiter dieses Bereiches Herr Robert Braun in den Ruhestand verabschiedet.

Valentin Leiber ließ die vergangenen 20 Jahre nochmals Revue passieren: Bis zum Eintritt von Robert Braun im Jahr 1984 wurden die Fahrzeuge direkt vertrieben. Abnehmer waren schwerpunktmäßig der Tiefbau und die Betonsteinindustrie. Frühzeitig wurde jedoch erkannt, dass diese Industriezweige auf lange Sicht für Leiber keine Zukunft bieten würden.

Neue Absatzmöglichkeiten wurden von Robert Braun bei den Kommunen und in der Friedhofspflege gefunden. Die Kleintransporter von Leiber mussten verändert und weiterentwickelt werden, um den veränderten Anforderungen gerecht zu werden. Um den Vertrieb sicherzustellen, baute R. Braun ein durchgängiges Händlernetz in Deutschland und im deutschsprachigen Ausland auf.

Er übergab nun die Vertriebsleitung an Herrn Jürgen Unkauf,

stellen hinzu. In Deutschland plant die Gaswirtschaft, rund 1000 Tankstellen bis 2007 zu bauen und damit ein flächendeckendes Netz mit Erdgastankstellen zu spannen.

Technische Neuheiten

Die Gäste hatten nicht nur Gelegenheit, die neue Technik aus der Nähe zu betrachten, sie konnten sich auch davon überzeugen, dass die Busse erheblich leiser sind als übliche Fahrzeuge. Die neuen Busse werden künftig in und um Weilheim ihren Dienst tun.

Landkreis Bamberg:

Konzept für einheitliche Brandschutzerziehung

Erstes kreisweites Feuerwehr-Seminar in Walsdorf

Um die Vermittlung eines einheitlichen Brandschutzerziehungskonzeptes ging es beim ersten kreisweiten Brandschutzerziehungsseminar in der Gemeinde Walsdorf, Landkreis Bamberg. Hierzu begrüßte Kreisbrandmeister Albert Tornau, Leiter des Fachbereichs Brandschutzerziehung des Kreisfeuerwehrverbandes Bamberg, Teilnehmer aus verschiedenen Feuerwehrvereinen.

Wie Tornau erklärte, gehe es im Wesentlichen um drei Schwerpunkte: die Steigerung des Brandschutzbewusstseins, die Verringerung der Anzahl von Bränden sowie das richtige Verhalten im Brandfall. Walsdorfs Bürgermeister Heinrich Faatz machte seinerseits einige Anmerkungen zum örtlichen Feuerwehrwesen. Er finde es wichtig, so Faatz, dass durch die Brandschutzerziehung Kinder zu künftigen Brandschützern erzogen werden. Dies umfasse sowohl die Beherrschung des Feuers als auch die Verhinderung eines Brandes bereits in der Entstehungsphase. Sein Dank und Anerkennung gelte den Mitgliedern des für die Brandschutzerziehung zuständigen Fachbereichs für die Ausbildung in den Kindergärten und Grundschulen des Landkreises zusammen mit den Feuerwehren vor Ort. Er lobte zudem das durch den Fachbereich entwickelte und im Einsatz befindliche Hausaufgabenheft.

Stiefmütterliche Behandlung

Kreisbrandrat Peter Löhlein verwies auf die „stiefmütterliche Behandlung“, die das Thema Brandschutzerziehung in der Vergangenheit erfahren habe. Erst in den Jahren 1995 und 2000 konnten die Weichen für dieses wichtige Gebiet gestellt werden. Löhlein widmete sich auch der Problematik der Rauchmelder. Er vertrat die Meinung, Rauchmelder sollten in Privathäusern gesetzlich vorgeschrieben werden. Der Gesetzgeber lasse die Wehren hier jedoch im Stich.

Referent Herbert Steiner vom LFV Bayern stellte detailliert das Brandschutzerziehungskonzept des Landesfeuerwehrverbandes vor. Er wies besonders darauf hin, dass dieses Konzept nur als Grundlage für die Brandschutzerziehung zu sehen sei. Diese dürfe nicht im Kindergarten enden, sondern müsse in den Grund-, Haupt- und weiterführenden Schulen,

in Firmen und Betrieben bis hin zu den Seniorenclubs fortgesetzt werden. Hier spreche man dann allerdings von einer Brandschutzaufklärung. Die Bilanz von 200 Toten durch Brände und mehr als 3.000 brandverletzte Kinder sprächen auch hier eine eindeutige Sprache. Auch sechs Milliarden Euro Schadenssumme pro Jahr belasteten die Solidargemeinschaft der Versicherten enorm. Allein in Bayern belaufe sich die Schadenssumme auf mehr als 42 Millionen Euro. Bei der Brandstiftung, d.h. der Verursachung durch leichtfertigen Umgang, seien 60 Prozent vorsätzlich und 40 Prozent fahrlässig. Erste Erfolge seien seit Einführung der LFV-Brandschutzerziehung erkennbar.

Schulungskonzept

Kreisbrandmeisterin Barbara Langer und Sieglinde Rünagel berichteten über ihre Erfahrungen bei der Brandschutzerziehung im Kindergarten, denn schon in diesem Alter kämen Kinder ständig mit Feuer und Zündquellen in Kontakt. Beide thematisierten das Informationsgespräch mit dem Kindergartenpersonal, die Abgabe von Info und Arbeitsmaterial, sowie Elternabend und Brandschutzerziehungstage zusammen mit der Feuerwehr vor Ort als Facetten dieser Ausbildung.

Herbert Steiner ging im Anschluss auf das Konzept der Brandschutzerziehung für die dritte Klasse Grundschule ein. Hier brachte er den Seminar-Teilnehmern vor allem die Schulungsweise mit dem LFV-Brandschutzerziehungskoffer der von der Versicherungskammer Bayern gesponsert wurde, nahe. Dieser Koffer beinhaltet von praktischen Teilen über Infoschriften bis hin zur funktionsfähigen Telefonanlage zum Einüben des richtigen Absetzens eines Notrufes alles Notwendige. Steiner gab dabei verschiedene Tipps und Anregungen. **DK**

Bayerngas:

Wasserstoff für Münchner Flughafen

Erdgas als Brücke zu einer dezentralen Wasserstoffenergiewirtschaft

Bayerngas liefert aus Erdgas hergestellten Wasserstoff als Antriebsenergie für Vorfeldbusse an die Flughafen München GmbH. Der Wasserstoff wird aus Wasserdampf und Erdgas in einem Dampfreformer, der von der Linde AG betrieben wird, erzeugt. Neuartig ist die kompakte Containerbauweise des Reformers, die die Standortoptionen hinsichtlich der Wasserstoffherzeugung erhöht.

Dabei untersucht Bayerngas die zentrale Frage, was das gut ausgebaute Erdgasleitungsnetz für den dezentralen Aufbau einer zukünftigen Wasserstoffenergiewirtschaft leisten kann.

Aktive Förderung

Das ARGEMUC-Projekt Wasserstofftankstelle Flughafen München wird von elf

namhaften Unternehmen unterstützt und vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie gefördert. Für Bayerngas bietet die Beteiligung an diesem Projekt den Vorteil, auch zukünftig innovative Erdgasanwendungen und moderne Technologien rational bewerten und aktiv fördern zu können.

Jahres-PK der Euregio Egreensis in Bischofsgrün:

Blickpunkt EU-Osterweiterung

Die Euregio Egreensis versteht sich als Moderator und Partner, der die Beziehungen zwischen Bayern, Sachsen, Thüringen und Böhmen im Sinne eines Netzwerkes aktiv koordiniert, unterstützt und im Rahmen der Möglichkeiten auch fördert. In den zehn Jahren ihres Bestehens hat sie sich sowohl insgesamt als auch vor allem in Bayern als Einrichtung etabliert, deren Meinung zählt. Die Jahrespressekonferenz der Euregio Egreensis bildete nunmehr den Auftakt zu einer Vielzahl von Veranstaltungen zur Erweiterung der Europäischen Union.

Europaminister Eberhard Sinner mahnte die Region, sich auf ihre eigenen Stärken zu besinnen - vom Fremdenverkehr über die Bauindustrie bis zur Umwelttechnologie. In diesen Bereichen könne man grenzüberschreitend kooperieren. Sinner versprach, dass die Staatsregierung ihren Beitrag zur Förderung leisten werde. Zudem sei es aber nötig, den Menschen das Gefühl zu vermitteln, dass Europa etwas bringt. Obgleich es auch Risiken wie ein Lohngefälle oder die unterschiedliche Förderung durch die EU-Osterweiterung gebe, bleibe sie insgesamt eine Chance.

Stabwechsel

Für Karl Haberkorn, Landrat des Landkreises Tirschenreuth, war es die letzte offizielle Euregio-Veranstaltung, die er als gemeinsamer Euregio-Präsident wahrnahm. Seine zweijährige Amtszeit endete offiziell am 1. Mai. Turnusgemäß wurde der Stab weitergegeben an die Arbeitsgemeinschaft Vogtland/Westergebirge, und damit an Plauens Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer.

Sprache im Zentrum

Wie Haberkorn bemerkte, müsse gerade das Thema Sprache im Zentrum der Bemühungen stehen. Überall dort, wo Länder mit unterschiedlichen Sprachen aneinander grenzen, stelle dies eine Herausforderung dar - „nur mit dem Unterschied, dass andere Grenzregionen uns in der Bewältigung dieses Problems teilweise Jahrzehnte voraus sind“. Es gelte, Zeichen zu setzen und sich viel intensiver mit der tschechischen Sprache zu beschäftigen. Die tschechischen Nachbarn gingen in Sachen Sprachkom-

petenz mit gutem Beispiel voran. Erfahrungen aus anderen Grenzregionen zeigten, dass mit zunehmender Sprachkompetenz ein überproportionales Wirtschaftswachstum in den Grenzregionen verbunden ist.

Informationsdefizit

Ein weiterer Aspekt, der Haberkorn während seiner Amtszeit ein wichtiges Anliegen war, ist die Intensivierung des grenzüberschreitenden Austausches von Informationen. Mit einigen Projekten und Veranstaltungen habe man versucht, diesen Austausch zu beleben. Aber dennoch gebe es hier immer noch erhebliche Defizite auf beiden Seiten der Grenze.

Langgehegter Wunsch

Haberkorn zufolge werden nach der Erweiterung neue, andere Herausforderungen zu bewältigen sein. „die wir heute noch nicht oder nur in Umrissen kennen“. Doch gehe man davon aus, „dass mit der Erweiterung und dem Beitritt Tschechiens vieles leichter wird als bisher“. Dann endlich sei Tschechien ein gleichberechtigter Partner im europäischen Haus, „ein Ziel, auf das wir vor Ort nun sehr lange hingearbeitet haben“.

Weichenstellung

Dr. Klaus-Günter Dietel, Landrat des Landkreises Bayreuth und stellvertretender Präsident der Euregio Egreensis, Arbeitsgemeinschaft Bayern, warf seinerseits einen Blick auf die inhaltlichen Schwerpunkte der Euregio-Arbeit in den vergangenen Monaten. Dazu zählen das bayerisch-tschechische Gastschuljahr, das sich zunehmender Beliebtheit erfreut und bei dem jährlich rund

30 tschechische Schülerinnen und Schüler an bayerische Gastgymnasien für längere Gastaufenthalte vermitteln, und der grenzüberschreitende Radfernweg Bayern - Sachsen/Thüringen - Böhmen mit fast 600 km Länge, der zurzeit durch eine weitere Tour Bayern - Böhmen mit rund 300 km Länge im südlichen Euregio-Teil erweitert wird. Damit sollen die touristischen Qualitäten der Region nahegebracht und die Euregio Egreensis im wahrsten Sinne des Wortes „erfahrbar“ gemacht werden.

Beachtliche Resonanz

Um den grenzüberschreitenden Informationsaustausch zu intensivieren, hat die Euregio beispielsweise mit Partnern, wie etwa dem deutsch-tschechischen Informationszentrum IDOR, eine mehrteilige Hörfunkreihe über Projekte der deutsch-tschechischen Zusammenarbeit sowie einen Pilotfilm für einen „TV-Sprachkurs Tschechisch“ auf den Weg gebracht. Diese Projekte sind auf beachtliche Resonanz gestoßen.

Vor genau einem Jahr gab die Arbeitsgemeinschaft laut Dietel erstmals einen praktischen Faltplan über das gesamte Euregio-Gebiet heraus, „der uns in den ersten Wochen förmlich aus den Händen gerissen wurde“. Diese Veröffentlichung - ergänzt um zahlreiche nützliche Zusatzinformationen - führt dem Benutzer das eher abstrakte Gebilde „Euregio“ ganz plastisch vor Augen und zeigt, worum es in dieser „europäischen Region“ eigentlich geht. Für viele, die häufig grenzüberschreitend unterwegs sind, ist diese Faltkarte mittlerweile zum ständigen Begleiter geworden.

Berliner Signale

Durch die bevorstehende Umstellung des INTERREG-Programms erhoffe sich die

Euregio eine deutliche Verbesserung in der finanziellen Förderung, fuhr Dietel fort. In diesem Zusammenhang appellierte er sowohl an die Bayerische Staatsregierung als auch an die Abgeordneten, sich dafür einzusetzen, „dass dieses überaus sinnvolle Förderprogramm auch nach der jetzigen Förderperiode ab 2006 weitergeführt wird“. Die derzeitigen Signale vor allem aus Berlin ließen darauf schließen, „dass der konkrete Nutzen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nicht überall als so positiv und wichtig angesehen wird, wie hier vor Ort“.

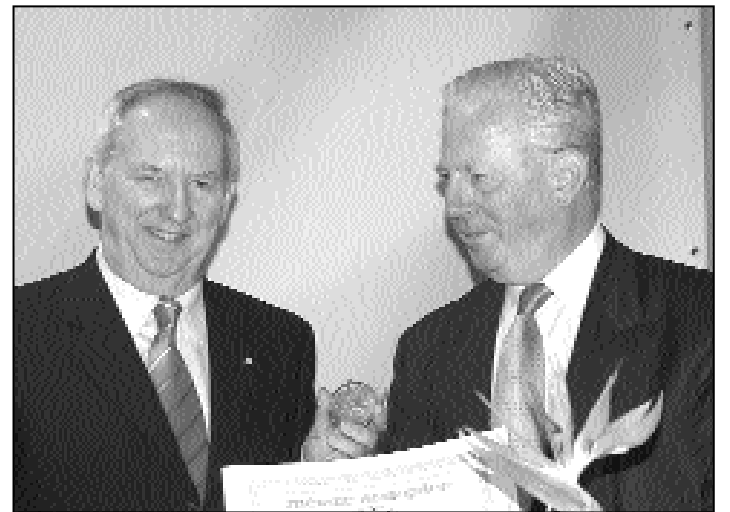
Verkehrsanbindung

Abschließend sprach Dietel den Aspekt „überregionale Verkehrsanbindung“ an. Derzeit sei zu beobachten, dass auf tschechischer Seite die Ost-West-Verkehrsverbindungen mit großem Nachdruck verbessert werden, „während bei uns so manche Maßnahme viel zu langsam vorwärts geht“.

Als Beispiel nannte der Vizepräsident die Ost-West-Verbindung zwischen der Autobahn A 9 und dem Grenzübergang Schirnding. Sicherlich könne man über die genaue Linienführung einer solchen Verbindung unterschiedlicher Meinung sein, bemerkte Dietel; es sei aber weitestgehend unbestritten, „dass die jetzige Situation für die EU-Erweiterung und die in den kommenden Jahren zu erwartenden Verkehrsbelastungen völlig unzureichend ist“.

Berechtigte Sorgen

Hier müssten schnellstmöglich die dringend nötigen Voraussetzungen geschaffen werden, damit diese Region auch tatsächlich den neuen Herausforderungen gerecht werden kann und nicht im Transitverkehr zu erstickern droht. Dietel: „Für die Menschen, die hier leben, aber auch für den Tourismus, der ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für diese Region ist, ist dies eine der Sorgen, die im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung immer wieder genannt werden.“ DK



Dr. Ingo Friedrich mit „mérite européen“ ausgezeichnet

Das CSU-Motto „Näher am Menschen“ verkörpert nach Ansicht des CSU-Bezirksvorsitzenden Joachim Herrmann in besonderer Weise der Spitzenkandidat der CSU für die bevorstehende Europawahl, Dr. Ingo Friedrich (Bild links). Sein Einstieg in die große Politik geschah nicht, ohne kommunalpolitische Erfahrung gesammelt zu haben. Und noch heute ist der Vizepräsident des Europäischen Parlaments als Mitglied des Kreistages von Weißenburg-Gunzenhausen mit diesen Wurzeln verbunden.

Anlässlich des Bezirksparteitages der CSU-Mittelfranken wurde er mit dem „mérite européen“, dem höchsten luxemburgischen Orden, ausgezeichnet. Die Insignien überreichte Dr. Jacques Santer, ehemaliger Präsident der Europäischen Kommission und früherer luxemburgischer Ministerpräsident. Santer und Herrmann bezeichnen Friedrich übereinstimmend als „einen der größten Europäer“. Nicht zuletzt in seinen Funktionen als Vizepräsident des Europäischen Parlaments und stellvertretender CSU-Vorsitzender trage er das „Projekt Europa“ im Sinne der Gründerväter und der friedensstiftenden Wirkung mit großem Erfolg weiter. Foto: Jürgen Langhammer

Bad Füssing:

Thermenlandschaft bekommt Zuwachs

Die mit 12.000 m² Wasserfläche größte Thermenlandschaft Europas in Bad Füssing wird jetzt noch größer. Derzeit entsteht in der Bad Füssinger Europa-Therme mit einem Kostenaufwand von 2,2 Millionen Euro ein zusätzliches Attraktionsbecken mit nochmals 200 m² Wasserfläche. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme erfolgt Ende Juni diesen Jahres.

Europas Thermalwasser-Paradies im Passauer Land mit seinen über 100 Thermalbecken wird stündlich mit 100.000 Liter frischem Heilwasser aus den drei Bad Füssinger Thermen gespeist. Weit über 10.000 Menschen könnten in den riesigen Badelandschaften mit viel Platz bequem gleichzeitig entspannen.

penförmigen Sitz- und Liegemöglichkeiten am südlichen Beckenrand. Außerdem stellt die Teilüberdachung des Außenbeckens auch eine Terrasse mit Liegeflächen dar, von der ebenerdig der oberste Liegebereich der treppenförmigen Absätze erreicht werden kann.

Pilotprojekt

Als bundesweites Pilotprojekt wird eine völlig neuartige Membranfiltrertechnik die Thermalwasserqualität optimieren. Durch den Erweiterungsbau ist der bestehende Betrieb im Innen- und Außenbereich in keiner Weise beeinträchtigt oder eingeschränkt. Insgesamt stehen jetzt mehr als 3000 m² Thermalwasserfläche in 18 unterschiedlichen Becken von 27° C bis 40° C an 365 Tagen des Jahres zur Verfügung. DK

Attraktionsbecken

Das neue Attraktionsbecken im südöstlichen Bereich des Freigeländes ist teilüberdacht. Gebaut wird ein L-förmiges Außenbecken (Wassertiefe 1,35 Meter) mit Luftsprudelliegen im überdachten und nicht überdachten Bereich, Sitzbänken im Grottenbereich mit Nacken- und Schulter-Massageschleiern, Beckensprudler, Whirl-Pool mit Sitzmöglichkeiten sowie trepp-

Münchner Rathaus-SPD:

Auch Illegale sollen Bildung und Gesundheitsversorgung erhalten!

Menschen, die in München illegal leben, sind keine Terroristen. Sie sind zum größten Teil legal eingereist und nach dem Ablauf ihres Aufenthaltsstatus geblieben oder im Rahmen des Familiennachzugs eingereist. Im Sozialausschuss beschloss die SPD zusammen mit Bündnis 90/Die Grünen und der FDP eine Reihe von Maßnahmen, die auch Illegalen den Zugang zu wichtigen Grundrechten gewährleistet.

Stadträtin Brigitte Meier, sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion: „Wir legen besonderen Wert auf die Unterstützung von schwangeren Frauen und den Zugang aller Kinder zu den Schulen. In diesem Punkt befinden wir uns in voller Übereinstimmung mit der deutschen Bischofskonferenz und dem Diözesanrat der Katholiken der Erzdiözese München und Freising.“

„Das, was wir maximal ma-

chen können, haben wir beschlossen“ stellt Stadtrat Theodoros Gavras nach der Sitzung fest. In den Regelungen soll der bestehende Spielraum ausgenutzt werden, ohne dass sich die Helferinnen und Helfer strafbar machen. „Die Strafen gegen Lohnbetrug erscheinen uns jedoch zu gering. Die Ausbeutung Illegaler führt zu Lohndumping und muss weit stärker kontrolliert und bestraft werden.“

„Bäderland Bayerische Rhön“

In Bad Bocklet ist die Arbeitsgemeinschaft „Bäderland Bayerische Rhön“ gegründet worden. Regierungpräsident Dr. Paul Beinhofer bezeichnete die Unterzeichnung der Gründungsvereinbarung als weiteren „Meilenstein“ zur Stärkung der Gesundheitsregion „Bäderland Bayerische Rhön“: „Ich sehe darin auch einen wichtigen Schritt, das Bäderland Bayerische Rhön durch die Bündelung der regional vielfältigen Angebote national und international als Bäder- und Gesundheitsregion, letztlich als Wohlfühlregion noch weiter bekannt und attraktiver zu machen“, so Beinhofer.

Die Regierung von Unterfranken werde die Profilierung der Gesundheitsregion - wie in der Vergangenheit - auch weiterhin auf allen Ebenen unterstützen.

Synergieeffekte nutzen

Die Arbeitsgemeinschaft hat die Profilierung der beiden Landkreise Bad Kissingen und Rhön-Grabfeld mit den Kurstädten Bad Kissingen, Bad Bocklet, Bad Brückenau, Bad Neustadt und Bad Königshofen als Gesundheits- und Bäderregion nach innen und außen zum Ziel. Dabei sollen, ausgehend von den Einzelstärken der fünf Kurorte, Synergieeffekte genutzt, Aktivitäten koordiniert und innovative Maßnahmen entwickelt und umgesetzt wer-

den. Zu den gemeinsamen Aufgaben zählen insbesondere die Koordination gemeinsamer Maßnahmen im Kur- und Tourismusbereich, abgestimmte Messebeteiligungen und abgestimmte Interessenvertretung in Verbänden, Vereinbarung von Partnerschaften im In- und Ausland, sowie Entwicklung und Darstellung der Gesundheitsregion in einer gemeinsamen Plattform.

Zusammensetzung

Die Arbeitsgemeinschaft setzt sich aus den Vertretern der genannten Kommunen, sowie der dortigen Kur- und Staatsbadbetriebe zusammen. Die Geschäftsstelle ist beim Rhön-Saale-Gründerzentrum, Bad Kissingen, angesiedelt. DK

Markt Roßtal feiert 1050 Jahre

Der Frühsommer des Jahres 2004 hat es in Roßtal in sich. Roßtal feiert Geburtstag. Bereits im Jahre 954 wird Roßtal als befestigte Stadt benannt. Die Roßtaler Burganlage gehört in unserer Region zu den bedeutendsten und besterforschtesten frühmittelalterlichen Anlagen. Früher als alle anderen Gemeinden des heutigen Landkreises wurde Roßtal mit Stadt- und Marktrechten ausgestattet. Der mehr als 10.000 Einwohner umfassende Markt Roßtal feiert einen ganzen Sommer lang seinen offiziellen 1050. Geburtstag.

Am 17. Juni vor 1050 Jahren fand die in der Urkunde des Mönches Widukind von Corvey erwähnte „Schlacht um die urbs horsadal“ statt. Deshalb findet am 17. Juni 2004 um 19.30 Uhr auf dem Marktplatz eine Festveranstaltung statt, zu der sich auch der Bayerische Innenminister angesagt hat. Am 20. Juni veranstalten den ganzen Tag über Vereine und Kirche, Bürger für Bürger, ein großes Marktplatzfest mit vielen Attraktionen und kulinarischen Genüssen, musikalischen Aufführungen und sportlichen Darbietungen, historischen Führungen und einer Fülle von Informationen rund um den Marktplatz und die historische Laurentiuskirche.

Am 26. Juni um 21.00 Uhr kommt es zu einer Aufführung von Carl Orffs Carmina Burana auf dem historischen Marktplatz. Karten gibt es bereits im Vorverkauf an der Marktkasse und bei den Kreditinstituten in Roßtal.

Am 10. und 11. Juli schließlich steht Roßtals Oberer Markt, die ehemalige „urbs horsadal“ ganz im Zeichen der Historie: mittelalterliches Handwerk wird vorgeführt, Handwerksgegenstände können selbst hergestellt oder zusammen mit den Handwerkern gefertigt werden und natürlich ist das eine oder andere auch zu kaufen. So nah an der historischen Wirklichkeit wie möglich so lautet das Konzept der „Archäologie zum Anfassen“. Bewusst verzichtet man in Roßtal auf die üblichen und allseits bekannten „historischen Märkte“, nicht verzichten will man aber auf eine möglichst nahe unmittelbare Begegnung mit der Geschichte. DK

Ehrevoller Abschied von Landrat Dr. Anton Dietrich

Ministerpräsident Stoiber und Innenminister Beckstein würdigten den Verstorbenen/Im Landkreis Dillingen erklangen alle Kirchenglocken

Dillingen (jdt). Über 2000 Trauergäste nahmen am 29. April auf dem Dillinger Friedhof Abschied von dem im Alter von 61 Jahren gestorbenen Dillinger Landrat Dr. Anton Dietrich. Er war nach längerer schwerer Krankheit, jedoch unerwartet im Klinikum Großhadern, wohin er sich zu einer Routineuntersuchung begeben hatte, einem Herz- und Kreislaufversagen erlegen.

Dr. Dietrich, der seit 26 Jahren an der Spitze der Dillinger Landkreisverwaltung stand, gehörte zu den dienstältesten Landräten des Freistaates. Seit 1996 wirkte er als Vorsitzender des Bezirksverbandes Schwaben des Bayerischen Landkreistages. Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus ganz Bayern und darüber hinaus würdigten seine großen Verdienste um seinen Heimatlandkreis, Schwaben und Bayern.

In seinem Beileidsschreiben an Ulrike Dietrich, die Witwe des Politikers, den Sohn Ralph und die Tochter Gundula, betonte der bayerische Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber: „Ich habe Anton Dietrich persönlich und politisch gleichermaßen hoch geschätzt!“

Kraftvoller Einsatz

Stoiber hob hervor, Dr. Dietrich sei als Landrat mit ganzer Kraft und bewunderungswürdigem Engagement für seine Mitbürgerinnen und Mitbürger und seinem Landkreis im Einsatz gewesen. Von dem Dillinger Landrat sei auf dem gesamten Arbeitsfeld der Infrastruktur des Landkreises Modernisierung und Optimierung vorangetrieben worden: „Vieles von dem, was wir für ganz Bayern anstreben, hat er verwirklicht oder in die Wege geleitet.“

Keine Reden am Grab

In der überfüllten Basilika St. Peter Dillingen fand der Auferstehungsgottesdienst für Landrat Dr. Dietrich statt. Schon bei seinen runden Geburtstagen oder Dienstjubiläen hatte er keine Festansprachen zugelassen und wiederholt staatliche Auszeichnungen oder Ehrungen abgelehnt, nach seinem Prinzip: „Ich bin ohne Orden geboren und werde ohne Orden sterben“.

In Absprache mit der Familie Dietrich gab es, in Respektierung dieser inneren Ausrichtung des nun Gestorbenen, auch am Grab keine Reden, sondern im Requiem außer der Ansprache von Regionaldekan Monsignore Gottfried Fellner nur einen einzigen Nachruf von Innenminister Dr. Beckstein.

Bauernhofmuseum Jexhof mit neuem Angebot

Bei einem Pressegespräch stellte das Bauernhofmuseum Jexhof sein neues museumspädagogisches Angebot vor. Es steht unter dem Motto „Erlebnis Museum - Tradition & Natur hautnah erleben“.

Das seit 1996 bestehende, stark nachgefragte Programm, wurde dabei in Zusammenarbeit mit Lehrkräften, einer Erzieherin, einer Vertreterin des Vereins Mensch und NaTour e. V. und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Jexhofes grundlegend überarbeitet und erweitert.

Bei den Aktionstagen „Bauernarbeit früher“, „Erdäpfel und Butter“, „Vom Getreide zum Brot“ und „Ein Waschtage früher“ erleben die Schülerinnen und Schüler die Lebens- und Arbeitsbedingungen auf dem Land in früheren Zeiten. Neu hinzugekommen ist das Angebot für Kindergartengruppen „Entdecken und Spielen mit dem Jexhörnchen“, das die

Den Auferstehungsgottesdienst feierten 29 katholische und evangelische Pfarrer. Hauptzelebrant war Domkapitular Monsignore Konrad Hölzl, Augsburg. Unter der Gesamtleitung von Georg Halbig gestalteten das Requiem mit die Dekanatschöre, Bläser, der St. Bonaventura-Schulchor und die Solistin Maria Fey.

In seiner Traueransprache würdigte der stellvertretende Ministerpräsident Dr. Beckstein den jahrzehntelangen Dienst Dr. Dietrichs für das Gemeinwohl: „Er hat Großes geleistet“. Er selbst, Beckstein, verliere mit dem Dillinger Landrat „einen Weggefährten, der fachlich wie menschlich vom Feinsten war“.

Beruflicher Werdegang

Der Repräsentant des bayerischen Kabinetts umriss den beruflichen Werdegang Anton Dietrichs, vom Regierungsassessor bei der Regierung von Schwaben und juristischen Staatsbeamten beim Landratsamt Günzburg zu wachsender großer politischer Verantwortung. Von 1974 bis 1978 Mitglied des Bayerischen Landtages, sei vor 26 Jahren die Wahl zum Landrat von Dillingen erfolgt.

Er selbst habe oft „vom schönsten Amt, das Bayern zu vergeben hat“, gesprochen. Der Staatsminister bekannte: „Dietrich hat für mich stets einen Landrat verkörpert, wie er sein soll: einsatz- und entscheidungsfreudig, dabei vorausschauend und stets orientiert am Wohl der Bürgerinnen und Bürger, kein bloßer Verwalter, sondern immer ein Gestalter“.

Unverwechselbares Profil

Ein zentrales Anliegen gewesen sei es Dr. Dietrich, den Landkreis Dillingen zum „Bildungslandkreis Nr. 1 in Bayern“ zu gestalten, fügte Dr. Beckstein hinzu. Dabei erwähnte er die Lehrerkadademie in Dillingen, mit ihrem internationalen Ansehen, das Bildungszentrum für Umweltschutz in Lauingen, weitere Projekte und den Tatbestand, dass mit zahlreichen Maßnahmen auch im Sozialen und der Kultur entscheidende

Akzente für die positive Entwicklung des Landkreises gesetzt worden seien. Hervorgehoben wurde der Einsatz im Landtag und dann auch im Bezirkstag, wo er von 1998 bis



Dr. Anton Dietrich

2003 als Vorsitzender der CSU-Fraktion wirkte. Der stellvertretende Ministerpräsident stellte heraus, Dr. Dietrich sei eine allseits anerkannte Persönlichkeit mit unverwechselbarem Profil gewesen: fachlich kompetent, warmherzig, hilfsbereit, ausgehend und großzügig und humorvoll: „Wir verlieren mit ihm eine starke, charaktervolle Persönlichkeit mit großer Ausstrahlung und Charisma.“

Im Erfolg seiner Arbeit und in der Erinnerung seiner Familie und seiner Freunde wird er in unserer Mitte weiterleben“. Der Familie versicherte Dr. Beckstein, dem Dillinger Landrat - der bis zuletzt tapfer und be-



Vordere Reihe: Landrat Glauber, Regierungspräsident Angeber, Bezirksstagsvizepräsident Kotschenreuther, Oberbürgermeister Stumpf und der Forchheimer Sparkassenchef Dr. Maier.

Wanderausstellung „Oberfranken bewegt“

Forchheim (fpo) - Oberfranken ist die Aufsteigerregion Deutschlands im 21. Jahrhundert mit der drittgrößten Industriedichte. Diese und weitere interessante Daten und Informationen sind einer Wanderausstellung „Oberfranken bewegt“ zu entnehmen, die der Regierungspräsident von Oberfranken, Hans Angerer, im Schalterraum der Sparkasse Forchheim eröffnete.

„Oberfranken bewegt“ ist auf zwölf großformatigen Displays und acht Diasäulen unter folgenden Gesichtspunkten dargestellt: Brücke zu neuen Nachbarn (mit Blick auf die EU-Osterweiterung), Wirtschaft im globalen Wettbewerb, Kulturregion von europäischem Rang, Wissenschaft und Bildung, Region höchster Freizeit- und Lebensqualität, Geschichte und Tradition.

Kräfte bündeln

An dem Eröffnungsakt nahmen auch Persönlichkeiten der IHK und aus der Kommunalpolitik teil. Man will die vorhandenen Kräfte bündeln, aktivieren

schwere Krankheit angekämpft habe - sei ein treues und ehren- des Andenken sicher.

Gegen „Ohne-Mich-Mentalität“

Der Dillinger Stadtpfarrer, Regionaldekan Gottfried Fellner, würdigte Dr. Dietrichs Verwurzelung in der Familie, in der Heimat und im Glauben und seinen bedingungslosen Einsatz für das Gemeinwohl, im Miteinander und Füreinander, für einen menschlichen Umgangstil. Dr. Dietrich habe immer wieder betont, dass eine gründliche Wandlung der gängigen Mentalität nötig sei. Alle müssten mehr darüber nachdenken, „was sie für die Allgemeinheit tun können, als darüber, was die Allgemeinheit für sie tun kann“. Der frühe Tod des Dillinger Landrates sei, so Fellner, eine Aufforderung, in seinem Sinne den Kampf für das Gute und gegen die Ohne-Mich-Mentalität zu riskieren.

Weise vom „Guten Kameraden“

Während der Beerdigung von Dr. Dietrich wurden um 10.30 Uhr als Zeichen der Trauer und des Dankes alle Glocken der christlichen Pfarreien im Kreis Dillingen geläutet. Am Grab erklang die Weise vom „Guten Kameraden“.

Beileidsbekundungen zum Tod von Dr. Dietrich trafen von kirchlichen Würdenträgern und Politikern aus dem In- und Ausland ein, u. a. auch aus Polen. Der Augsburger Bischof Viktor Josef Dammertz dankte für Dietrichs „aufrechte christliche Grundhaltung“ und u. a. für seine Initiative zur Stiftung des international stark beachteten „Europäischen St. Ulrichs-Preises“ von Stadt und Landkreis Dillingen.

Mittelfränkischer CSU-Bezirksparteitag in Erlangen:

„Für ein starkes Franken in Europa“

Erlangen (pmw). Unter dem Motto „Für ein starkes Franken in Europa“ stand der mittelfränkische CSU-Bezirksparteitag in Erlangen. Nach Ansicht des CSU-Bezirksvorsitzenden Joachim Herrmann dürfe Franken die enormen Chancen durch die EU-Osterweiterung nicht verkennen: „Franken liegt dann im Zentrum Europas mit einem Binnenmarkt, der mehr als 450 Millionen Menschen umfasst“.

Und Mittelfranken habe hier eine ausgesprochen gute Ausgangsposition: Nach einer Studie des Kölner Professors Rolf Sternberg liegt Mittelfranken auf Platz drei von 40 Regionen in Deutschland, die als beliebteste Standorte für Unternehmensgründer ausgewiesen sind. „Diese Aufbruchstimmung verbindet unsere Heimat mit den Beitrittsländern aus Mittel- und Osteuropa“, so Herrmann.

Während Bayern trotz unumgänglicher Sparmaßnahmen in die Bereiche Bildung, Wissenschaft und Familie investiere, habe die rot/grüne Bundesregierung Deutschland in die tiefste Strukturkrise seit 1949 getrieben. Der CSU-Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag: „In Deutschland geht nicht die Arbeit aus, sondern sie läuft uns weg“.

Flexibilisierung verschlafen

SPD und Grüne hätten einerseits die notwendige Flexibilisierung der Arbeitsmärkte verschlafen und traktierten andererseits die Menschen, die Wirtschaft und die kommunalen Gebietskörperschaften mit immer neuen Vorschriften, Auflagen und finanziellen Belastungen.

Als Beispiel nannte Herrmann die Umsetzung von „Hartz IV“, also die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe: „Hier sollten ursprünglich die Kommunen entlastet werden, jetzt muss aber mit einer Belastung von mehr als 500 Millionen Euro gerechnet werden“. Dies zeige erneut, dass eine bundesweite grundlegende Reform der Kommunalfinanzen notwendig ist, um den Städten, Gemeinden und Landkreisen eine berechenbare Existenzgrundlage zu sichern.

Für das Wegbrechen kommunaler Einnahmen und das Aufbürden immer neuer Aufgaben und Ausgaben machte Herrmann die Bundesregierung verantwortlich: „Ganz im Gegensatz zum Freistaat Bayern sind die Städte, Gemeinde und Landkreise die ungeliebten Stiefkinder von Rot/Grün“, so der CSU-Bezirksvorsitzende.

In einem Leitantrag fordert die CSU-Mittelfranken eine sinnvolle Verwaltungsreform, die nicht zu Lasten der Bür-

gernähe und nicht zu Lasten des ländlichen Raumes gehen dürfe. Weniger Reglementierung und die Abschaffung überflüssiger Vorgaben und Verwaltungsvorschriften sind Kernpunkte des Antrages. Gefordert werden zudem eine weitere Dezentralisierung und Investitionen in Zukunftsprojekte in Mittelfranken.

Ein weiterer Leitantrag unter dem Titel „Für ein starkes Franken in Europa“ fordert unter anderem den weiteren Ausbau der Infrastruktur. „Mit den jetzigen Verkehrswegen werden wir als unmittelbarer Nachbar der neuen Mitglieder der EU und stark belastetes Transitland den zu erwartenden enormen Verkehrszuwachs nicht bewältigen können“, so Herrmann. „Bayern habe einiges an Vorleistungen erbracht, jetzt sei Berlin am Zug“.

Richtungsentscheidung

Eine „echte Richtungsentscheidung“ nannte der CSU-Bezirksvorsitzende die bevorstehende Europawahl. „Wollen wir ein Europa der Bürgernähe oder der Kompetenzanmaßung, ein Europa der Werte oder lediglich eine Freihandelszone ohne politische Visionen? Wollen wir in einem Europa der Freiheit, der Stabilität und des Wohlstandes leben, oder werden die Menschen bei der Erwähnung des Wortes ‚Europa‘ künftig unwillkürlich vor allem an bürokratische Lähmung denken?“

Wie Joachim Herrmann sprach auch CSU-Spitzenkandidat Dr. Ingo Friedrich von einer Richtungsentscheidung. Zugleich böte die Wahl am 13. Juni die Gelegenheit, die „rote Karte für Berlin“ zu zeigen.

Dr. Jacques Santer, ehemaliger Präsident der Europäischen Kommission und früherer Ministerpräsident von Luxemburg, forderte als Gastredner die Fortführung des „Projektes Europa im Sinne der Gründerväter und als Einsatz für dauerhaften Frieden“.

In einer notwendig gewordenen Nachwahl wurde die mittelfränkische FU-Bezirksvorsitzende Christina Diener als neue stellvertretende CSU-Bezirksvorsitzende gewählt, nachdem die bisherige Amtsinhaberin Beate Besten nach Unterfranken verzogen ist.

Finanzielle Förderung für Kliniken Oberallgäu gGmbH

Oberallgäu (kae). Die Kliniken Oberallgäu gGmbH erhält für den 2. Bauabschnitt der Sanierung ihres Krankenhauses in Immenstadt einen Förderbetrag für das Jahr 2004 in Höhe von 1,22 Millionen Euro. Dies geht aus einem aktuellen Schreiben der Regierung von Schwaben an Klinikengesellschaft und Landkreis hervor.

Nachdem im Rahmen eines ersten Bauabschnittes bereits vor einigen Jahren ein Teil der Pflegezimmer und die Funktionsräume saniert worden waren, geht es nun beim zweiten Bauabschnitt um die restlichen Pflegezimmer und vor allem um die neue gynäkologische/geburtshilfliche Station.

Mit dem Abschluss dieses 2. Bauabschnittes ist zum Ende des Jahres 2004 auch die Gesamtsanierung des Hauses in Immenstadt abgeschlossen. Dann werden dort folgende Abteilungen vorgehalten: Innere Abteilung, Chirurgische Abteilung, die zen-

trale Anästhesie-Abteilung, eine Intensiv-Station sowie eine HNO- und Augen-Abteilung. Auch die zentrale gynäkologische/geburtshilfliche Station mit ca. 35 Betten für den gesamten südlichen Landkreis ist dann in Immenstadt.

Der Bauabschnitt 2 wird vom Freistaat mit 7,57 Millionen Euro gefördert. Ausbezahlt wurden allerdings bisher nur 1,795 Millionen Euro; trotz der jetzt zugesagten Förderrate hat die Kliniken Oberallgäu gGmbH damit einen enormen Anteil der Kosten selbst vorzufinanzieren.

Familienfreundlicher Landkreis Bamberg

„Der Landkreis Bamberg - ein familienfreundlicher Landkreis“, so definiert der Familienausschuss das Ziel seiner Arbeit. Vorrangig widmet er sich der Aufgabe, flächendeckende Betreuungsangebote für Kinder von berufstätigen Eltern zu schaffen. Die dazu gebildeten Projektgruppen stellten in der jüngsten Sitzung des Familienausschusses ihre Ergebnisse und weitere Planungen vor.

Die Projektgruppe, die sich mit der Idee befasst, „unbesetzte Kindergarten-Gruppen oder Schulräume für Mittags- bzw. Ganztagsbetreuung zu nutzen“, leistete Grundlagenarbeit und ermittelte, welche Angebote der Kinderbetreuung es in den einzelnen Landkreisgemeinden aktuell gibt. Die Ergebnisse sollen nunmehr auf den Internetseiten des Kreisjugendamtes veröffentlicht werden, damit sich Familien zum Beispiel bei der Wohnortsuche über Betreuungsangebote vor Ort informieren können.

Familienförderpreis

Im Herbst 2003 hatte der Jugendhilfeausschuss beschlossen, einen Familienförderpreis des Landkreises mit dem Titel „FAMILY & Co. KG“ auszuloben. Die Projektgruppe nahm die nähere Ausgestaltung vor: Erstellung eines Fragebogens an die Bewerber, Festlegung des Zeitplanes, Entwicklung eines Slogans, Umfang und Gestaltung der Auszeichnung. Damit keine Verwechslung mit dem derzeit laufenden Frauen-Förderpreis des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen entsteht, befürworteten die Ausschussmitglieder den Vorschlag, den Startschuss für den Wettbewerb erst für den Herbst 2004 vorzusehen und die Preisverleihung im Juni 2005 vorzunehmen.

Im Hinblick auf die Betreuungsangebote am Landratsamt für „Amtskinder“ wird derzeit

geprüft, ob eine Kooperation mit den „Krabbelmonstern“ vom Studentenwerk Bamberg möglich ist. Zu der Projektidee, Gemeinden zu motivieren, mit Kindergärten die Ferienbetreuung von Kindern durch zeitversetzte Schließzeiten der Einrichtungen zu vereinbaren, stellte Bürgermeister Zipfel das Modell in Schlüsselfeld vor. Die Ausschussmitglieder empfahlen, für das Modell im Rahmen einer Bürgermeister-Dienstversammlung zu werben.

Projektgruppe

Eine Projektgruppe beschäftigt sich damit, wie man Beratungsstellen an Schulen und Kindertageseinrichtungen einrichten kann. Solche Beratungsstellen könnten Bindeglied sein zwischen Kindertagesstätte, Schule und Familie. Durch Eltern- bzw. Infoabende oder auch sog. Familientage könnten Hilfestellungen zu speziellen Themen des erzieherischen Alltags gegeben und Präventionsarbeit geleistet werden.

Im Rahmen der Jugendhilfeplanung wird das Kreisjugendamt beim Planungsteilbereich „Förderung der Erziehung in der Familie“ dazu eine ausführliche Bedarfsfeststellung vornehmen.

Schließlich wurden konzeptionelle Überlegungen bezüglich der Einrichtung von sog. integrierten Eltern-Kind-Gruppen in Gemeinde-Netzwerken angestellt. Wichtig erschien den Projektmitgliedern, dass Familien mit Kindern von

sechs Monaten bis dreieinhalb Jahren in bereits bestehende gemeindliche Eltern-Kind-Gruppen integriert werden, um auch schon für die Kleinsten eine Form der Betreuung anbieten zu können und jungen Eltern frühzeitig Kontaktmöglichkeiten zu verschaffen.

Eltern-Kind-Gruppen

Im Landkreis gibt es bereits 152 Eltern-Kind-Gruppen, die unter der Trägerschaft der jeweiligen Pfarrei stehen. Im Einzelnen soll noch geprüft werden, wie junge Familien



Die Landshuter City mit Blick auf das Wahrzeichen St. Martin.

Ausstellungseröffnung in Landshut:

„800 Jahre Altbayern im urbanen Spiegel“

Ministerpräsident Edmund Stoiber eröffnete am 1. Mai die Ausstellung „Landshut - 800 Jahre Altbayern im urbanen Spiegel“ in der Residenz Ludwigs X. In der Jubiläumsausstellung wird die Geschichte der Stadt Stück für Stück, Raum für Raum rückwärts erzählt. Die Ausstellung, die bis Ende kommenden Jahres geöffnet ist, holt den Betrachter in der Gegenwart ab und führt ihn zurück zu den mittelalterlichen Anfängen und darüber hinaus in die Tiefe vorgeschichtlicher Zeit.

Im Deutschen Bau, dessen Sanierung pünktlich zum Jubiläum abgeschlossen wurde, werden über 800 Objekte gezeigt - ausgewählte Kunstwerke und Artefakte von den Anfängen über alle acht Jahrhunderte (1204 bis 2004) der Stadt hinweg. Zahlreiche Werke werden erstmals präsentiert, andere erscheinen nach sorgfältiger Restaurierung in neuem Glanz.

Vielfältiger Bilderbogen

In wunderbaren Exponaten breitet die Ausstellung laut Edmund Stoiber die reiche Geschichte der Stadt vor dem Betrachter aus. In einem vielfältigen und informativen Bilderbogen bietet sie einen Rückblick auf acht Jahrhunderte Stadtgeschichte, die über weite Strecken aufs Engste verwoben sei mit der Geschichte Altbayerns. Diese Retrospektive führe eindrucksvoll vor Augen: „Landshut ist ein Juwel, ein Schmuckstück, auf das die Bürgerinnen und Bürger der Stadt und auf das wir alle in Bayern stolz sein können!“

Landshut, so Stoiber weiter, sei mehrfach bayerische Residenzstadt gewesen, eine Stadt der Künste und der Wissenschaften. Sie sei eine Stadt des Handels, des Gewerbes, der Verwaltung und die Stadt, in der schon immer ein selbstbewusstes Bürgertum zu Hause ist.

Die Ausstellung über 800 Jahre Stadtgeschichte schärfe den Blick für Geschichte. Zugleich mache sie aber auch deutlich, „dass es Menschen waren und sind, und nicht Häu-

am besten in dieses bestehende Netz eingebunden werden können.

Erfreuliche Ergebnisse

Über die bisher erzielten Ergebnisse und das damit verbundene Engagement zeigten sich die Ausschussmitglieder sehr erfreut. Es wurde vereinbart, dass die Projektgruppen an ihren Projektvorhaben weiterarbeiten und weitere Ergebnisse in der nächsten Ausschusssitzung vortragen.

Darüber hinaus wurde festgelegt, dass die Arbeit des Familienausschusses mit der Planung des Bereiches „Förderung der Erziehung in der Familie“ des Unterausschusses Jugendhilfeplanung verknüpft wird, wovon man sich positive Synergieeffekte erwartet. **DK**

„Europa: Visionen - Realität - Finalität“

Europa-Union Unterfranken tagte in Würzburg

Die Europa-Union Unterfranken (EU-UFR) hatte in den Ratsaal von Würzburg unter dem Motto „Europa: - Visionen - Realität - Finalität“ zum Europatag 2004 eingeladen. Die gesamte Führungsspitze der EU-UFR mit 1. Vorsitzenden Hubert Klebing (Laufach-Hain), seinen Stellvertretern Edgar Hirt (Hammelburg), Edgar Schuck (Niederwerrn) und Anton Halbach (Würzburg) war angetreten, um angesichts der EU-Erweiterung am 1. Mai 2004 und der Wahl des 6. Europäischen Parlamentes im voll besetzten Ratsaal einen Rechenschaftsbericht über die Arbeit der EU-UFR in den letzten Jahrzehnten zu geben und von der weiteren Entwicklung zu sprechen.

Wolfgang Hugo, Frankreich-Experte der EU-Würzburg, deutete die letzten Entwicklungen des deutsch-französischen Verhältnisses als „Motor der Europäischen Union“ und Bürgermeister Dr. Adolf Bauer, gleichzeitig 2. Vorsitzender der EU-Würzburg, sprach über „Würzburg als Europastadt“.

Europa-Pionier

Im Hauptreferat erinnerte Anton Halbach an den Würzburger Europa-Pionier Michael Meisner, der das Absägen der deutsch-französischen Zollschranke von Germanshof nach dem 2. Weltkrieg entscheidend gefördert hatte, ebenso an die Frieden stiftenden Taten der Jung-Europäer von damals mit Edgar Hirt an der Spitze.

Trotz aller Erfolge müsse die Europa-Union wachsam bleiben. Halbach kritisierte Polens hastige Garantie der Steuerfreiheit für deutsche Unternehmen:

„Goldenen Boden“ in Landshut.“

Finanzminister Kurt Faltlhauser bezeichnete den grundlegend sanierten Deutschen Bau der Stadtresidenz als neues Glanzlicht in Landshut. Der zur Altstadt orientierte Komplex, mit dem Herzog Ludwig X. 1536 seinen spektakulären Residenzneubau begann, trete in eine neue Nutzungsphase.

Herzstück restauriert

In die Sanierung des Deutschen Baus investierte der Freistaat Bayern 3,27 Mio. Euro. Damit wurde auch der Deutsche Saal als Herzstück des Gebäudetrakts restauriert. Landshut, so Faltlhauser, gewinne damit einen besonders attraktiven und hochwertigen Veranstaltungssaal mitten in der Stadt hinzu. Die Museumsräume wurden grundlegend saniert und den Anforderungen eines modernen Museums entsprechend technisch ausgerüstet. Gleichzeitig mit der Neugestaltung des Haupttreppenhauses wurde die Infrastruktur geschaffen, um alle Geschosse optimal und behindertengerecht zu erschließen.

„Museumsquartett“

Laut Oberbürgermeister Josef Deimer zeichnet sich das in den Jahren herangewachsene Museums- und Kulturkonzept der Stadt Landshut gleichermaßen aus durch Dezentralität und Vielschichtigkeit. 180.000 Besucher in den vergangenen Jahren signalisierten schon jetzt einen Erfolg des Konzepts; nun sei ein „Museumsquartett“ vollendet aus Skulpturenmuseum, Heilig-Geist, Kreuzgang und eben der Residenz.

Dennoch, so Deimer weiter, gebe es ein gewünschtes Herzstück: einen Museumsneubau, dessen Finanzierung allerdings vorerst nicht in Sicht ist. Trotzdem sollte man diesen Wunsch nicht aufgeben, so Deimer, denn: „Wir brauchen neue Träume. Visionen sind erlaubt, weil sie der Beginn der Realität sind.“ **DK**

Hochwasserschutz:

Besonderer Stellenwert in der Oberpfalz

Bei einer Veranstaltung des Wasserwirtschaftsamts Amberg zum „Weltwassertag 2004“ in Bruck in der Oberpfalz verwies Umwelt-Staatssekretärin Emilia Müller auf den besonderen Stellenwert, den der Hochwasserschutz in der Region genieße. Mit zusätzlichen Hochwasserpegeln und Niederschlags-Abflussmodellen sei bereits vor dem Augsthochwasser 2002 die Hochwasservorhersage entscheidend verbessert worden.

Für ein Hochwasserschutzkonzept der Stadt Nittenau wurden darüber hinaus bereits im Dezember 2003 Zuschüsse in Höhe von 75 Prozent in Aussicht gestellt. Auch das Planungskonzept für den Sulzbach, der neben Nittenau Bruck und Bodenwörth durchfließt, könne gefördert werden, so Emilia Müller. **DK**

Festhalten am Programm

Die Staatssekretärin bekräftigte, dass Bayern am Aktionsprogramm 2020 festhalte und auch die Hochwasserschutzmaßnahmen der Kommunen an kleinen Gewässern weiter fördern werde.

Kleine Gewässer als Basis

Müller: „Effektiver Hochwasserschutz beginnt bei den kleinen Gewässern.“ Die Wasserwirtschaftsverwaltung werde die Rückhaltung von Hochwasser und die Gewässerrenaturierung als Teil des vorbeugenden Hochwasserschutzes in der Region weiter vorantreiben.

Das Umweltministerium habe deshalb die Renaturierung des Sulzbachs bei Bruck mit 70 Prozent bezuschusst und mit fast 100.000 Euro den Rückbau und die Umgestaltung einer rund 2 Hektar großen Teilfläche der Angerinsel im Regen mitten im Herzen von Nittenau, so Emilia Müller. **DK**

Eichstätt Spitze in Demografie-Studie

Das oberbayerische Eichstätt hat unter allen deutschen Kreisen die besten Zukunftsaussichten. Zu diesem Ergebnis kommt die Demografie-Studie „Deutschland 2020“ des Berlin-Instituts. Eichstätt zeichne eine hohe Kaufkraft, eine niedrige Arbeitslosigkeit und ein „exzellentes“ Lehrstellenangebot aus.

Unter den 20 zukunftsfähigsten Kreisen befinden sich neben Eichstätt zwölf weitere aus Bayern, darunter Erding und Freising. Der Region Oberfranken wurde dagegen eine schlechte Zukunftsfähigkeit attestiert. **DK**

Leserbrief an die GZ

Mohr-Villa-Diskussion und Grundsätzliches zu den Bezirksausschüssen:

Einfluss um jeden Preis?

„Sehr geehrte GZ-Redaktion,

zunächst möchte ich mich ganz herzlich für Ihren gelungenen Beitrag über die Freimann-Mohr-Villa bedanken. Fast zeitgleich mit dessen Erscheinen fand eine Bezirksausschuss-Sitzung statt, die mehrere Dutzend Mitglieder zu einer Solidaritätskundgebung an die Adresse ihres Vorstands und der Geschäftsführung nutzten, nachdem SPD-Stadtpolitiker, allen voran der Bezirksausschussvorsitzende Werner Lederer-Piloty, den Verein zuletzt stark kritisiert hatten. Die leidige Wichtigkeit in Freimann ist kein Einzelfall. Immer wieder versteigen sich die Bezirksausschüsse in Sachgebiete, für die sie nicht zuständig und auch nicht kompetent sind. Mit dem vorgeschobenen Argument der kommunalen Selbstverwaltung versuchen sie, sich in Szene zu setzen. Die rechtliche und politische Situation der Bezirksausschüsse stellt sich für mich wie folgt dar:

In jedem der 24 Münchner Stadtbezirke ist ein Bezirksausschuss eingerichtet. Diese Bezirksausschüsse sind unterschiedlich groß, wie auch die Stadtbezirke uneinheitlich in der Größe sind. In den kleinen innerstädtischen Bezirken wie Altstadt-Lehel oder Ludwigsvorstadt „bestimmen“ weniger als 20 Bezirksausschussmitglieder „die Geschicke“ des Stadtteils, in großen Bezirken wie Milbertshofen-Hart oder Schwabing-Freimann, die sich von der Bevölkerungszahl mit so mancher großen Kreisstadt messen können, arbeiten um die 30 Stadtviertelpolitiker.

Die Münchner Bezirksausschüsse sind ein kommunalverfassungsrechtliches Unikum, in denen sich maximale demokratische Legitimation mit minimalen Gestaltungsmöglichkeiten vereinigen. Die Mitglieder werden gleichzeitig mit den Stadträten der Landeshauptstadt München nach dem gleichen Wahlmodus der für Stadtrats- oder Gemeinderatswahlen gilt direkt auf sechs Jahre vom Wahlvolk des jeweiligen Stadtbezirks gewählt, das Gremium selbst hat aber praktisch keine nennenswerten Kompetenzen.

Man könnte die Bezirksausschüsse mit dem kleinen Trickfilm Nemo vergleichen, der eine kräftige, gesunde Flosse hat (Direktwahl) und eine kleine verkrüppelte, aber gleichviel ein Maximum an Rabbatz macht, um mit den normalen Fischen mithalten zu können.

Wie verstümmelt die zweite Flosse ist, zeigt sich vor allem daran, dass die Bezirksausschüsse kein Budgetrecht haben - und das Budgetrecht ist nun mal das Kronrecht jedes parlamentarischen Gremiums. Außerdem ist ein Gremium eigentlich ein zahloser Tiger, das weder über seine Einnahmen noch seine Ausgaben souverän bestimmen kann.

In der Tat haben die Bezirksausschüsse nur zwei Finanztöpfe, über die sie verfügen können:

• Einen Topf mit Zuweisungen für Verwaltungsaufgaben, aus dem sie die Kosten für den laufenden Geschäftsbetrieb des Ausschusses decken. Das sind Peanuts, nachdem alle administrative Arbeiten des Gremiums (die nicht wenig ist) durch von der Landeshauptstadt München unterhaltene Geschäftsstellen erledigt werden.

• Einen Topf mit Mitteln, welche die Stadt München nach einem Pro-Kopf-Schlüssel für die Unterstützung örtlicher Vereinigungen und Initiativen zur Verfügung stellt. Dabei entscheidet die Stadt alleine, wie viel Geld pro Jahr zur Verfügung gestellt wird, der Bezirksausschuss regelt nur die Verteilung. Hier hat die Stadt aber kein „frisches Geld in die Hand genommen, sondern sich schlicht aus der Förderung von Stadtviertelaktivitäten zurückgezogen und das

gesparte Geld an die Bezirksausschüsse weitergeleitet. Die Bezirksausschüsse sind also so etwas wie Erfüllungsgehilfen der Stadt. Große Sprünge können die Bezirksausschüsse mit dem Geld nicht machen: Pro Einwohner im Stadtviertel gibt es einen Euro abzüglich einer Sperrsumme von 10 v.H.

Im Großen und Ganzen hat der Bezirksausschuss nur Anhörungs- und Mithberatungs-, aber keine Entscheidungs- oder sinnvolle Informationsrechte. Die wesentlichen Entscheidungsrechte sind:

• Entscheidung über kleinere Baumaßnahmen (etwa die Errichtung von Brunnen, Ausgestaltung von U-Bahnhöfen), soweit keine persönliche Ehrung damit verbunden ist;

• Entscheidung über die Benennung von Straßen und Plätzen, soweit keine persönliche Ehrung damit verbunden ist;

• Entscheidung über die straßen- und wegerechtliche Widmung von Verkehrsflächen, soweit der Unterhalt dieser Verkehrsflächen durch den städtischen Haushaltssatzungsgeber gedeckt ist;

• Behandlung von Anträgen aus Bürger- und Einwohnerversammlungen.

Interessant ist, dass der Oberbürgermeister (faktisch also die Verwaltung) ohne Befassung des Stadtrates praktisch alle Beschlüsse der Bezirksausschüsse kippen kann! Denn nach der Gemeindeordnung sind die zur Entscheidung übertragenen Aufgaben im wesentlichen Geschäfte der laufenden Verwaltung.

Ansonsten dürfen die Bezirksausschüsse ihren Senf zu Baumfällungsanträgen nach der Baumschutzverordnung, bei der Genehmigung von Sperrzeitverkürzungen oder Erlaubnissen nach dem Straßen- und Wegegesetz (Freischankflächen, Flohmärkte, Sommerfeste) geben, was die Tagesordnungen ausfüllt und den Gremien einen Hauch von Wichtigkeit gibt. Nur in einem Punkt haben die Bezirksausschüsse den Stadträten eine Nasenlänge voraus: Sie bekommen Bebauungspläne zur Anhörung, bevor die Verwaltung die jeweiligen Satzungsunterlagen dem Stadtrat zuleitet!

Der Bezirksausschuss kommt aus zwei Gründen nicht als Träger eines Bürgerhauses in Frage: Weil er über keine Finanzmittel verfügt ein solches zu errichten, zu unterhalten oder zu bespielen und weil der Bezirksausschuss über keine Rechtspersönlichkeit verfügt, die es ihm erlauben würde, im Rechtsverkehr aufzutreten.

Ein Bezirksausschuss könnte nur auf zwei Wegen bestimmenden Einfluss auf ein Bürgerhaus bekommen:

• Wenn er Mitglied in einem Trägerverein wäre, der seinerseits über eine Rechtspersönlichkeit verfügt;

• wenn die Stadt ihn mit der Verwaltung des Bürgerhauses

beauftragte (eher würde sich die zuständige Kulturreferentin aber wohl ein glühendes Eisen durch die Wange treiben, bevor sie sich der Passion unterwerfen würde, sich in Abhängigkeit von einem Gremium aus Amateurpolitikern zu begeben).

Man kann die Bezirksausschüsse heutiger Prägung nicht verstehen ohne einen Blick in die Historie. Pate der Bezirksausschüsse war der nicht falsche Gedanke, dass in einer Millionenstadt wie München nicht 80 Stadträte alle Probleme, Anregungen, Wünsche und Befindlichkeiten aus allen Ecken der Stadt kennen, würdigen und lösen können. Deshalb hat man örtliche Gremien geschaffen, deren Mitglieder als eine Art Ombudspersonen den Bürgern beim täglichen Kleinklein mit der städtischen Bürokratie zur Seite stehen und das ganze bei Bedarf auf die politische Ebene hochziehen konnten.

Aus diesem Gedanken entspringt auch der Name „Ausschuss“, denn ursprünglich bildeten die Bezirksausschüsse die Kräfteverhältnisse der Parteien im Stadtviertel gemessen am Ergebnis der Stadtratswahl ab und die Parteien haben ihre Vertreter in dem Gremium durch parteiinterne Wahlen bestimmt (indirekte Legitimation).

Das hat prima funktioniert, bis Apologeten der Graswurzeldemokratie im Zuge der Einführung von Bürgerentscheiden in Bayern auch die Direktwahl der Bezirksausschüsse durchgesetzt haben. Seither hat München neben 80 ehrenamtlichen Stadträten die statliche Anzahl von 640 weiteren direkt durch Wahl legitimierte Volksvertretern (mit der reinen Kopfzahl hätte man in früheren Zeiten die UdSSR regieren können), deren Qualität durchaus als heterogen zu bezeichnen ist.

Vor allem gibt es neben der nicht zu unterschätzenden Gruppe von Bezirksausschussmitgliedern, die im Rahmen des Möglichen engagierte und sinnvolle (manchmal vielleicht unauffällige) Arbeit zur Verbesserung der Lebensverhältnisse leisten und der wachsenden Gruppe von Dampfplauderern, die von den Parteien der Not gehorchend als Listenfüller ins Rennen geschickt werden, noch diejenigen, denen das enge Korsett des Bezirksausschusses zu wenig Entfaltungsräume lässt und die ihren Einfluss und Wirkungsgrad verbreitern wollen, um den Mangel an echten Kompetenzen durch Mitsprache in möglichst vielen Bereichen im Stadtviertel (Vereine, Initiativen etc.) zu kompensieren.

Was die Zukunft anbelangt, scheinen nur zwei Lösungen möglich:

• Echte Stadtviertelparlamente mit eigener Exekutive nach Berliner Modell, für das aber das Stadtgebiet in höchstens acht gleichgroße Segmente aufgeteilt werden müsste (illusionär!)

• Ein Zurück zum gestandenen Stadtviertelpolitiker, der als Stadtteilvorsteher einen unbürokratischen Link zwischen Bürger einerseits und Stadtverwaltung/Stadtrat andererseits darstellt

Wahrscheinlich bleibt aber alles wie es ist - unbefriedigend, ineffizient und mit gewählten Stadtviertelpolitikern, die um jeden Preis ihren Einfluss auszu dehnen suchen.“

Dr. Martin Welcker, München

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Stell Dir vor, es ist Wahl und keiner geht hin.“ Mein Chef, der Bürgermeister, war nicht sonderlich originell, als er das alte Brecht-Zitat verfremdete. Es war ihm aber wurst, denn er schien ernsthaft besorgt.

Am 13. Juni ist Europawahl und noch immer wissen dies nur knapp 10 Prozent der Deutschen. Besonders erschreckend wurde dies bei der Feier aus Anlass der Erweiterung der EU deutlich, die der Bürgermeister im Städtchen organisierte. Da gab es kulinarische und bacchantische Spezialitäten aus alten wie neuen EU-Ländern - slowenischen und griechischen Wein, ungarisches Gulasch und Irish Stew. Das kam gut an und die Leute haben die ja nicht ganz unumstrittenen Beiträge nach anfänglichem Zögern dann doch von Herzen mit polnischem Wodka und italienischem Grappa begossen. Aber wenn



Wasserwerks in Plastikflaschen mit buntem Etikett gefüllt, um den Leuten für knapp einen Euro zum Kauf angeboten zu werden, die mit dem Wasser, das zu Hause aus dem Hahn kommt, nicht zufrieden waren. Solche Zustände brauchen wir nicht in ganz Europa.

Klar, die Parteien kommen nach dem Marathon von Kommunal-, Bundestags-, Landtags- und Bezirkstagswahl der letzten beiden Jahre erst schleppend in die Gänge. Es gibt von Haus aus weit weniger Kandidaten als bei anderen Wahlen, die ihre Freunde in den jeweiligen Orts- und Kreisverbänden zum Kämpfen motivieren könnten. Die Möglichkeit von Bundeslisten und die fehlende Persönlichkeitswahl haben zudem zur Folge, dass die Listen einiger bedeutender Parteien im aussichtsreichen vorderen Bereich den Eindruck machen, als wäre bei der jeweiligen Aufstellungsversammlung vor dem Saal ein Schild gehangen: Bayern müssen leider draußen bleiben.

Zudem ist der Wahltag der letzte Sonntag der Pfingstferien und die Wahllokale sind bis 20 Uhr offen, so dass unser Wahlamt kaum Wahlhelfer bekommt. Naja, jetzt hat mein Chef, der Bürgermeister, die Sache selbst in die Hand genommen. Er will Claudia Elfer und Fanny Bacher, die ewigen Rivalinnen, zusammen spannen, damit etwas Schwung in den Wahlkampf kommt. Schließlich ist die Europa der griechischen Mythologie auch eine Frau. Auf dem Kalenderblatt stand übrigens am 1. Mai eine Erkenntnis von Gustav Stresemann: „Mit einem gewissen Lächeln sehen wir heute auf den Zustand Deutschlands zurück, in dem sich Kleinstaaten durch eigene Zollgrenzen und ein eigenes Geldwesen voneinander absperrten. Ich hoffe, dass wir dereinst mit dem gleichen Lächeln uns des Zustandes Europas erinnern können, der demjenigen des vergangenen Deutschlands entspricht.“

Am 13. Juni ist Europawahl!

man gefragt hat, ob sie dann auch zur Europawahl gingen, haben die allermeisten doch die Brauen vor Überraschung hochgezogen, dass es so was auch noch gibt.

Dabei ist Europa gerade für die kommunale Ebene in den letzten Jahren immer wichtiger geworden. Denken wir nur an die dauernden Versuche, unsere Sparkassen zu zerschlagen und die ländlichen Räume damit für alle ohne Home-Banking zur finanzdienstleistungsfreien Zone zu erklären. Oder der Kampf um die kommunale Daseinsvorsorge, etwa im Trinkwasserbereich. Mir hat folgender Bericht aus England genügt, um ein kräftiges Lob auf unser städtisches Wasserwerk zu singen: Ein großer Getränkekonzern hat ein trendiges Tafelwasser unter einem betörend exotischen Namen im Markt eingeführt. Nach einigen Wochen aber wurde der Vertrieb gestoppt, weil in dem Wasser zu viele giftige Rückstände in bedenklicher Konzentration enthalten waren. Als die Quelle gesucht wurde, aus der das Nass sprudelte, wurde man im Norden Londons fündig: Dort wurde einfach Leitungswasser des dort privatisierten

Würzburg:

Glanzvoller Festakt zum 1300-jährigen Stadtjubiläum

Nur eine Burg auf dem Marienberg, eine Furt im Fluss und eine kleine Siedlung von Handwerkern und Kaufleuten am Ufer: Das war Würzburg, als die Stadt am 1. Mai 704 erstmals in einer Schenkungsurkunde Herzog Hedens II. mit dem Vermerk „in castello Virteburch“ erwähnt wurde. Mit einem Festakt in Würzburg, an dem neben Ministerpräsident Edmund Stoiber zahlreiche Prominenten aus Politik, Kultur und Wirtschaft sowie Delegationen aus den Partnerstädten teilnahmen, feierte Würzburg sein 1300-jähriges Stadtjubiläum.

Der Festakt fand am 30. April, dem Vorabend der ersten nachgewiesenen Nennung, statt. Die großen Domglocken läuteten am Nachmittag den offiziellen Festakt ein. Nach einem Gottesdienst im Dom ging es dann richtig zur Sache: 13 Böllersalven krachten, 130 Tauben stiegen gen Himmel und die Innenstadt verwandelte sich in eine faszinierende Musik- und Gauklermeile.

Kommunen stärken

Wie Stoiber betonte, nehme die Partnerschaft des Landes mit den Kommunen sowie eine leistungsfähige kommunale Struktur für die Staatsregierung einen besonderen Rang ein. Bayern unternehme erhebliche finanzielle Kraftanstrengungen, um die Kommunen zu stärken. So habe die Stadt Würzburg mit über 7 Millionen Euro in den Jahren 2000 bis 2003 wegen der extrem angespannten Haushaltslage die größte Bedarfszuweisung erhalten, die der Freistaat jemals an eine Kommune gezahlt habe.

Oberbürgermeisterin Pia Beckmann und allen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Würzburg gratulierte der Ministerpräsident zu dem außergewöhnlichen runden

Geburtstag: „Würzburg ist eine Stadt mit Charme und Temperament. Sie ist und bleibt lebenswerte Heimat, Kulturstadt, attraktiver Wissenschaftsstandort und das Herz Unterfrankens. Würzburg ist eine Stadt, auf die ihre Bürgerinnen und Bürger stolz sein können.“

Enormes Potenzial

Die Stadt Würzburg habe nicht nur eine große Geschichte, sondern vor allem auch ein hohes Entwicklungspotential, betonte Stoiber. Wissenschaft und Kunst seien in der traditionsreichen Stadt seit Jahrhunderten beheimatet und seien auch heute Basis für eine zukunftsorientierte Entwicklung. Die Julius-Maximilians-Universität in Würzburg sei die älteste Universität im heutigen Bayern. Die Hochschulen mit ihren wissenschaftlichen und klinischen Einrichtungen stellten heute den größten Arbeitgeber in der Region.

Stoiber zufolge sind die Erfolge offensichtlich: „In Würzburg verbindet sich eine gewachsene Traditionsuniversität mit konsequenter Zukunftsausrichtung durch innovative Forschung in Zukunftstechnologien.“ Der

the
Sabrina

Freistaat habe Würzburg bei seiner Entwicklung zu einem führenden Standort in der Medizin und den Biowissenschaften tatkräftig unterstützt. Im Rahmen der High-Tech-Offensive der Bayerischen Staatsregierung seien 116 Millionen Euro in Unterfranken investiert worden. Ein Großteil davon komme Forschungs- und Entwicklungsprojekten in Würzburg zugute.

Würzburg sei heute ein führender Medizinstandort mit Zukunft. Mit dem Bau eines Forschungszentrums für experimentelle molekulare Medizin, der Errichtung eines fakultätsübergreifenden Studiengangs Bioinformatik habe sich Würzburg international profiliert.

Investition in die Zukunft

Auch das neue Zentrum für operative Medizin, das kürzlich seinen Betrieb aufgenommen habe, sei vom Freistaat gefördert worden. Das Land habe gemeinsam mit dem Bund rund 152 Millionen Euro aufgewendet. Große Bedeutung für die Weiterentwicklung habe außerdem das im Bau befindliche neue Zentrum für innere Medizin, das spätestens 2008 fertiggestellt werden solle. Stoiber: „Beide Einrichtungen werden das hervorragende Ansehen der medizinischen Fakultät weiter steigern. Sie zeigen, dass Bayern auch in finanziell angespannter Zeit in die Zukunft investiert.“ DK

Erstes Bundestreffen der Regionalbewegung in Feuchtwangen:

Start der Aktion „Nachbar, wir brauchen uns“

Fast 200 Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet trafen sich zum ersten Bundestreffen der Regionalbewegung im bayerischen Feuchtwangen. An drei Tagen erarbeiteten sie Konzepte, die zur Stabilisierung regionaler Wirtschaftskreisläufe und einem bewussten Miteinander zur Stärkung der Regionen beigetragen sollen. Die Ergebnisse wurden in der „Feuchtwanger Charta“ verabschiedet und am Ende der Tagung an Herrn Wolfgang Reimer vom Bundesministerium Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft übergeben. Gleichzeitig wurde die Aktion „Nachbar wir brauchen uns“ ins Leben gerufen. Durch diese Aktion soll der Nachbarschaftsgedanke gefördert und viele kleine und mittlere Betriebe motiviert werden, auch in schwierigen Zeiten ihren Betrieb weiter zu führen.

„Die Regionalbewegung in Deutschland braucht eine starke Lobby“, unterstrich Heiner Sindel, Sprecher des Aktionsbündnisses Tag der Regionen auf dem ersten Bundestreffen der Regionalbewegung im fränkischen Feuchtwangen. Bisher arbeiteten viele Regionalinitiativen ohne Kontakt zueinander und kaum bemerkt von der Öffentlichkeit.

„Mit dem ersten Bundestreffen der Regionalbewegung möchten wir heraus aus der Nische und zeigen, dass regionale Wirtschaftskreisläufe eine große Chance sind. Sie sichern Arbeitsplätze im Gegensatz zu globalisierten Konzernstrukturen. Sie fördern bürgerschaftliches Engagement durch Nachbarschaft im Gegensatz zur ‚Ich-Gesellschaft‘. Und sie spa-

ren Energie und schützen Ressourcen, damit auch die nächste Generation noch eine hohe Lebensqualität hat.“

Rund 450 Initiativen

Verschiedene Referenten sprachen über die Regionalbewegung, die nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Ländern immer stärkeren Zuspruch findet. „Derzeit gibt es im Bundesgebiet rund 450 Initiativen, die sich in den verschiedensten Bereichen der nachhaltigen Regionalentwicklung engagieren“, so Bernd Blümlein vom Deutschen Verband für Landschaftspflege.

Nord-Süd-Gefälle

Sehr erfolgreich arbeitet seit vielen Jahren die österreichische Waldviertel-Region. Deren Regionalmanager Richard Greindl lieferte einen Überblick über die Regionalbewegung in Europa: „Es gibt ein starkes Nord-Süd-Gefälle“, so Greindl. „In den skandinavischen Ländern gibt es viele gute Projekte, die sind uns voraus. Was auffällt: besonders in Osteuropa und den baltischen Staaten ent-

wickelt sich die Regionalbewegung massiv. Die südlichen Länder und Frankreich tun sich hingegen schwer.“

Vom Aussterben bedroht

Mit zwei deutlichen Aktionen veranschaulichten die Feuchtwanger Bürger die Probleme, die durch die Globalisierung und die fortschreitende Verödung der Innenstädte entstehen: Drei Kräne zogen vor zahlreichen Schaulustigen große Plakate in den Abendhimmel. Daneben mauerten die Bewohner der fränkischen Kleinstadt im grellen Scheinwerferlicht ihren als „Festsaal Frankens“ bekannten Marktplatz ein.

Stein für Stein schlossen sie die Zufahrtsstraßen zum historischen Stadtkern. Sie wollten damit zeigen, dass Feuchtwangen bald ‚dicht machen‘ kann, wenn es so weitergeht mit der Konkurrenz auf der grünen Wiese. Das Zentrum Feuchtwangens droht unter dem wachsenden Druck der Handelsketten, die sich am Stadtrand ausbreiten, auszusterben - eine Entwicklung von der zahllose deutsche Städte betroffen sind.

Bewusstseinswandel

Mit der in Feuchtwangen gestarteten Aktion „Nachbar, wir brauchen uns“ setzt die Regionalbewegung auf einen Bewusstseinswandel in der Bevölkerung. „Geiz ist geil“ und „Ich

Verkäufe

Gelegenheit

für Ihre jugendlichen Inlineskater oder Skateboarder

gebr. Halfpipe sowie verschiedene Rampen mit unverwüstlichem Topdress Kunststoffbelag von priv. ehem. Skatehalle günstig abzugeben. Ideal auch als Außenanlage. Tel. 09971/2103.

bin doch nicht blöd“ seien Parolen, die Spuren in der Gesellschaft hinterlassen haben, so die Bundeskoordinatorin zum Tag der Regionen, Gisela Endt. Spuren, die gerade vielen kleinen Betrieben das wirtschaftliche Überleben schwer machen.

Wider die Gleichgültigkeit

Um der Gleichgültigkeit dem Nachbarn gegenüber entgegenzuwirken, wurden in Feuchtwangen die ersten fünf kleinen Geschäfte und Landwirtschaftsbetriebe mit der „Nachbar, wir brauchen uns“-Plakette ausgezeichnet. Diese Aktion soll nun auf das gesamte Bundesgebiet ausgeweitet werden.

Weiterentwicklung

Die Initiatoren des ersten Bundestreffens der Regionalbewegung, darunter neben dem Aktionsbündnis Tag der Regionen auch Agenda Transfer/Bundesweite Servicestelle Lokale Agenda 21, der Deutsche Verband für Landschaftspflege

und der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, sehen in ihrer Veranstaltung eine konsequente Weiterentwicklung des Tages der Regionen. Auf Initiative des Vereins „Artenreiches Land - Lebenswerte Stadt“ (Feuchtwangen) und der Bürgerinitiative „Lebenswertes Bördeland & Diemeltal“ aus dem ostwestfälischen Borgentreich dehnte sich der Aktionstag mittlerweile auf das gesamte Bundesgebiet aus.

Tag der Regionen

Bei diesen beiden Initiativen und den beiden langjährigen Bundeskoordinatorinnen Gisela Endt und Brigitte Hilcher laufen auch in diesem Jahr wieder die Fäden für den Tag der Regionen zusammen.

Unter der Schirmherrschaft von Bundesministerin Renate Künast werden rund 800 Aktionen im gesamten Bundesgebiet erwartet. Damit ist der Regional-Tag am Erntedankfest in vielen Regionen zu einer festen Größe geworden.

Vorschau auf GZ 10

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 10, die am 21. Mai erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ≪ Abfall und Recycling
- ≪ Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV
- ≪ Kommunalmarketing
- ≪ Schulungen